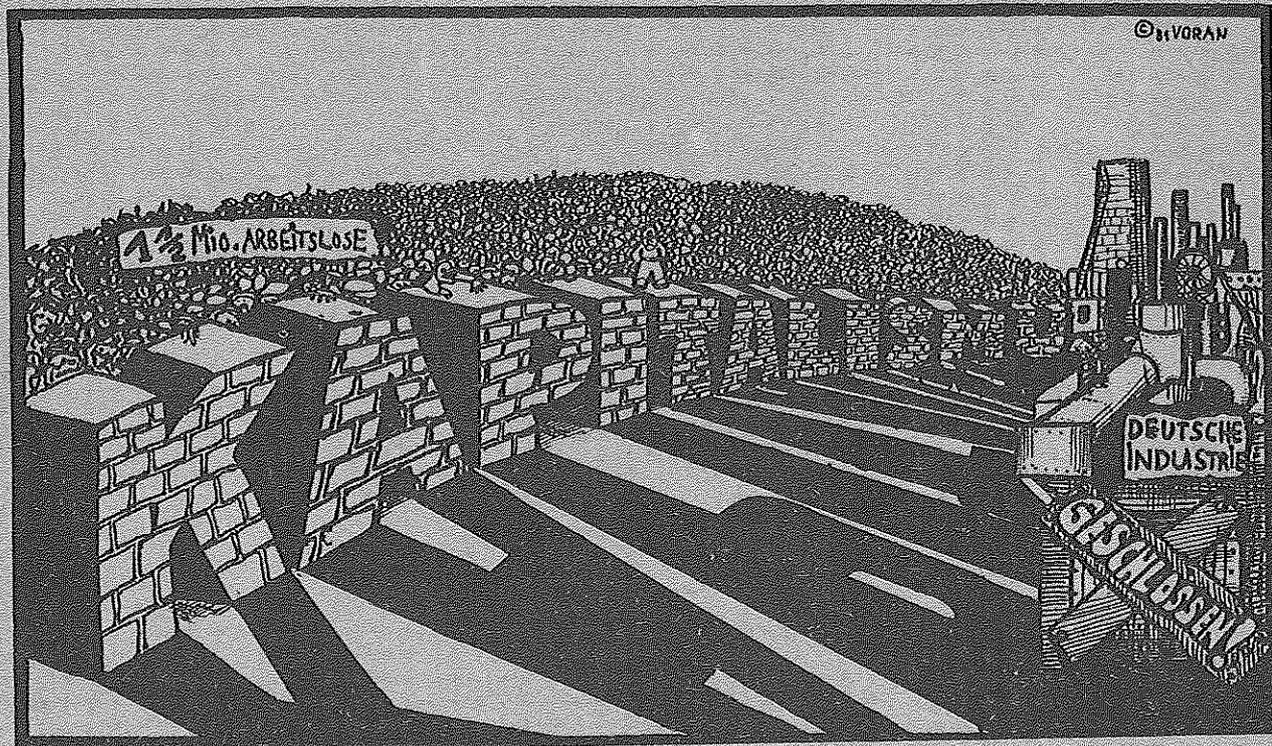


JUGEND FÜR SOZIALISMUS

Ein Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse



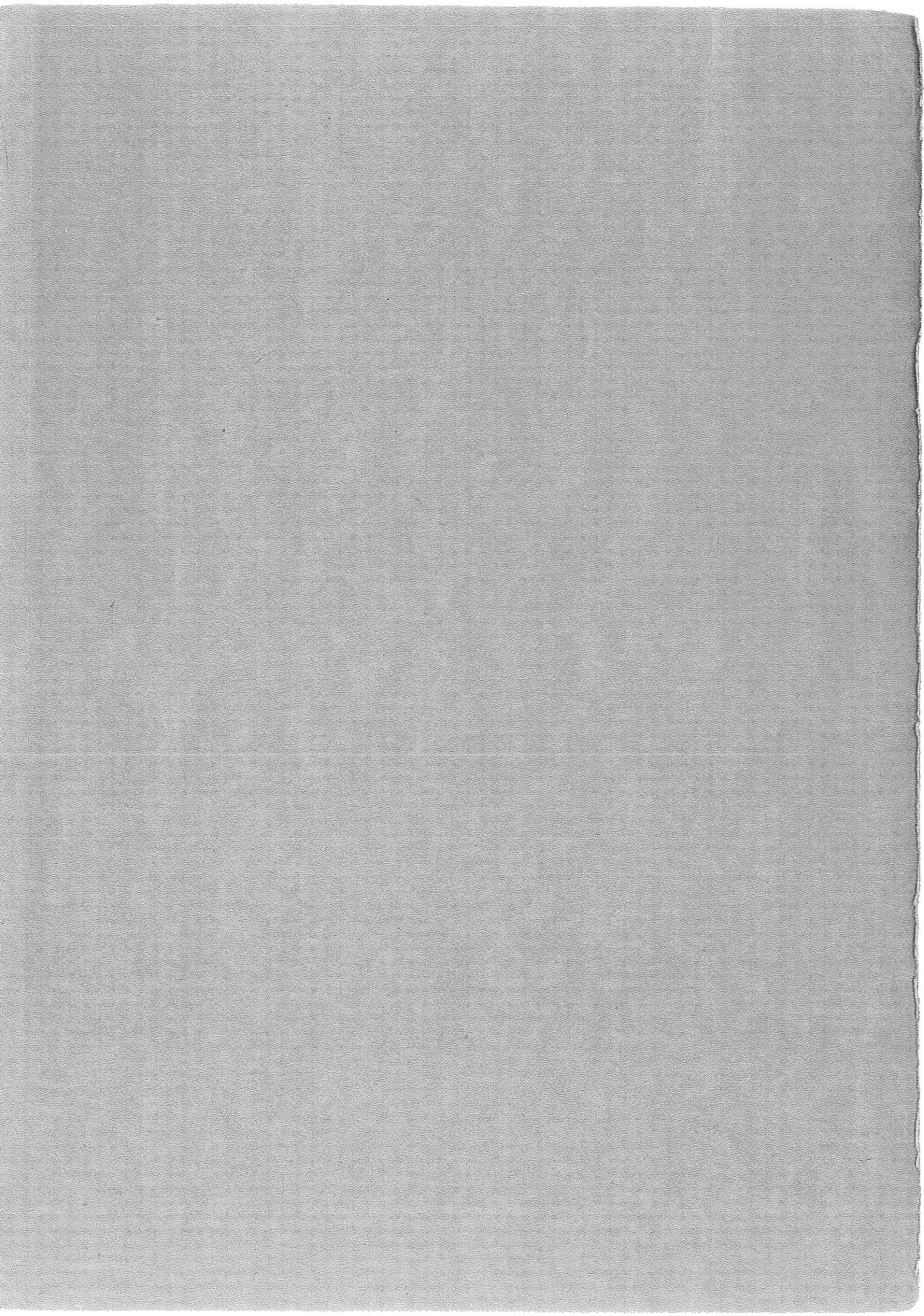
Inhalt:

Einleitung: Warum ein Jugendprogramm?.....	S. 3
I. JUGEND IN EINER KLASSENGESELLSCHAFT.....	S. 5
1. Jugendarbeitslosigkeit.....	S. 6
2. Jugend und Freizeit.....	S. 7
3. Jugend auf Wohnungssuche.....	S. 8
4. Jugend in der Bundeswehr.....	S. 10
5. Jugend im Zivildienst.....	S. 12
6. Ausländische Jugendliche.....	S. 13
7. Jugend und Bildung.....	S. 15
8. Jugend im Betrieb.....	S. 17
9. Ausländische Jugendliche.....	S. 19
10. Frauen und Mädchen.....	S. 20
II. KAPITALISMUS — EINE SACKGASSE FÜR DIE ZUKUNFT DER JUGEND.....	S. 23
1. Umweltzerstörung und -vergiftung.....	S. 24
2. Atomkraft und Energiepolitik.....	S. 26
3. Aufrüstung und Kriegsgefahr.....	S. 32
4. Neofaschistische Gruppen.....	S. 35
5. Neue Technik und Mikroprozessoren.....	S. 37
6. Wirtschaftskrisen des Systems.....	S. 39
III. DER SOZIALISTISCHE AUSWEG.....	S. 41
1. Für eine gesellschaftlich geplante Produktionsweise!.....	S. 42
2. Für demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!.....	S. 43
3. Für eine sozialistische Demokratie!.....	S. 45
4. Für klassenkämpferische und demokratische Gewerkschaften!.....	S. 47
5. Für eine SPD-Alleinregierung mit einem sozialistischen Programm! ..	S. 49
6. Unser Verhältnis zur Arbeiterbewegung und unsere Perspektiven.....	S. 51

Eine VORAN- -Broschüre

VORAN ist eine marxistische Zeitung, die von einem unabhängigen Redaktionskollektiv gemacht wird, das aus aktiven Jungsozialisten, Gewerkschaftern und Falken besteht. Finanziert wird VORAN alleine durch die Spenden ihrer Leser und Anhänger. Herausgeber und Verlag: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V., Reinwardtstr. 2, 5630 Remscheid 11, Tel.: 0 21 91 / 5 49 32. Spenden werden erbeten auf Konto VORAN, PschA Essen, Nr. 2500 59-430

Preis: 2,50 DM





Vorwort: Warum ein Jugendprogramm ?

Die SPD hat bei der letzten Bundestagswahl eine große Niederlage hinnehmen müssen. Scharenweise liefen ihr die Wähler davon: 2 Millionen - darunter auch viele Arbeiter - gingen zur CDU. 750.000 Jungwähler wanderten zu den Grünen ab.

Wir sind am 6. März für die Wiederwahl der SPD eingetreten. Möglichst mit absoluter Mehrheit. "Wir": Das ist das Redaktionskollektiv VORAN. Es besteht aus (z.T. langjährigen) SPD-Mitgliedern, Jusos, aktiven Gewerkschaftern und Falken. Wir traten für die SPD ein, obwohl wir mit ihrer Politik bei weitem nicht zufrieden sind.

Deshalb meinen wir auch: SPD wählen allein genügt nicht. Zusätzlich müssen wir dafür arbeiten, die SPD zu verändern. Wir müssen eine echte, sozialistische SPD aufbauen. Unsere Partei muß in Zukunft eine andere Politik machen. Eine Politik, die im Interesse der Jugend und der Arbeiterklasse ist. Eine Politik auf Grundlage eines sozialistischen Programms.

Denn die Gründe der Niederlage bei der letzten Wahl liegen wohl weniger darin, daß die CDU ein begeisterndes und attraktives Programm anzubieten hatte, als vielmehr in der mangelnden Glaubwürdigkeit und der Enttäuschung über die Politik der SPD in den letzten Jahren.

Anfang der 70er Jahre konnten zwar noch einige Reformen und Verbesserungen durchgeführt werden. Aber seit der tiefgreifenden Krise 74/75 wurde die SPD als führende Regierungspartei gleichgesetzt mit: Arbeitslosigkeit, Firmenpleiten, Rückgang der Produktion, Kürzungen von Sozialleistungen, Im Bildungsbereich, fehlende Konzepte. In den Augen vieler Arbeiter trägt die Verantwortung hierfür zunächst 'mal die jeweilige Regierung.

Die SPD-Führung hat auch nichts dazu beigetragen, die Ursachen der Wirtschaftskrise wirklich deutlich zu machen: Ursachen, die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung liegen.

Was hatte die SPD der Jugend zu bieten? Schwammige, bestenfalls zweideutige Aussagen zu Themen wie Umweltschutz, Kernkraftwerke, Raketenstationierung, Länge des Zivildienstes; das lockte niemand hinter dem Ofen hervor. Festzustellen bleibt aber: unter der Jugend gibt es nach wie vor eine "Mehrheit links von der Union". Hier hat die CDU keine Gewinne verzeichnen können. Der hohe Anteil grüner Jungwähler ist vielmehr ein Zeichen dafür, daß die Jugend grundlegende Alternativen sucht.

Eins haben die Vorgänge während und um den Regierungswechsel deutlich gemacht: die Jahre politischer Stabilität sind in der Bundesrepublik nun ebenso vorüber wie die der wirtschaftlichen. Es zeichnet sich eine zunehmende Polarisierung in der Gesellschaft ab: die Machtblöcke Kapital, Staat und Regierung einerseits und SPD/ Gewerkschaften andererseits stehen sich gegenüber.

Die SPD muß jetzt in der Opposition gründlich mit ihrer Vergangenheit brechen. Sie darf keine Politik mehr unterstützen, die die Krisenlasten auf die Schultern von Arbeitern und Jugendlichen abwälzen will.

VORAN kämpft in der SPD und im DGB für ein sozialistisches Programm. Wie dieses aussehen könnte, haben wir in dieser Broschüre zusammengefaßt.

Dabei ist der DDR-"Sozialismus" für uns kein Vorbild. Dort herrscht eine abgehobene, privilegierte Funktionärsclique in diktatorischer Allmacht über den Rest der Bevölkerung. Wir wollen eine Demokratie der Arbeiter und Angestellten. In der DDR wird eine sozialistische Gesellschaft erst erreicht sein, wenn die herrschende Bürokratie mittels einer politischen Revolution gestürzt ist.

Diese Broschüre soll Mittel sein, Diskussionen anzufachen. Unsere Forderungen sind Übergangsforderungen. Eigentlich müß-

ten sie ganz selbstverständlich sein: ganz einfach deshalb, weil sie für uns notwendig sind, wenn wir anständig leben wollen! Aber solange der Kapitalismus besteht, sind sie in ihrer Gesamtheit und auf Dauer unerfüllbar.

Übergangsforderungen bilden eine Brücke: ausgehend von der gegenwärtigen Wirklichkeit, ausgehend von unseren alltäglichen Problemen in der kapitalistischen Gesellschaft, zeigen sie einen Ausweg. Dieser Ausweg besteht in der Überwindung der heutigen Klassengesellschaft. Er führt zu einer neuen, besseren Gesellschaft: zu einer sozialistischen Demokratie.

Mit diesem Programm wollen wir alle interessierten Jugendlichen ansprechen: Schüler, Studenten — vor allem aber Arbeiterjugendliche. Diskutiert mit uns darüber, um es zu verbessern; kämpft mit uns gemeinsam dafür! Denn es wird wertlos sein, wenn es nur auf dem Papier stehenbleibt. Deshalb sollen unsere

Forderungen dazu dienen, zu praktischen Aktionen zu mobilisieren.

Dieses Programm ist natürlich noch nicht das Programm der gesamten Arbeiterbewegung. Nur wenige unterstützen es gegenwärtig. Wir sind nur eine Minderheit. Aber wir sind überzeugt: In der Zukunft kann es das Programm der Mehrheit werden. Weil sich das kapitalistische Weltssystem in den nächsten Jahren in immer tiefere Krisen verstricken wird, werden alle Arbeiter, Angestellten und vor allem die jugendliche Generation gezwungen sein, zu kämpfen und über einen Ausweg nachzudenken.

*VORAN zur sozialistischen Demokratie!

*Kämpft mit uns gemeinsam in der SPD und im DGB für die Durchsetzung eines sozialistischen Programms!

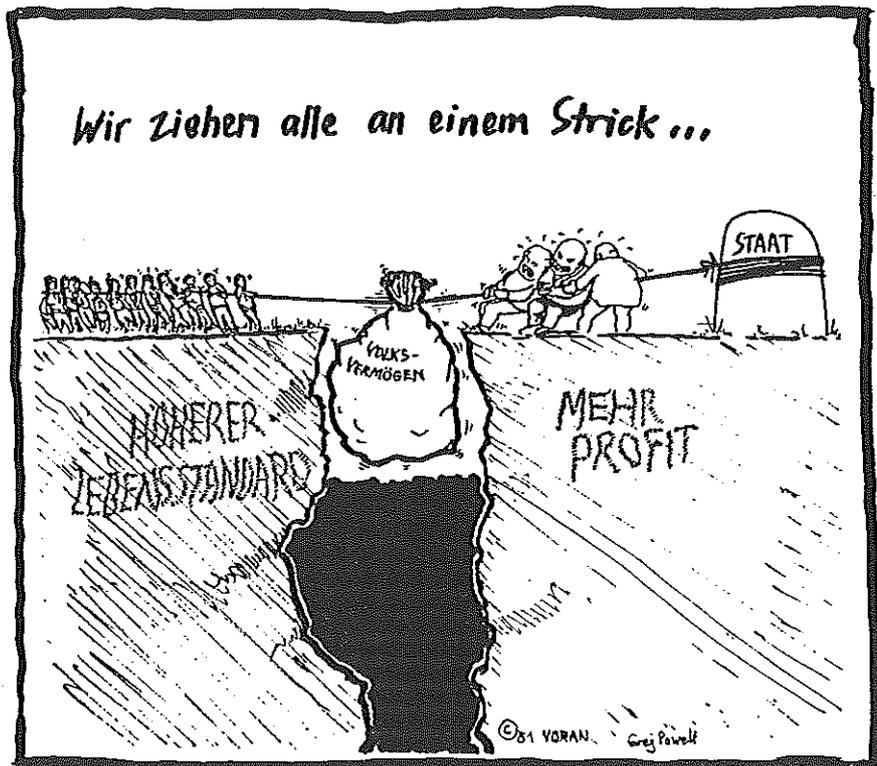


I. JUGEND IN EINER KLASSENGESELLSCHAFT

Unsere Gesellschaft ist in Klassen geteilt. Welcher Arbeiterjugendliche erfährt das nicht Tag für Tag am eigenen Leibe? Schon in der Schule fängt es an: Wer von uns den Kampf mit dem Leistungsdruck nicht erfolgreich besteht, sitzt hinterher ohne Ausbildungsplatz oder Existenz da. Wer hätte ähnliches jemals von einem reichen Unternehmersöhnchen oder -töchterchen gehört?!

Alle jungen Arbeiter (natürlich auch die älteren) müssen pünktlich ihre Steuern bezahlen. Es bleibt uns ja gar nichts übrig: noch bevor wir den Nettolohn in der Tasche haben, sind vom Bruttolohn längst alle Abgaben abgezogen worden. "Sicherheitshalber" ist es gleich ein bißchen mehr; eventuell kriegen wir dieses "Mehr" beim Lohnsteuerjahresausgleich zurück. - Für die Reichen und für die Kapitalisten gibt es Sondergesetze. Die werden auch angewandt. Damit wird es ganz legal, wenn sie für ihre (von uns erarbeiteten!) Supergewinne keine Steuern bezahlen. Da ist zum Beispiel der Herr Flick, einer der reichsten Kapitalisten in der BRD: Diesem noblen Herrn wurde 1976 auf Beschluß des damaligen FDP-Bundeswirtschaftsministers Friderichs eine Steuerschuld von 1,2 Milliarden DM (1.200.000.000.-DM!) einfach erlassen. Für die Arbeiterklasse sind die Steuern seither laufend gestiegen: Noch 1965 nämlich finanzierten die Arbeiter und Angestellten über ihre direkten Steuern (Lohn- und Einkommenssteuern) 25% des Steueraufkommens, die Unternehmer 10% (durch die Körperschaftsteuer). (Daneben zahlen die Lohnabhängigen den allergrößten Teil der indirekten Steuern wie Mehrwertsteuer usw.) Inzwischen müssen die Arbeiter und Angestellten mehr als 50% der Steuerlast tragen, die Unternehmer nicht mal mehr 4%. . .

25 Jahre bundesdeutschen "Wirtschaftswunders" haben die Klassenunterschiede nicht eingeebnet. Die Reichen sind sogar noch reicher



geworden: Besaßen die wohlhabendsten 1,7% der Bevölkerung Mitte der 60er Jahre "nur" 74% des Produktiv-Vermögens, so hatte diese Gruppe 1979 bereits 87% zusammengeerafft!

Andererseits muß sogar schon der CDU-Sozialexperte Geißler 1976 zugeben: Am unteren Ende der Gesellschaft herrsche immer noch "...bittere Armut: 5,8 Millionen Menschen in 2,2 Millionen Haushalten verfügen nur über ein Einkommen, das unter dem Sozialhilfeszinsatz liegt."

Das Wirtschaftswunder ist jetzt am Ende. Mehr Beispiele sind an dieser Stelle nicht nötig. Klassenunterschiede sind in jedem gesellschaftlichen Bereich vorhanden: Betrieb, Bildung, Einkommen, Wohnungssituation, Kultur... Zwischen Arbeitern und Kapitalisten gibt es aber nicht nur Unterschiede - es gibt einen Klassengegensatz. Der Klassengegen-

satz ist unversöhnlich. Er kann nicht "Schritt für Schritt" abgebaut werden. Jeder Arbeiter und jeder Angestellte kann dies in der alljährlichen Tarifrunde feststellen: erbittert wird da um Zehntelprozente gerungen. Die Unternehmer rücken nichts freiwillig heraus. Was die Arbeiter an Lohnprozenten herausholen, fehlt dem Fabrikbesitzer in seinem Profitsäckel. Deshalb versuchen die Kapitalisten, Löhne und Gehälter so weit unten wie möglich zu halten.

In den Aufschwungsjahren waren die Tarifrunden nie so hart wie heute. In den "guten Zeiten" des Kapitalismus waren Kompromisse noch leichter möglich. Der Lebensstandard stieg fast ständig an, sogar ohne große Kämpfe.

Seine besten Zeiten hat der Kapitalismus jetzt aber hinter sich. Heute steht er vor einer krisengeschüttelten Zukunft. Welche Alternativen kann er der Arbeiterjugend noch anbieten?

1. Jugendarbeitslosigkeit

Bei der Schulentlassung geht's immer sehr feierlich zu. Der Direktor erzählt uns: "Jetzt beginnt der Ernst des Lebens!" Recht hat er. Der "Ernst des Lebens" bedeutete 1976 für mindestens 185.000 Jugendliche: arbeitslos zu sein. Diese Zahl wurde vor einiger Zeit von einer Forschungsgruppe ermittelt. In der offiziellen Statistik waren nur 85.000 arbeitslose Jugendliche registriert – 100.000 waren "vergessen" worden. Mit Absicht? Am schlimmsten getroffen sind Hauptschüler, Jugendliche ohne Schulabschluß, Mädchen, Sonderschüler und ausländische Jugendliche.

Wer schon mal monatelang Dutzende von Betrieben abgeklappert hat, um eine Lehrstelle zu finden, der weiß, wie man sich hinterher fühlt. Wenn hinter einem noch 10 andere stehen, fragt man nicht lange, ob der angebotene Beruf überhaupt eine Zukunft hat. Trotzdem – die Antwort ist meistens ein achselzuckendes: "Tut uns wirklich leid . . ." Hört sich aber eher an wie: "Du bist für uns wertlos – wir brauchen Dich nicht!"

Die Zahl der Lehrstellen wird seit Jahren laufend geringer. Seit 1970 sank die Zahl der vom Arbeitsamt angebotenen Ausbildungsplätze von



Auch ein Drückeberger

646.000 auf 383.000 (1978). Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Schulabgänger von 710.000 auf 990.000! Die Folge: Jugendarbeitslosigkeit – ein fester Bestandteil des Kapitalismus.

Gibt es Hoffnung auf Besserung? In einer kapitalistischen Zukunft

nicht! Die IG Metall schätzt: Mitte der 80er Jahre werden 1 Million (!) Jugendliche auf der Straße stehen.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß das Lehrstellenangebot in den letzten drei Jahren wieder leicht gestiegen ist. Das ist nur so, weil Unternehmer für zusätzliche Ausbildungsplätze "Prämien" von 5.000.- bis 8.000.- DM aus dem Steuersäckel zugeschustert kriegen. Umso leichter fällt es ihnen, zusätzliche Lehrlinge als billige Arbeitskräfte auszunutzen – um sie am Ende ihrer "Ausbildung" wieder vor die Tür zu setzen! Platz frei für die nächsten Opfer . . .

Arbeitslosen Schulabgängern wird Arbeitslosengeld verweigert. Sie müssen ihren Eltern auf der Tasche liegen. Große Sprünge machen – das ist nicht drin. Hin und wieder findet man eine Gelegenheitsarbeit. Aber dazu vergeht einem schnell die Lust: miese Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen, man wird herumgestoßen und ausgenutzt.

Ohne eigenes Einkommen kann sich keiner ein eigenes Leben aufbauen. Unabhängigkeit vom Elternhaus, eigene Wohnung? – Das bleiben unerfüllbare Träume! "Ich komme mir vor wie aus der Gesellschaft ausgestoßen", drückte ein junger Arbeitsloser seine Gefühle bei einem Radiointerview aus. Niemand kümmert sich um diese Ausgestoßenen. Nicht einmal die organisierte Arbeiterbewegung: Die meisten Gewerkschaften verwehren arbeits-



„Ich kann nicht jedesmal ins Wasser springen; es ist doch immer ein gewisser Prozentsatz Simulanten unter den Hilferufenden!“

losen Jugendlichen den Eintritt als Neumitglied.

Was bleibt? In Kneipen 'rumhängen, den Frust aufstauen – bis er sich mal Luft macht. Kein Wunder: Schlägereien, Kriminalität, "Rockertum", Alkoholismus und Drogenabhängigkeit nehmen unter Jugendlichen rapide zu. Das muß sich ändern!

Deshalb fordern wir:

- *Arbeit oder vollen Lohn! Wir wollen nicht eine Krise ausbaden, die wir nicht gemacht haben!
- *Arbeitslose müssen ihre berufliche und allgemeine Bildung bei voller Lohnfortzahlung fortsetzen können!



*Keine Entlassungen von Lehrlingen und Berufsanfängern!

*Überhaupt keine Entlassungen mehr ohne einen garantierten neuen Arbeitsplatz!

*Übernahme aller ausgebildeten Auszubildenden in ihren erlernten Beruf!

*35-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer ohne Lohnverlust! Gleichmäßige Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle!

*Die Gewerkschaften müssen allen Arbeitslosen geöffnet werden!

*Der DGB soll eine offensive Kampagne starten, um alle arbeitslosen Jugendlichen als Mitglieder zu gewinnen!

*Die Entscheidung über Entlassungen und Einstellungen muß alleine in den Händen der Betriebsräte und der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper liegen!

*Jede Firma, die mit Entlassungen droht, muß alle ihre Geschäftsbücher offenlegen! Wir wollen wissen, wo die Profite hingekommen sind!

*Wenn eine Firma wirklich bankrott ist, muß sie verstaatlicht und unter demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung gestellt werden!

*Wiedereröffnung geschlossener Fabriken in Staatsregie und unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!

*Für ein massives Programm öffentlicher Arbeitsbeschaffung (natürlich bei voller tariflicher Bezahlung) und dessen Durchführung unter demokratischer Arbeiterkontrolle! Wir brauchen noch jede Menge Wohnungen, Jugendzentren, Kindertagesstätten, Schulen, Sportstätten, Krankenhäuser und öffentliche Verkehrsmittel!



2. Jugend und Freizeit

Was machen wir, wenn wir uns nach einem anstrengenden Tag mal vergnügen oder entspannen wollen? Kneipen, Diskos, Kinos kosten teures Geld! Dazu kommen die Fahrpreise, weil in den meisten Stadtvierteln nichts los ist. Und auf dem Land? Da fahren abends nach acht nicht mal mehr Busse in die nächste Stadt (geschweige denn zurück)! Nicht jede(r) hat ein eigenes Mofa, Moped oder Auto – und wenn, dann kriegt er/sie Benzin auch nirgendwo geschenkt . . .

Es geht also leicht ein Zwanzigmarkschein drauf, wenn man abends mal weggehen möchte. Für ein Konzert ist es gut und gerne das Doppelte. Jugendzentren mit Billigpreisen und ohne Konsumzwang sind selten. Das einzige, was (fast) umsonst ist: die Flimmerkiste. Aber ist das eine Alternative?! Selten sind mal interessante Sachen drin. Oder

gute Sendungen werden wieder abgesetzt, wie z.B. kritische Beiträge zum Thema Atomkraft. Das ist Zensur.

Beim Rundfunk dasselbe: Hinter den Kulissen rangeln Unternehmer und CDU um den Einfluß auf Sender und Programme. Kritische Jugendsendungen werden zensiert oder gar ganz abgesetzt (z.B. "Popshop" im SWF oder "Radiothek" beim WDR). Kritische Redakteure werden gefeuert. . .

Am Wochenende auf den Fußballplatz? Ist oft nicht drin, weil das Geld fehlt. Bundesligaspiele kosten unverschämt viel Eintritt. Das wäre gar nicht nötig, wäre dieser Massensport nicht von skrupellosen Geschäftemachern beherrscht. Horrende Spielergehälter für die Superstars, astronomische Ablösesummen beim Menschenhandel mit Sportlern, Spitzengagen für die Trainer (die oft

mittlen in der Saison wieder gefeuert werden), der Wasserkopf von Beratern, Managern und Geschäftsführern – das alles wird von dem Geld finanziert, das uns aus der Tasche gezogen wird. "Als Berufsfußballer kommt mit 30 das Ende. Hohe Gehälter und Prämien sind notwendig, damit wir nachher finanziell abgesichert sind," lautet ein Rechtfertigungsversuch für die hohen Einkommen. Das wäre jedenfalls nicht mehr nötig, wenn junge Spieler (wie alle Jugendlichen) einen garantierten Ausbildungsplatz und (nach ihrer Karriere) einen qualifizierten Arbeitsplatz erhielten. . .

Wer ab und zu mal in eine Disko gehen will, käme am liebsten sofort wieder rückwärts raus. Hohe Eintrittspreise, 'ne Cola für sechs oder acht Mark – das kann sich fast niemand regelmäßig leisten. Auf "hohe Lohnkosten" können sich die Besit-



zer dabei kaum raureden. Die Beschäftigten in den Diskos müssen sich trotz vieler Überstunden und Nacharbeit meist mit einem sehr geringen Verdienst zufriedengeben. Die hohen Preise sind reine Geschäftemacherei, und oft diktiert von den großen Brauereikonzerne, denen gar manche Disko und Jugendkneipe gehört!

Umsonst gibt es also kaum etwas von dem, was wir Jugendlichen in der Freizeit unternehmen wollen. Wer irgendwelche Hobbys betreibt, muß das Geld dafür meist durch eisernes Sparen zusammenkratzen. Manche Freizeitträume sind oft gar nicht zu verwirklichen: z.B. in einer Band Musik zu machen. Instrumente, Übungsräume, Anlage und Unterricht müssen auch erst mal finanziert sein. (Leise und ruhige Folk-

songs mit Mundharmonika-Begleitung sind halt nun mal nicht jedermanns Sache!). Schallplatten sind teuer, weil die Konzerne ihre Profite machen wollen. (Die kostendeckende Produktion einer LP beläuft sich auf ungefähr 3 bis 4 DM.)

Überhaupt dienen unsere Freizeitbedürfnisse nur als "Absatz-

markt". Unsere Interessen werden benutzt, um auf unsere Kosten Riesengeschäfte zu machen: auf 20.000.000.000.- DM (also zwanzig Milliarden DM!) wird der Jahresumsatz der entsprechenden Branche geschätzt. Das kostet uns zuviel Geld! Das muß aufhören!

Deshalb fordern wir:

- *Selbstverwaltete Jugend- und Kommunikationszentren in allen Stadtteilen und Dörfern!
- *Jeder, ob jung oder alt, muß in seiner Freizeit allen seinen Hobbys nachgehen können, ohne Unsummen dafür bezahlen zu müssen!
- *Verstaatlichung der Schallplattenindustrie, Senkung der Plattenpreise und Verwendung der Profite zur Förderung von Nachwuchskünstlern!
- *Einen Existenzlohn von 1.000.- DM netto für alle Lehrlinge!
- *Einen garantierten Mindestlohn von 1.500.- DM netto für alle Jugendlichen mit abgeschlossener Berufsausbildung!
- *Nulltarif in allen öffentlichen Verkehrsmitteln! Massiver Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel!
- *Massiver Ausbau der Sport-, Freizeit- und Kultureinrichtungen!
- *Freier Eintritt für Jugendliche und Arbeitslose in Kinos, Theater, Museen, Freibäder, Sportveranstaltungen, Konzerte usw.!

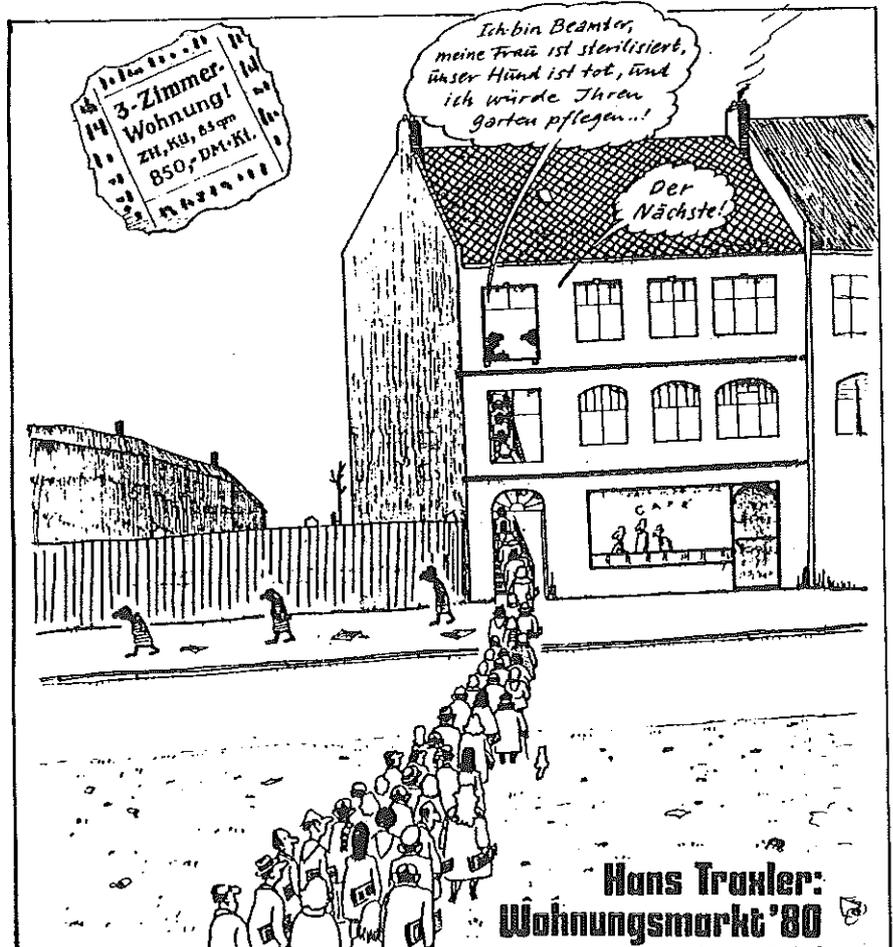
3. Jugend auf Wohnungssuche

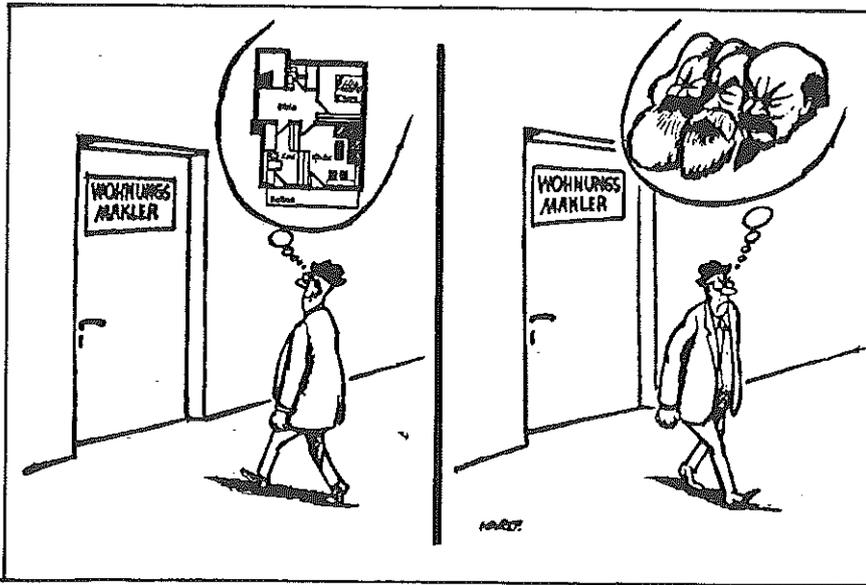
Welcher Jugendliche hat nicht den Wunsch, zu Hause auszuziehen, sobald er 18 ist (auch wenn zu den Eltern ein gutes Verhältnis besteht)? Aber es gibt nur teure Wohnungen. Oder gar keine. Oder die Vermieter stellen unmögliche Bedingungen: "Keinen Krach! Nach 22 Uhr keinen Besuch mehr!" usw. Sie schelen nur "ruhiges, deutsches, solventes Handwerkerehepaar mittleren Alters und ohne Kinder" zu suchen. Aber welcher Jugendliche erfüllt schon diese Bedingungen?!?

Junge Pärchen (zumal wenn sie nicht verheiratet sind) haben fast gar keine Chancen. Nicht besser geht es jungen Leuten, die als Wohngemeinschaft zusammenleben wollen. Die gucken genauso in die Röhre.

Andere verdienen sich am Geschäft mit der Wohnungsnot eine goldene Nase: die Wohnungsmakler kassieren für das simple Vermitteln einer Wohnungsadresse gleich zwei Monatsmieten "Gebühr" — während ihre Auslagen kaum einige telefonischen Ortsgespräche und eine Kleinanzeige umfassen.

35 Jahre nach Kriegsende "wohnen" immer noch 3 Millionen Familien in Behausungen unter extrem unwürdigen, unmenschlichen





Bedingungen: In Baracken, Nissenhütten, Wohnwagen, Waggonen, Ruinen und Obdachlosenasylen. Andererseits besitzt die reiche Elite längst luxuriöse Zweit-, Dritt- und Viertwohnungen im Tessin und anderswo. Und rund 300.000 neue Wohnungen stehen leer, weil sie zu teuer sind und sich kein Mieter mit der nötigen Knete findet!

Für Sozialwohnungen besteht eine jahrelange Wartezeit. Eigentlich hätten 8 Millionen Haushalte Anspruch auf eine Sozialwohnung. Es gibt aber gegenwärtig nur 4,2 Millionen Sozialwohnungen.

Es wird behauptet, daß diese Sozialwohnungen zu 40% durch Höherverdienende "fehlbelegt" seien. In den meisten Fällen sind diese "Höherverdienenden" jedoch Normalverdiener, die nur deshalb keinen Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, weil die Einkommensgrenzen so knapp bemessen sind. Die Antwort darauf kann nicht eine "Fehlbelegungsabgabe" sein, sondern nur ein massiver Ausbau des Bestands an Sozialwohnungen!

Besonders schlimm ist die Situation für Studenten: die wenigsten können am Heimatort studieren, also müssen sie eine Wohnung am Studienort finden. In Bochum mutete im September 1980 die Universitätsverwaltung wohnungslosen Studenten sogar zu, in einige provisorische Großzelte (!) einzuziehen, die für das Wintersemester auf dem Unigelände aufgestellt wurden. Sie glaubt damit eine geeignete Maßnahme gegen eine in den letzten Jahren zunehmende Tendenz getroffen zu haben: mehrere Tausend Studienanfänger konnten ihr Studium nicht aufnehmen, obwohl sie schon glücklich einen Studienplatz ergattert hatten. Grund: die chronische Wohnungsnot, in Bochum nicht anders als in anderen Städten.

Und die Ursache dafür? Genügend billige Wohnungen werden nicht gebaut, weil Bodenspekulanten, Baulöwen und Kredithaie daran nicht genügend Profit scheffeln können. Diese feinen Herren haben sich stattdessen auf den Bau von Bürohochhäusern, Versicherungspalästen, Verwaltungsklötzen und extravaganten Luxuswohnungen verlegt. Für diese Bauten brauchen sie erst mal Platz. Deshalb kaufen sie ganze Straßenzüge auf, ekeln alteingesessene Mieter raus und reißen gute und billige Wohnungen ab.

Die Folge von "Sanierungen" solcher Art: verödete Betonwüsten in den Innenstädten, wo das Wohnen zu psychischen Erkrankungen führt.

Verzweifelte Jugendliche, die in ihrer Not leerstehenden Wohnraum besetzten (und "Instandbesetzten"), werden im Auftrag der Hausbesitzer strafrechtlich verfolgt! Instandbesetzungen gelten als kriminelle Handlungen. Mehrere Dutzend Jugendli-

che sitzen deswegen schon im Knast. Aber wer kann einen Spekulanten nennen, der schon mal wegen krimineller Machenschaften verknackt wurde? Welcher Häuser-Leer-Stehen-Lasser wurde je bestraft?! Sieht so die vielgerühmte "freiheitlich-demokratische Grundordnung" in der Wirklichkeit aus? Was ist kriminell? Eine leerstehende Wohnung verkommen zu lassen ("kaputtbesitzen") oder sie instandzubesetzen?!?

Angesichts der bestehenden (und weiter wachsenden) Wohnungsnot ist der Bereich "Wohnungsbau" das beste Beispiel: die "soziale Marktwirtschaft" ist weder sozial, noch funktioniert sie überhaupt.

- Zwischen 1973 und 1978 wurden mindestens 200.000 Bauarbeiter arbeitslos. Mehr als 350.000 Arbeitsplätze gingen im Bauhauptgewerbe den Bach runter.

- Andererseits sind mindestens 3,8 Millionen älterer Wohnungen dringend modernisierungsbedürftig (z.B. Bad fehlt); mindestens 1 Million neue Wohnungen fehlen!

- Die Zahl der fertiggestellten neuen Wohneinheiten sank zwischen 1973 und 1978 von 720.000 auf 360.000 (davon waren nur 130.000 Sozialwohnungen).

- Aufgrund der Firmenbankrotte sind in den letzten Jahren Baumaschinen und -werkzeuge im Wert von mehreren Hundert Millionen DM verrostet, verrottet und wertlos geworden; in anderen nichtausgelasteten Unternehmen stehen sie ungenutzt rum. In Steinbrüchen, Lagern usw. stauen sich Roh- und Baumaterialien und liegen ungenutzt auf der Halde.



Da soll uns mal einer herkommen und diese marktwirtschaftliche "Logik" erklären: arbeitslose Bauarbeiter gibt es, riesiger Bedarf an zu bauenden und zu modernisierenden Wohnungen besteht, Baumaterialien und -maschinen sind ebenfalls zur Genüge da — gebaut wird aber nicht! Offenbar ist der Kapitalismus dazu nicht in der Lage. Wir müssen es also selber in die Hand nehmen!

Deshalb fordern wir:

- *Genügend Wohnraum für alle (mindestens 25 Quadratmeter pro Person zuzüglich ausreichende Nutzfläche für Küche, Bad und Toilette)!
- *Billige Warm-Mieten, die nicht mehr als 20% des Nettoeinkommens verzehren dürfen!
- *Sofortiger Mietpreisstopp! Streichung aller Schuldzinsen auf den Wohnungsbau, an denen sich die Großbanken nur dumm und dämlich verdienen!
- *Verstaatlichung aller Kreditinstitute! Zinslose Kredite zur Finanzierung eines staatlichen Wohnungsbauprogramms!
- *Einen Mindestlohn von 1.500.- DM netto für alle Jugendlichen ab 18 Jahren und für alle Jugendlichen mit abgeschlossener Berufsausbildung!
- *Überführung aller leerstehenden Wohnungen in Gemeineigentum und deren Zuweisung an Wohnungssuchende! Keine unnötigen und luxuriösen Zweit-, Dritt- und Viertwohnungen für die Reichen!

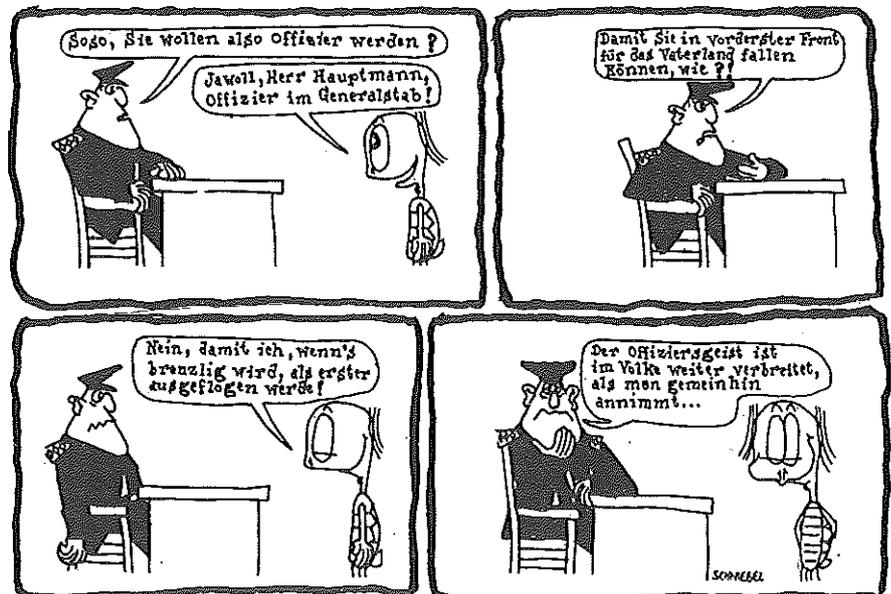


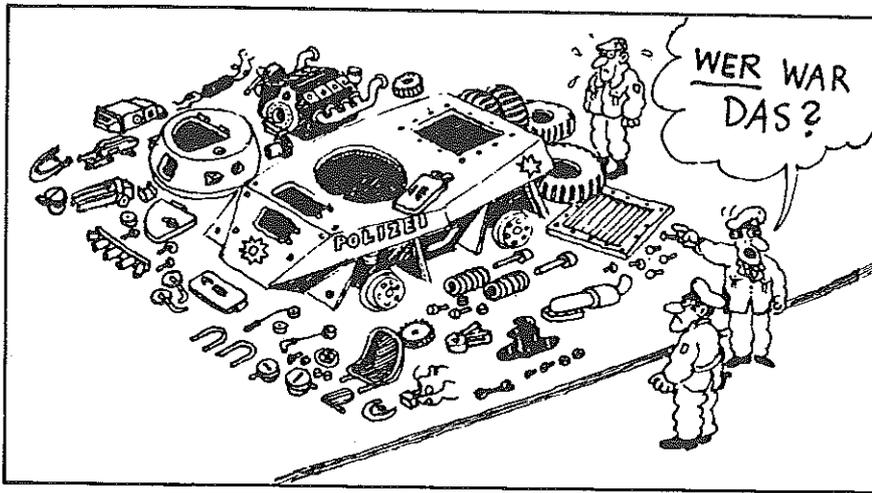
- *Legalisierung aller Besetzungen leerstehenden Wohnraums!
- *Keine Kriminalisierung von Instandbesetzern, sondern Bestrafung der Kaputtbesitzer und der Häuser-Leer-Stehen-und-Verrotten-Lasser!
- *Bereitstellung von ausreichenden staatlichen Mitteln für ein umfassendes Programm zur Altbaumodernisierung bei Beibehaltung der vorherigen Miethöhe!
- *Keine Stadtsanierung ohne Zustimmung der betroffenen Bewohner!
- *Enteignung aller Spekulanten und Großgrundbesitzer! Entschädigung nur auf der Grundlage erwiesener Bedürftigkeit!
- *Überführung von Grund und Boden in Bebauungsgebieten in Gemeineigentum!
- *Verstaatlichung der großen Bau-gesellschaften unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- *Für einen sozialistischen Plan des Wohnungsbaus!
- *Ein massives staatliches Wohnungsbauprogramm unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung zur Fertigstellung von 1.000.000 menschenwürdigen und preiswerten Wohnungen jährlich, bis die Wohnungsnot beseitigt ist!

4. Jugend in der Bundeswehr

"Die Bundeswehr ist die Schule der Nation." Ein schöner Spruch. Was man beim Bund außer "Schnauze halten! Stillgestanden! Parieren!" noch lernt, das erzählte uns ein frisch Entlassener: "Saufen, nichts als Saufen. Auf andere Weise können die meisten ihren Frust nicht vergessen... Ich hab's genauso gemacht. Meiner Meinung nach bildet der Barras die meisten Alkoholiker heran!"

Der große Frust widerspiegelt sich auch in der steigenden Zahl von Selbstmorden junger Soldaten. Der mickrige Sold von rund 200 DM monatlich erlaubt kaum Freizeitaktivitäten. Private Kantinenpächter in den Kasernen machen mit teuren Preisen ein gutes Geschäft. Meist geht das ganze Geld für Wochenendheimfahrten drauf. Nach oftmals





60 Stunden Wochendienst kann's den meisten nicht schnell genug gehen. "NATO-Raliye" wird's im Jargon genannt, wenn es am Freitag-nachmittag endlich ab nach Hause geht: "Wochenendflucht aus Kasernendrilla – Immer mehr Soldaten rasen mit PKW in den Tod", so überschrieb eine Tageszeitung einen Artikel.

Durch Krankfeiern, Blaumachen (einerseits) und Anpassen und Mundhalten (andererseits) versuchen die meisten, sich das Kasernenleben so angenehm wie möglich zu machen. "Keiner hat mich je gefragt, ob ich 15 Monate meines Lebens durch den Schlamm robben will. Ich wurde dazu gezwungen. Zu verweigern hatte ich keine Lust – das kostet genauso meine Zeit, außerdem sind 'ne Menge bürokratischer Scherereien damit verbunden. Jetzt sag ich mir halt: 'Das geht auch vorbei' und versuche, die 15 Monate runterzureißen, ohne irgendwo anzuecken."

Innere Überzeugung ist bei den meisten Wehrpflichtigen (rund 240.000) nicht vorhanden. Selbst bei vielen der (rund 63.000) Berufssol-

daten oder der (ca. 180.000) Zeitfreiwilligen nicht; die machen das meist nur, weil sie keine Lehrstelle, keinen Studien- oder Arbeitsplatz kriegen.

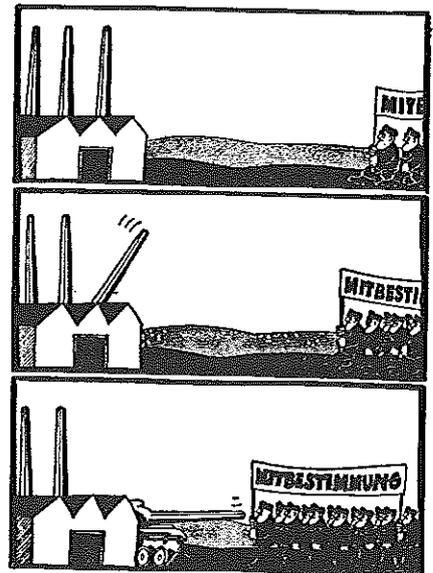
Politische Betätigung ist verboten. In der "Schule der Nation" werden die demokratischen Grundrechte oft mit Füßen getreten. Beschwerden einzureichen trauen sich die meisten nicht. Und die vorgesetzten Offiziere sind oft "auf dem rechten Auge blind". Neonazis dürfen fast unbehelligt in der Bundeswehr ihr Unwesen treiben. Linke werden schikaniert, gedrückt und geschlaucht. Wenn Soldaten es mal wagen, in Uniform an einer Friedens- oder Antikriegsdemonstration teilzunehmen, kriegen sie ein Disziplinarverfahren an den Hals gehängt.

Wegen "geburtenschwacher Wehrpflichtigenjahrgänge" in den 80er Jahren soll demnächst die Wehrdienstzeit verlängert werden. Noch weitergehende Planungen sehen sogar die Wehrpflicht für Frauen vor!

Übungen und Manöver beweisen: die Bundeswehr wird von den Herr-

schenden nicht nur für einen Krieg nach außen, gegen einen anderen Staat trainiert. Genauso wird der Krieg nach Innen, der Bürgerkrieg gegen protestierende Demonstranten oder streikende Arbeiter geübt. Die Generäle lassen z.B. die "Niedererschlagung eines Generalstreiks", die "Räumung eines durch Arbeiter besetzten Großbetriebes" und "Straßenkampf gegen den inneren Feind (Großdemonstration von Kernkraftgegnern)" vorbereiten! Junge Arbeiter in Uniform sollen also als Wehrpflichtige gegen ihre eigenen Kollegen in Zivil, gegen ihre Brüder, Schwestern, Väter, Mütter, Freunde und Bekannte vorgehen. Ob sich die Herren Generäle im "Fall eines Falles" nicht verrechnet haben? – Dafür müssen wir jedenfalls sorgen!

Wir treten für die Auflösung der Bundeswehr ein. Ob wir jedoch wollen oder nicht – sie wird noch einige Zeit bestehen. Grund genug, um für grundlegende Änderungen in der Bundeswehr einzutreten, solange es sie noch gibt!



Deshalb fordern wir:

- *Wahl aller Offiziere durch die Mannschaften (einschließlich der Möglichkeit auf jederzeitige Abwahl)!
- *Für das Recht aller Wehrpflichtigen und Berufssoldaten, sich in den Kasernen gewerkschaftlich zu organisieren!
- *Streikrecht für alle Angehörigen militärischer Einheiten!
- *Für freie politische Betätigung in der Bundeswehr! Rede-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit!
- *Für das Recht aller Einheiten, demokratische Soldatenkomitees zu wählen, welche die Interessen der Mannschaften vertreten!
- *Kein Einsatz der Bundeswehr gegen Arbeiter, Angestellte und Gewerkschafter! Kein Einsatz gegen Streikende und Demonstranten! Im "Ernstfall": Verweigert die Befehle!
- *Die militärische Ausbildung muß unter die Kontrolle der Gewerkschaften gestellt werden!
- *Einen garantierten Mindestsold von 1.500.- DM netto für alle Wehrpflichtigen! Junge Arbeiter, die einrücken müssen, sollen ihren vollen Lohn fortgezahlt bekommen!
- *35-Stunden-Woche für alle Wehrpflichtigen und Berufssoldaten! 35 Tage Mindesturlaub jährlich!
- *Keine Kasernierung für Soldaten! Keine Massenbettsäle, sondern Einzelzimmer!
- *Keine heimatferne Stationierung für Soldaten und Wehrpflichtige!
- *Keine Verlängerung der Wehrpflicht! Keine Einführung von Wehrpflicht für Frauen und Mädchen!

5. Jugend im Zivildienst

"Ich komme mir bald vor wie beim Sünd! Dabei dachte ich anfangs, hier wäre es anders – aber Pustekuchen! Hier wirste genauso schikaniert" (Aus dem Bericht eines Zivildienstleistenden).

In der Tat: es gibt Bestrebungen, den Zivildienst verstärkt zu militarisieren: Unterbringung in Kasernen, Umwandlung in einen Arbeitsdienst (z.B. billige Waldarbeiter), Verlängerung der Dienstzeit usw.

Rund 45.000 Zivildienstleistende (ZDL) verrichten gegenwärtig ihren Dienst. Sie tun das in Krankenhäusern, Altersheimen, Jugendzentren, beim Roten Kreuz usw. Meist länger als 40 Stunden jede Woche. Die Arbeitsbedingungen sind katastrophal. Dafür erhalten sie einen monatlichen Sold von miesen 195.- DM, obwohl sie oft die Arbeit von Fachkräften erledigen. Das richtige Wort dafür heißt: Ausbeutung! Als billige Arbeitskräfte mißbraucht, spielen sie die Rolle von Konkurrenten für die wirklichen Fachkräfte mit gründlicher Ausbildung. Sie sind "Lohn-drücker". Streikrecht besteht für sie nicht. Wer dies trotzdem tut, (wie 1978) wird dienstrechtlich verfolgt und diszipliniert.

Für kurze Zeit (1977) war eine freie Wahl zwischen Bundeswehr und Zivildienst möglich. Scheinbar war damit ein im Grundgesetz niedergeschriebenes Grundrecht auch in der Wirklichkeit erfüllt. Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer wuchs schnell: ohne die unwürdigen Gewissensverhöre hatten mehr Jugendliche den Mut, zur Bundeswehr "Nein" zu sagen.

Lange ging's nicht. Auf Druck der



„Was läßt Sie daran zweifeln, daß wir Ihre Probleme verstehen?“

Militärs wurde dieses Zugeständnis schnell wieder zurückgenommen. Wer heute aus Gewissensgründen lieber Zivildienst ableisten möchte, der muß wieder zuerst das Räderwerk der Kreuzverhöre beim Prüfungsausschuß überstehen.

Offenbar ist das manchen Kräften noch nicht genug Abschreckung: zusätzlich liegen Pläne in der Schublade, die Dienstzeit auf 24 Monate zu verlängern. (Mit 16 Monaten ist sie gegenwärtig schon 1 Monat länger als bei der Bundeswehr). Das muß anders werden!

Im Prinzip ist der Zivildienst in seiner gegenwärtigen Form völlig überflüssig. Beispielsweise gibt es genügend ausgebildete, aber arbeitslose Krankenpfleger, die die entsprechende Arbeit viel fachkundiger durchführen könnten. Sie werden aus "Spargründen" aber nicht alle eingestellt. Stattdessen greift man auf die billigen ZDL'er zurück. Deshalb fordern wir grundsätzlich eine ersatzlose Abschaffung des Zivildienstes. Solange er jedoch weiterbesteht, kämpfen wir für grundlegende Änderungen.

Deshalb fordern wir:

- *Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung für alle ZDL (auch an ihrer Dienststelle)!
- *Keine Verlängerung der Dienstzeit! Sondern Verkürzung auf 15 Monate!
- *Keine Ausnutzung der Zivildienstleistenden als billige Arbeitskräfte! Mindestvergütung 1.500.- DM netto oder die volle Lohnfortzahlung aus dem bisherigen Beruf!
- *Wer als ZDL die Arbeit von Fachkräften verrichtet, z.B. als Krankenpfleger, der soll auch den vollen tariflichen Lohn einer solchen Fachkraft erhalten!
- *35-Stunden-Woche maximal – und 35 Tage jährlichen Mindesturlaub für alle ZDL!
- *Volle Kostenerstattung für wöchentliche Heimfahrten!
- *Für die freie Wahl zwischen Bundeswehr und Zivildienst! Ersatzlose Abschaffung der Gewissensprüfungen!
- *Volles Streikrecht für ZDL! Abschaffung aller Disziplinarmaßnahmen!
- *Der Zivildienst muß unter die demokratische Kontrolle der Gewerkschaften gestellt werden!
- *Keine Kasernierung für ZDL! Keine Umwandlung in einen Arbeitsdienst! Keine Dienstpflicht für Frauen und Mädchen!

6. Jugend und demokratische Rechte

In der Schule, so heißt es, sollen wir zu demokratischem Denken und Handeln erzogen werden. Doch wie sieht es damit aus? Bei keiner wichtigen, uns betreffenden Entscheidung werden wir gefragt! Wir haben nichts zu sagen. Wer kritisch ist, wird von vielen Lehrern schief angesehen. Direktoren machen der Schülervertretung und Schulsprechern oft erhebliche Schwierigkeiten. Sie dürfen keine politischen Meinungen äußern. Briefgeheimnis? Denkste! Da herrscht Zensur. So ist zum Beispiel jeder Schuldirektor in Bayern seit 1976 vom Kultusministerium angewiesen, die eingehende Post für Schülerzeitungen zu öffnen, zu überprüfen und gegebenenfalls nicht weiterzuleiten. Steht in einer Schülerzeitung mal ein Artikel, der dem "Direx" nicht gefällt, dann kann er Druck oder Verteilung ganz einfach verbieten.

Der Verfassungsschutz überwacht sogar die Schulen. Schüler werden dafür angeworben, als Spitzel ihre Mitschüler und Lehrer zu überwachen. In manchen Fällen ist die "Schülerunion" (CDU-Schülerorganisation) so eifrig bei der Sache, daß sie dies schon ohne Aufforderung tut. Wer es wagt, in der Schule eine Plakette "Stoppt Strauß" zu tragen, der fliegt (so wie kürzlich in mehreren Schulen Bayerns). So viel zur Schule.

Und in den Betrieben? Da hat's Demokratie auch nie gegeben. "Achtung! Hier endet der demokratische Sektor der BRD!", dieses (unsichtbare) Schild scheint über jedem Fabrikator zu hängen. In Unterneh-



merkreisen und bei staatlichen Behörden kursieren "schwarze Listen". Darauf sind aktive Gewerkschafter(Innen), politisch linksgerichtete Arbeiter(Innen) und Angestellte, un-bequeme Jugendvertreter(Innen) und Betriebsräte vermerkt. Mehrere Hundert aktive Jugendvertreter(Innen) werden jährlich nicht nach ihrer Lehre nicht übernommen. Sie fliegen. Oder müssen ans Fließband, statt ihren erlernten Beruf ausüben zu können. Alleine in Niedersachsen, Bremen und Nordrhein-westfalen wurden 1979 30.000 IGM-Betriebsräte vom Verfassungs-

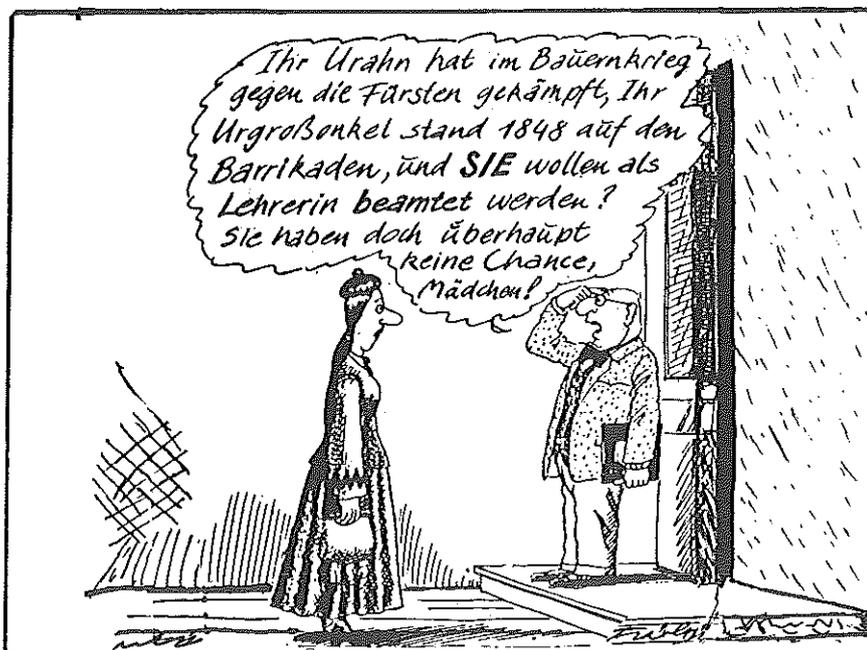
schutz "routinemäßig überprüft".

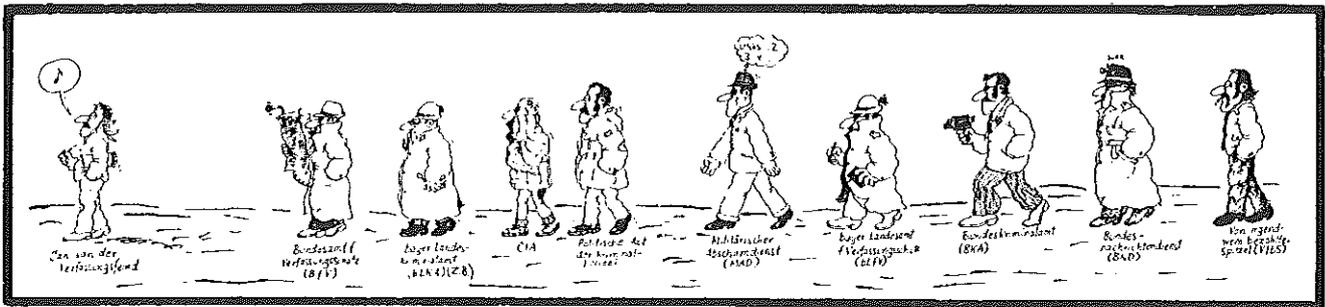
An der Uni ist es nicht anders. Regelmäßig sitzen z.B. in München Verfassungsschutz-Spitzel in Vorlesungen und Seminaren und machen fleißig Notizen. Büchertische mit politischer Literatur werden massiv zu behindern versucht. Flugblattverteiler werden registriert. Politische Gruppen haben Raumverbot. Sie dürfen in Uni-Räumen keine politischen Veranstaltungen durchführen.

Beim Verfassungsschutz lagern umfangreiche Akten über Hunderttausende. Wer z.B. in den öffentlichen Dienst will, der wird auf jeden Fall genau beschnüffelt: Putzfrauen, Lokomotivführer, Müllmänner, Verwaltungsangestellte, Postboten, Lehrer und Professoren kriegen Berufsverbot, wenn sie in einer linken Gruppe Mitglied sind. Neonazistische NPDler bleiben hingegen weitgehend ungeschoren!

Hunderttausende werden jährlich bei Demonstrationen, Protest-Kundgebungen, Streiks, Unterschriftensammlungen und politischen Veranstaltungen durch den Staatsschutz beobachtet und fotografiert. Tausende werden systematisch per Telefon-Abhörung, Wanzeninstallation ("Lauschangriffe"), Postkontrollen und unauffälliges "Begleitpersonal" überwacht. Sogar in Jugendzentren schnüffeln "Jugendpolizisten" und andere Experten regelmäßig rum.

Unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung wurden in den letzten Jahren zahlreiche Gesetze





geändert. In einigen Bundesländern sind sogar schon "der gezielte Todesschuß auf Kinder", "Handgranaten und andere flächendeckende Waffen gegen Menschenaufläufe" sowie Maschinengewehre als reguläre Polizeiwaffen per Gesetz abgesichert. In anderen Bundesländern ist es bald soweit. In den Computern des Bundeskriminalamtes sind die Daten von bereits 10 Millionen Menschen gespeichert. Es erfordert keine große Phantasie, um sich vorzustellen, wie diese "Antiterrorgesetz" und die Rasterfahndungsprogramme in Zukunft angewandt werden könnten: bei Streiks, Fabrikbesetzungen und Massendemonstrationen, also gegen die breite Arbeiterbewegung. Skrupel hätten die Herrschenden sicherlich nicht. Ihre einzige Überlegung wäre, ob es taktisch klug und erfolgversprechend ist.

Arbeiter und Jugendliche haben noch nie die gleichen demokratischen Rechte wie die Unternehmer gehabt. Das steht zwar auf dem Papier so. Aber in der Wirklichkeit sieht es ganz anders aus. Zum Beispiel die "Pressefreiheit": Das ist die Freiheit von 200 Personen und Verlagsbesitzern, tagtäglich ihre Meinung Millionen von Arbeitern, Angestellten

und Jugendlichen in den Kopf zu trichtern. In welcher Zeitung wird denn schon mal die Meinung eines jungen Arbeiters über seine Alltagsprobleme abgedruckt?

Beim Druckerstreik 1978 sahen sich Kollegen durch einige giftige Kommentare der Springer-Press diffamiert. Sie weigerten sich, dies so abzudrucken. Sie verlangten das Recht, ihre eigene Meinung dazu ebenfalls in der Zeitung zu veröffentlichen. Natürlich paßte dies dem Verleger nicht. Er verweigerte den Kollegen ihr Recht. Die Drucker ließen deshalb die Zeitung ohne die entsprechenden Kommentare erscheinen, mit einigen weißen Flecken. Der Verleger sah "seine" (!) Meinungsfreiheit bedroht und rief nach den Gerichten. . .

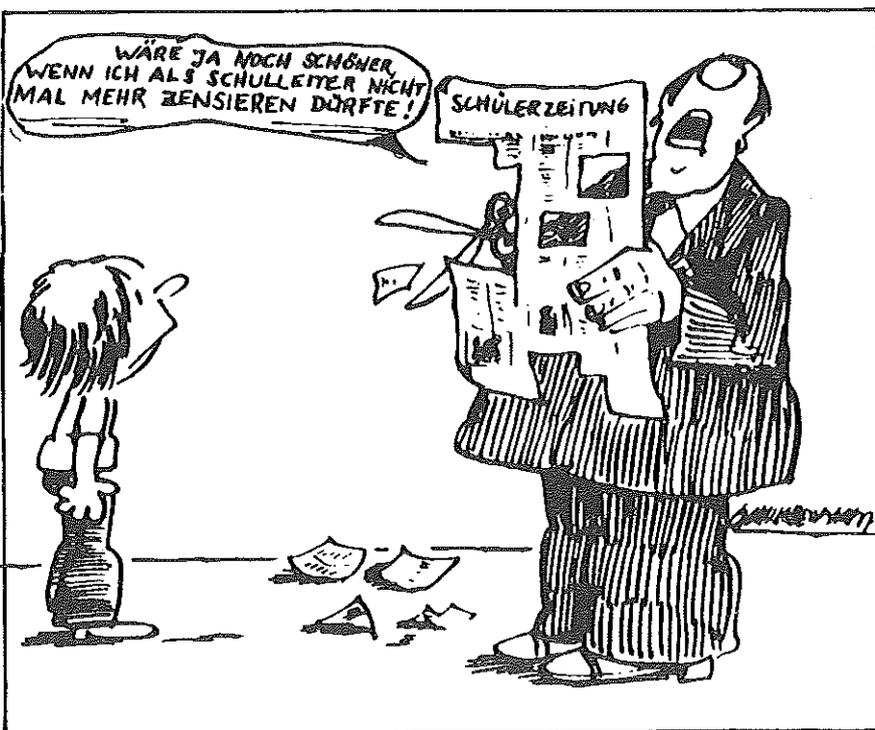
Andere Beispiele für die engen Schranken der bürgerlichen Demokratie ließen sich beliebig aufzählen. Arbeiter und Jugendliche sind mit den Bossen nicht "gleichberechtigt". Dennoch: im Vergleich zur Vorkriegszeit hat die Arbeiterbewegung mehr Handlungsspielraum und größere Rechte erkämpft. Diese Errungenschaften müssen verteidigt werden.

Was bisher an Abbau demokratische Rechte schon stattgefunden

hat und was noch angestrebt wird, ist neu in der Nachkriegsgeschichte. Die Herrschenden bereiten sich damit auf zukünftige Klassenkämpfe vor. Wir müssen jeden weiteren Angriff auf bestehende bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten abwehren und für Ihre Wiederherstellung sorgen!

Deshalb fordern wir:

- *Für wirkliche demokratische Rechte! Für wirkliche Meinungs-, Rede-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit!
- *Vernichtung aller Schnüffelkartellen und Computerdateien!
- *Vernichtung aller "schwarzen Listen" in den Betrieben, auf denen kritische und kämpferische Kollegen registriert sind!
- *Weg mit den Berufsverboten! Sofortige Einstellung aller Kollegen, die Opfer von Berufsverboten sind!
- *Ersatzlose Auflösung des Verfassungsschutzes!
- *Nein zur "neuen Polizeibewaffnung"! Nein zur massenwirksamen Bürgerkriegsbewaffnung der Polizei!
- *Für das Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Schule, Universität, Betrieb und öffentlichem Dienst!
- *Schluß mit der polizeilichen Überwachung bei Demonstrationen, Streiks und Versammlungen!
- *Schluß mit der Bespitzelung von Jugendvertretern, Betriebsräten, Schüler- und Studentenvertretern!
- *Keine Zensur von Schülerzeitungen durch die Schulleitung mehr!
- *Keine Jugendpolizei in Jugendzentren und anderen Jugendtreffpunkten!
- *Freien Zugang zu öffentlichen Räumen für alle politischen Gruppen zur Durchführung von Veranstaltungen!
- *Für das Recht, überall und jederzeit politische Plaketten tragen zu dürfen!
- *Der DGB soll mit Hilfe der DGB-Jugend am Aufbau gewerkschaftlicher Schüler- und Studentengruppen mithelfen!



7. Jugend und Bildung

"Schick' Dein Kind auf höhere Schulen!" Diese Parole aus den 60er Jahren klingt vielen Eltern noch in den Ohren. Heute weiß jeder: die große "Bildungsreform" ist gescheitert. Der Traum von der "Chancengleichheit für alle" ist vorbei. Im Jahr 1981 gehen nur knapp 10% aller Arbeiterkinder auf ein Gynasium, während dies immerhin 50% der Beamtenkinder und nahezu alle Akademiker- und Unternehmerkinder schaffen.

Seit langem fordern Gewerkschaften und viele Lehrer, Eltern und Schüler die Abschaffung des "Drei-Klassen-Schulsystems". An die Stelle von Hauptschule, Realschule und Gymnasium soll die einheitliche Gesamtschule treten; dort wird jeder Schüler nach seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen gefördert. Wo Gesamtschulen bereits bestehen, da ist erwiesen: sie vermindern die Benachteiligung von Arbeiterkindern. Insgesamt erreichen nur 18% aller Schüler das Abitur. Von Gesamtschülern schaffen dieses Ziel immerhin 27%.

Doch Gesamtschulen als Regelschulen? Dieses alte Versprechen würden die meisten Mächtigen-Bildungsreformer am liebsten wieder vergessen. Wenn es nach ihnen geht, bleibt es bei den wenigen bereits bestehenden Gesamtschulen, die einmal als "Modelle" versuchsweise eingerichtet wurden. Die Quellen wegen des Andrangs fast über und müssen beinahe 50% aller Bewerber abweisen. . .

In Nordrhein-Westfalen verfügt die SPD-Landesregierung seit Mai 1980 über eine absolute Mehrheit. Doch auch sie will die Gesamtschule nicht als Regelschule einführen - trotz langjähriger Versprechen. Zwar will sie einige zusätzliche Gesamt-



schulen bauen. Aber diese sollen nur das "Angebot" ein wenig steigern. So entsteht aus dem "Drei-Klassen-Schulsystem" in NRW jetzt sogar ein "Vier-Klassen-Schulsystem"! Die Bildung ist ein Stiefkind der Nation geworden.

Im Bundesgebiet sind ungefähr 50.000 fertige Lehrer arbeitslos oder müssen sich als Taxifahrer durchschlagen. Und das, obwohl es landauf, landab überfüllte Klassen mit 30 bis 40 Schülern gibt; obwohl in fast jeder Schule wegen "Lehrermangel" regelmäßig Stunden ausfallen! (An den Berufsschulen fallen über 20% der Unterrichtsstunden aus.) Überall fehlen Räume. Einzelne Klassen müssen fast jede Stunde umziehen, weil sie keinen festen Raum haben.

Viele Schulen sind miserabel ausgestattet. Technische Geräte für naturwissenschaftlichen Unterricht, Lehrbücher oder andere für eine vernünftige Bildung notwendigen Hilfsmittel fehlen. Die "Lehrmit-

telfreiheit" besteht nur auf dem Papier. Die meisten Schüler müssen sich Bücher selber kaufen.

Mehr als zwei Drittel aller Schüler sind (laut Meinungsumfrage) davon überzeugt, daß "Schleimen" und "dem Lehrer nach dem Munde reden" zu besseren Noten führt. Die Konkurrenz innerhalb der Klassen ist mancherorts so groß, daß Schüler sich nicht mehr gegenseitig abschreiben lassen! Der Kampf um die Studienplätze hat stellenweise fast unglaubliche Formen angenommen: es gibt Gymnasiasten, die Nachhilfestunden in Mathematik nehmen, um ihre Note "sehr gut" bis zum Abitur halten zu können!

Die Bildungsmisere hört aber nicht mit der Schulentlassung auf: Wer trotz Konkurrenz und Leistungsdruck ein Abitur gebaut hat, dem stehen längst nicht alle Türen offen. Nicht jeder hat das Geld für ein Studium. Die Universitäten sind außerdem überfüllt. Folglich weichen viele Abiturienten auf Lehrberufe aus. Wegen des Lehrstellenmangels verdrängen sie dort die Real- und Hauptschüler.

Der Zweite Bildungsweg wird seit neuestem wieder rigeros zugebaut. Mit langen Wartezeiten sollen Interessenten abgeschreckt werden. "Wegen Unrentabilität" und aus anderen fadenscheinigen Gründen werden einzelne Schulen sogar kurzerhand geschlossen.

Das kapitalistische Bildungswesen ist nicht dafür da, daß wir alle unsere Traumberufe erlernen können. Es dient dazu, so viele funktionstüchtige Arbeitskräfte herzustellen, wie gerade benötigt werden. Wir sollen uns im Räderwerk der Wirtschaft möglichst reibungslos mitdrehen. Hauptsache, wir sind



produktiv. Hauptsache, wir schaffen Profit!

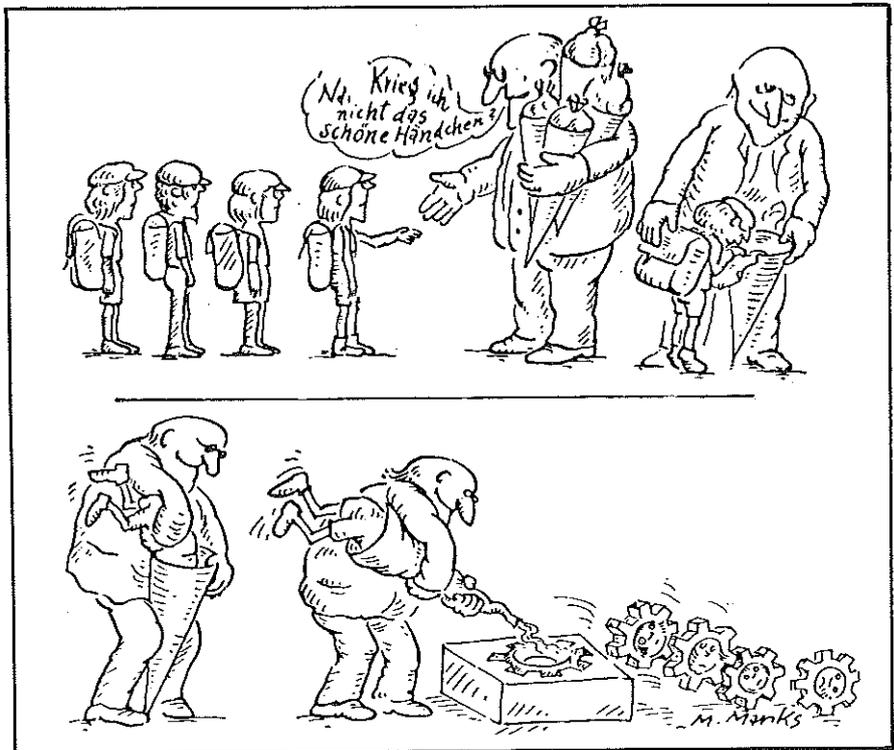
Bis 1961 waren der BRD hunderttausende qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR zugewandert. Für deren Ausbildung hatte die BRD keinen Pfennig aufzuwenden. Dann wurde die Mauer gebaut. Der Zustrom endete jäh. Der bundesdeutsche Kapitalismus mußte selbst mehr Akademiker und Führungskräfte heranbilden. Ein steigender Bedarf für Hochschulabsolventen entstand zusätzlich aus dem kapitalistischen Nachkriegsaufschwung, der in jenen Jahren weltweit noch im Gange war. Das ist der Grund, warum danach plötzlich der Bedarf für eine "Bildungsreform" entdeckt wurde.

Heute wird bei der Bildung wieder an allen Ecken und Enden gespart. "Rotstiftpolitik" ist überall gefragt, vom BAFöG bis zum Bau von Studentenwohnheimen. Warum diese Kehrtwendung? Offensichtlich hat das Kapital seinen Bedarf an einer zusätzlichen Anzahl besser ausgebildeter Kräfte gesättigt. Die Weltwirtschaftskrise von 1974/75 hat ohnehin den Illusionen über einen endlosen kapitalistischen Aufschwung ein Ende bereitet. Statt die Bildungsausgaben "sinnlos" zu erhöhen, schantzt der Staat die Steuergelder der Arbeiter und Angestellten lieber den Großunternehmen zu, um deren Profite zu erhöhen.

In allen Bundesländern haben die Regierungen zum Angriff auf das Bildungswesen geblasen. Einstmals mühsam erkämpfte Fortschritte sollen Stück für Stück wieder abgebaut werden.

Die Bildungsreform, einstmals das Prunkstück des SPD-Programms der "großen inneren Reformen" ist nie wirklich angepackt worden. Ein Kernstück der Reformpläne war die Aufhebung der Trennung zwischen beruflicher und allgemeiner Bildung (Duales Schulsystem). Davon spricht heute niemand mehr.

Bildungsinhalte, Ausbildungsbedingungen und Bildungseinrichtungen orientieren sich nicht an den Bedürfnissen und Interessen der lernenden Jugend und der arbeitenden Bevölkerung. Das erfahren wir als Betroffene tagtäglich am eigenen Leibe. Die Bildungspolitik ist maßgeschneidert nach den Anforderungen des Kapitals. Und die Kapitalisten haben gegenwärtig eben kein Interesse an mehr Sozialarbeitern, Lehrern, Ärzten und Wissenschaftlern. Von ihrem Standpunkt aus sind mehr Bildungsausgaben während einer Wirtschaftskrise pure Verschwendung. Denn jeder Pfennig, der für bessere Bildungs-



einrichtungen oder höhere Ausbildungsbeihilfen ausgegeben wird, schmälert ihren Profit.

Die Bosse haben erst recht kein Interesse daran, daß wir auf der Schule lernen, die Klassenstruktur der Gesellschaft zu durchschauen.

Ebensowenig darf es "zuviel" Demokratie in der Schule geben – eine zukünftige Arbeitskraft muß sich ja schließlich schon früh an die herrschenden Machtverhältnisse und Rangordnungen in Betrieb und Gesellschaft gewöhnen.

Deshalb fordern wir:

- *Mehr Schülerbeteiligung, mehr Möglichkeiten zu Kritik und Diskussionen im Unterricht!
- *Vollständige Überarbeitung und Kontrolle der Lehrinhalte und -methoden durch Lehrer, Schüler, Eltern und Gewerkschaften!
- *Kein stures Büffeln und Auswendiglernen – sondern bessere Lehr- und Lernmethoden!
- *Keine Kürzung, sondern eine massive Erhöhung der Bildungsausgaben!
- *Sofortige Einstellung aller ausgebildeter Lehrer!
- *Senkung der Klassenstärke auf maximal 20 Schüler!
- *Eine bessere materielle und technische Ausstattung der Schulen!
- *Für eine grundlegende Bildungsreform im Interesse der Arbeiterjugend!
- *Abschaffung des dualen Bildungssystems, d.h. keine Trennung zwischen berufsbildenden und allgemeinbildenden Schulen mehr!
- *Keine Trennung zwischen den Schularten – für die integrierte Gesamtschule als Regelschule!
- *Für die Einführung des 10. Pflichtschuljahres!
- *Wahl einer kollektiven Schulleitung durch Schüler, Eltern und Lehrern aus ihrer Mitte!
- *Wir wollen lernen – aber ohne Leistungsdruck und Auslese! Abschaffung aller Noten und Prüfungen!
- *Angemessene Ausbildungsförderung (BAFöG) von 1.000,- DM netto ohne Darlehensanteil für alle Schüler und Studenten nach den Pflichtschuljahren, um jedem eine angemessene Ausbildung zu ermöglichen, die er/sie haben will!
- *Kostenlose Bildung für alle! Jederzeitige Möglichkeit zwischen kostenloser Weiterbildung für alle jungen Arbeiter bei voller Lohnfortzahlung! Volle Lernmittelfreiheit an allen Schulen und Hochschulen!
- *Kein Abbau, sondern Ausbau des zweiten Bildungsweges!

8. Jugend im Betrieb

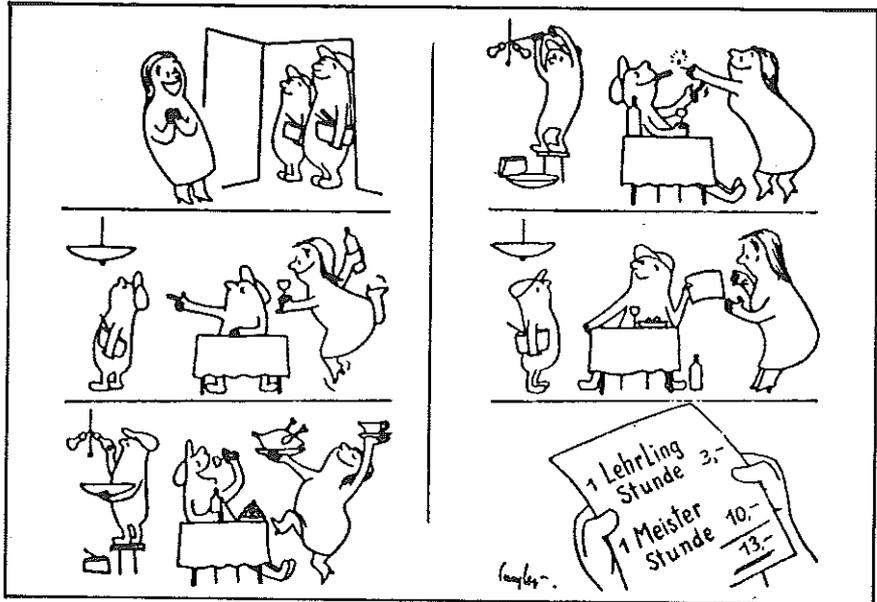
"Geh' mal für mich 'n Bier holen und anschließend wird die Werkstatt gefegt, aber tiptopp!" Kaum ein Auszubildender, vor allem in Kleinbetrieben, der solche Anweisungen seines Meisters nicht kennt!

Die fachliche Ausbildung ist meist eher schlecht als recht. Was man lernt, kriegt man eher nebenbei mit. Nur 15% aller Jugendlichen, die im Betrieb lernen, haben hauptamtliche Ausbilder und besondere Lehrwerkstätten. Und gar mancher Ausbilder führt sich auf wie ein kleiner Tyrann. Mehr als 400.000 Jugendliche "lernen" ihren Beruf (und Bierholen usw.) in Betrieben mit 1 bis 9 Beschäftigten. Klar, daß man da fast nur als billige Arbeitskraft verwendet wird.

Darum ist die Lehrzeit z.T. auch viel zu lang. Oft sind 50% der Zeit mit ausbildungsfremden Tätigkeiten vergeudet. Dem Lehrherren bringen diese Tätigkeiten bares Geld; der Lehrling wird mit einer äußerst knappen Ausbildungsvergütung abgespeist.

In manchen Berufen ist es besonders einträglich, Lehrlinge "einzustellen" und erwachsene Beschäftigte rauszuschmeißen. So stieg die Zahl der Fleischerlehrlinge Mitte der 70er Jahre um fast 50%, während im gleichen Zeitraum die Gesamtzahl der Beschäftigten um 17% zurückging. Tischlerlehrlinge nahmen um 42% zu, obwohl die Beschäftigten sich um 11% verringerten. Die Zahl der Bäckerlehrlinge erhöhte sich um 66% während die Zahl der Erwerbstätigen um 19% sank. . .

Diese Zahlen zeigen: Die Lehrzeit ist in erster Linie eine Zeit, wo wir



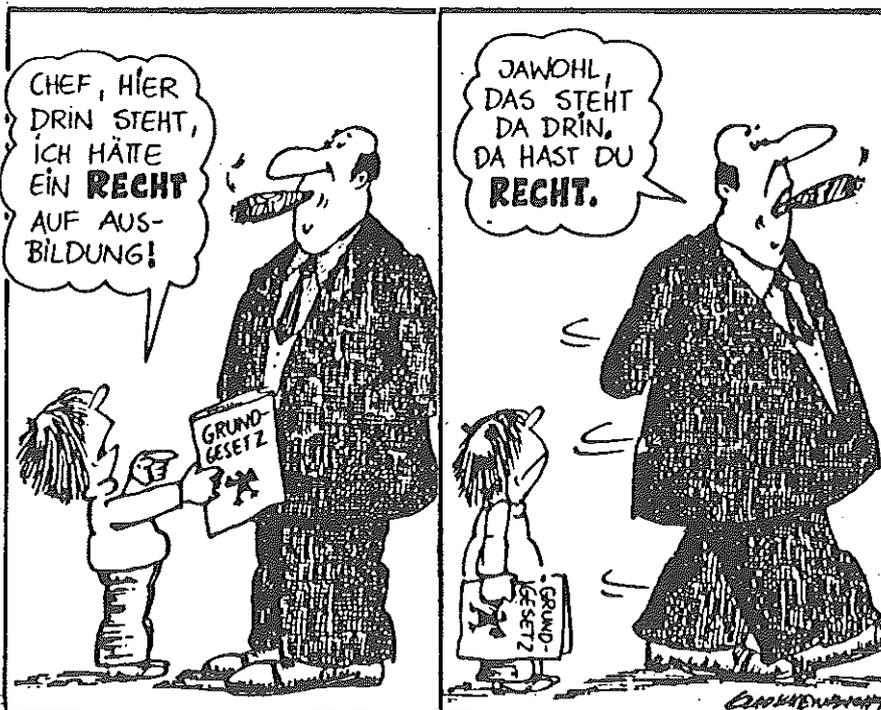
als billige Arbeitskräfte ausgebeutet werden. Sie dient nicht dazu, daß wir uns eine umfassende, breite und qualifizierte Berufsbildung aneignen. Auch die großen Industriekonzerne haben sich einen Trick ausgedacht, um die Berufsbildung nicht besser als für sie nötig zu gestalten: er heißt Stufenausbildung. Der Plan sieht meist vier Ausbildungsstufen vor. Nach jeder Stufe muß man durch das Räderwerk einer Abschlußprüfung. Besteht man sie, heißt das noch lange nicht, daß man zur nächsten Stufe zugelassen wird. Denn die Firmenleitung entscheidet, wer weitermachen darf, wer also Hilfsarbeiter oder Anlernkraft (jetzt vornehm Betriebswerker genannt), Facharbeiter 2. Klasse, Facharbeiter 1. Klasse oder Techniker wird. Auf diese Weise hat sie uns vollkommen

im Griff: sie kann sieben und auslesen, wie sie will. Zudem werden in dieser Stufenausbildung meist nur Kenntnisse vermittelt, die speziell für die jeweilige Firma nützlich sind. Auf diese Weise sind wir auf Gedeih und Verderb den Firmenbossen ausgeliefert. Mehr als 85% der Lehranfänger bei Krupp erreichten keinen qualifizierten beruflichen Abschluß bei der dortigen Stufenausbildung.

Die Mißstände sind allgemein: Welcher Lehrling kann schon von seinem Betrieb behaupten, daß da alle Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes eingehalten werden? Wo werden nicht regelmäßig unbezahlte Überstunden verlangt? Wo werden nicht laufend Unfallverhütungsvorschriften gebrochen?

Es gibt Leute, die halten solche Verstöße für nicht besonders schlimm. "Arbeit hat noch keinem geschadet", meinen sie, "da kommen die Kerls wenigstens nicht auf dumme Gedanken!" Welch ein Irrtum! Wer als Jugendlicher in den ersten Berufsjahren zu lange, zu hart und zu schwer gearbeitet hat, erfährt die Folgen für seine Gesundheit meist erst in späteren Jahren: er/sie ist leistungsgemindert, berufs- und erwerbsunfähig. Warum wohl erreichen nur noch knapp die Hälfte der Arbeitnehmer die "normale" Altersgrenze? Warum wohl sind 50% Frühinvaliden (mit steigender Tendenz)?!

Hinzu kommt: an vielen Stellen hat das Jugendarbeitsschutzgesetz dicke Löcher, weil es für ganz bestimmte Berufszweige Ausnahmen zuläßt: im Gaststättengewerbe darf die Schichtzeit 11 Stunden dauern, in der Landwirtschaft braucht die 40-Stunden-Woche nicht eingehalten zu werden, in Bäckereien müs-



sen Jugendliche schon ab 5 Uhr in der Frühe arbeiten, Akkordarbeit ist "zum Zwecke der Ausbildung" überall erlaubt, und und und. . .

Dabei sind die Lehrlinge vieler grundlegenden politischen Rechte beraubt, damit sie sich nicht gegen diese Mißstände wehren können. Politische Betätigung ist in den Betrieben und Büros verboten. Lehrlinge haben kein Streikrecht. Die Misere endet aber nicht mit Abschluß der Lehre. In Handwerksbetrieben werden bis zu zwei Drittel der jungen Gesellen nach der Gesellenprüfung entlassen: sie werden zu teuer. Stattdessen werden lieber wieder billige Lehrlinge "ausgebildet". Selbst nach einer Einstellung sind junge Arbeiter oft erheblich schlechter gestellt als ältere: sie kriegen weniger Geld, ihre Urlaubstage sind erheblich weniger.

Nach Beendigung der Ausbildung wird auch in der Industrie oftmals kein entsprechender Arbeitsplatz angeboten. Kündigen (und arbeitslos sein) oder eine Hilfstätigkeit übernehmen, das ist dann die Wahl. So kommt es, daß viele junge Facharbeiter am Fließband stehen. Diese Mißstände müssen ein Ende finden!

Deshalb fordern wir:

- *Streikrecht für Lehrlinge! Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Betrieben und Büros!
- *Gleichen Lohn für gleiche Arbeit! Gleiche Bezahlung für jugendliche Arbeitnehmer wie für erwachsene! Gleichen Urlaub für alle!
- *Einen Mindestlohn von 1.500,- DM netto für alle Arbeitnehmer über 18 Jahren!



*Eine gleitende Lohnskala, die gewährleistet, daß die Arbeitsverdienste automatisch mit der Teuerung der Lebenshaltung in gleichem Maße steigen!

*Eine Vergütung von mindestens 1.000,- DM netto für alle Auszubildenden!

*30 Tage Mindesturlaub für alle! Zusätzlich 2 Wochen garantierten Bildungsurlaub für alle, der unbehindert von Unternehmerwillkür genommen werden kann!

*Ausbildung raus aus Unternehmerhänden! Für eine grundlegende Reform der beruflichen Bildung!

*Für ein verschärftes Jugendarbeitsschutzgesetz! Keine Ausnahmeregelungen und keine Überstunden mehr! Für ein absolutes Verbot von Schicht- und Akkordarbeit für Jugendliche!

-Verstaatlichung der Berufsausbildung unter demokratischer Kontrolle der Gewerkschaften!

*Überwachung des Jugendarbeitsschutzes durch die Gewerkschaften!

-Aufhebung des "dualen Systems"! Für eine Integration von berufs- und allgemeinbildenden Schulen!

*Kein Auszubildender darf mit ausbildungsfremden Hilfstätigkeiten beschäftigt werden!

-Ausbildung für alle Facharbeiterberufe nur noch in speziellen überbetrieblichen Lehrwerkstätten! Hauptamtliche Ausbilder für alle!

-Finanzierung der gesamten Berufsbildung durch die Unternehmer (die sind ja schließlich die Nutznießer)!

-Verkürzung der Lehrzeit auf maximal 2 Jahre durch eine intensivere Ausbildung und durch Verbesserung der Lehrmethoden!

-Unser Wissen und Können darf nicht mehr auf die Erfordernisse in einem einzigen Betrieb (dem Ausbildungsbetrieb) zugeschnitten sein! Wir wollen eine breit angelegte und qualifizierte Berufsbildung, die uns aus der Abhängigkeit vom Ausbildungsbetrieb befreit!

-Lehrinhalte und Lehrmethoden der gesamten Berufsausbildung müssen vollständig unter die demokratische Kontrolle der Gewerkschaften gestellt werden!

-Wahl der Ausbilder durch die Beschäftigten und die Lehrlinge!

*Einen garantierten und qualifizierten Arbeitsplatz im erlernten Beruf für alle nach Beendigung ihrer Ausbildung!



9. Ausländische Jugendliche

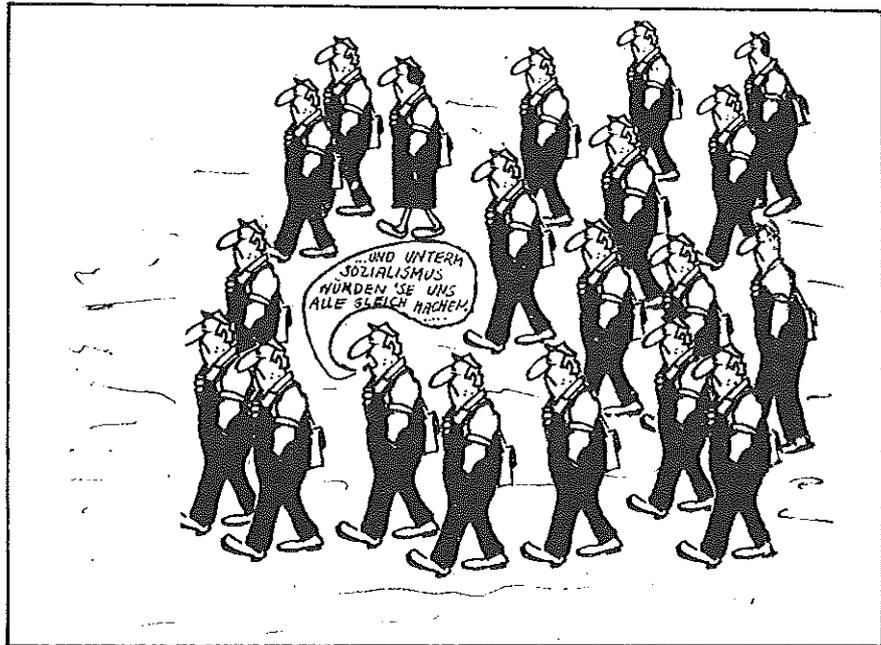
Rund 1,2 Million ausländische Jugendliche leben derzeit in der Bundesrepublik. Sie leiden unter den gleichen Problemen wie die deutschen Jugendlichen, jedoch in viel schärferer Form — und unter vielen zusätzlichen Schwierigkeiten obendrein!

Rechte Politiker wie Strauß würden die Ausländer am liebsten wieder "helmschicken", selbst wenn sie hier geboren oder aufgewachsen sind. Zur Heimat ihrer Eltern haben sie längst jede Bindung verloren. Obendrein sind die wirtschaftlichen und sozialen Übel (Massenarbeitslosigkeit, Hungerlöhne, Wohnungsnot) dort noch schlimmer als hier. Aber auch hier finden sie sich kaum zurecht.

Sprachschwierigkeiten und miserable Wohnverhältnisse in den Ghettos führen dazu, daß 25% der ausländischen Jugendlichen gar nicht zur Schule gehen und 75% keinen Hauptschulabschluß erreichen. Von unseren türkischen Alterskameraden scheitern sogar 90% an diesem Ziel. Nur knapp 1% der Ausländerkinder besuchen Realschule oder Gymnasium (aber fast 50% der deutschen Kinder). Rund 10.000 türkische Lehrer sind gezwungen, in Deutschland Fabrikarbeit zu verrichten, weil sie keine Anstellung in ihrem Beruf finden.

Ohne qualifizierten Schulabschluß kriegen unsere jungen ausländischen Kollegen auch keine Berufsausbildung. 80% finden keine Lehrstelle.

Von der Arbeitslosigkeit sind Ausländer doppelt so stark wie Deutsche betroffen: sie stellen einen Anteil von 6,5% an der Wohnbevölkerung, aber 13% der Arbeitslosen. Wer Arbeit hat, muß meist die



dreckigsten und am schlechtesten bezahlten Jobs verrichten.

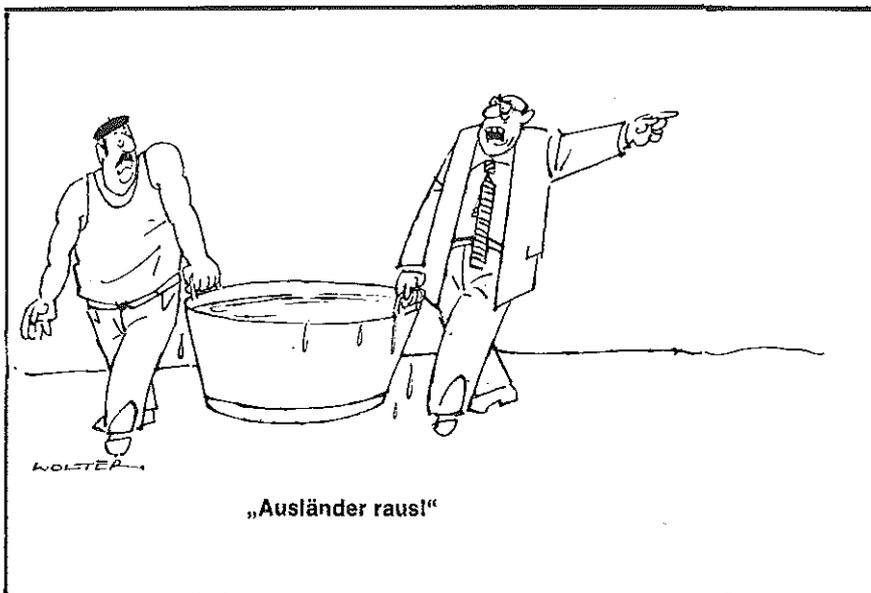
Die Wohnverhältnisse sind z.T. haarsträubend. Für feuchte, dunkle Kellerlöcher mit katastrophaler Beengtheit sacken die Wohnungsspekulanten horrende Mieten ein. Es ist kein Einzelfall, wenn in Großstädten abbruchreife Häuser an "Gastarbeiter" vermietet werden: in jedem Raum müssen dann 4 bis 6 Erwachsene schlafen, kochen, essen und "wohnen" und pro Kopf bis zu 350 DM (monatlich) zahlen! — Nur 1% aller Ausländer wohnen in Neubauwohnungen.

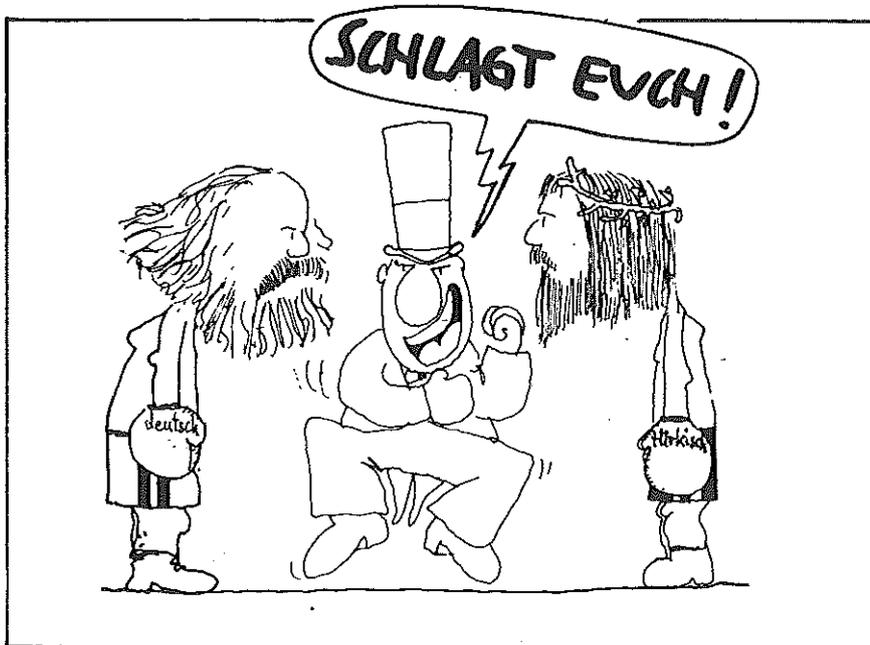
Ausländische Kollegen müssen genausoviel arbeiten und genau so viele Steuern und Sozialabgaben bezahlen wie ihre deutschen Kollegen. Trotzdem kann z.B. ihr Rentenanspruch weitgehend verfal-

len, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren (müssen)! Für ihre im Heimatland lebenden Kinder haben sie keinen Anspruch auf das volle Kindergeld mehr. Glaubt jemand, die Kinder in Italien oder der Türkei würden von den Nachbarn versorgt werden?

Das bundesdeutsche Ausländerrecht benachteiligt sie bewußt und macht sie zu Bürgern zweiter Klasse. Ohne Aufenthaltserlaubnis gibt's keine Arbeitserlaubnis und ohne Arbeitserlaubnis keine Aufenthaltserlaubnis... ein Teufelskreis! Der "Ermessenspielraum", über den die Behörden bei der Auslegung des Ausländerrechts verfügen, ist nur ein beschönigender Ausdruck für die Willkürmaßnahmen, die ständig angewandt werden. So geschieht es beispielsweise, daß ausländische Jugendliche, die hier geboren und aufgewachsen sind, einfach abgeschoben werden, obwohl sie kein Wort ihrer Heimatsprache verstehen! Währenddessen dürfen ihre Eltern hierbleiben, die Familie ist auseinandergerissen... Für ausländische Arbeiter bestehen viele Grundrechte praktisch nicht. Politische Betätigung kann weitgehend verboten werden.

In der letzten Zeit ist die Zahl der Ausländer, die in der BRD politisches Asyl suchen, sprunghaft gestiegen. Rechte Politiker führen dies auf einen "Mißbrauch des Asylrechts" zurück. Dem müssen wir entgegenhalten: "Jeder, der sein Land wegen Arbeitssuche verläßt, ist ein politischer Fall. Der flieht vor ökonomischen Verhältnissen, die nicht von ihm verursacht werden, sondern vor





einem politischen System", wie es ein türkischer Metallarbeiter formulierte.

Ausländerhaß, Diskriminierung, Vorurteile werden durch bürgerliche Hetzblätter geschürt, und zwar mit Absicht. Damit soll verhindert werden, daß deutsche und ausländische Arbeiter und Jugendliche ihre gemeinsamen Interessen erkennen. Und daß sie gemeinsam dafür kämpfen. Deshalb wird immer wieder das Bild vom "messerstechenden, schlinken, faulen und deutschen Mädchen nachstellenden Südländer" an die Wand gemalt. Die ausländischen

Kollegen sollen isoliert werden, damit sich keine Stimme des Protestes erhebt, wenn sie menschenunwürdig behandelt werden.

Wenn man sie braucht, holt man sie — wenn sie nicht mehr gebraucht werden, schickt man sie zurück. Ihre Rechte werden täglich mit Füßen getreten.

Die Arbeiterbewegung muß dringend für die Gleichstellung aller Arbeitnehmer kämpfen. Eine gespaltene Arbeiterschaft ist ein schwache Arbeiterschaft!

Deshalb fordern wir:

- *Für alle Arbeitnehmer, deutsche und ausländische, einen garantierten Arbeitsplatz samt Mindestlohn von 1.500,- DM netto!
- *Eine von der SPD und den Gewerkschaften geführte Kampagne zur vollständigen und aktiven Bekämpfung von Ausländerhaß, Vorurteilen und Benachteiligungen!
- *Abschaffung der Ausländerkontrollen! Keine Abschiebungen mehr!
- *Volles Kindergeld für alle Kinder, auch wenn sie im Ausland leben!
- *Kostenloser deutscher Sprachunterricht von 2 Wochenstunden für alle ausländischen Männer und Frauen, die dies wünschen! Dabei volle Lohnfortzahlung für die Arbeitnehmer!
- *Volle Menschenrechte für alle ausländischen Kollegen! Hände weg vom Asylrecht!
- *Volles Wahlrecht auf allen Ebenen für Ausländer nach 5jährigem Aufenthalt in der BRD!
- *Volle Einbürgerung nach 5 Jahren Aufenthalt für alle ausländischen Kollegen, die dies wünschen!
- *Für die Einheit aller Arbeiter und Jugendlichen — deutschen und ausländischen — im Kampf um bessere Lebensbedingungen für alle!

10. Frauen und Mädchen

In der kapitalistischen Klassengesellschaft gehören Frauen und Mädchen zu den doppelt unterdrückten Schichten der Gesellschaft. Ebenso wie die Männer haben sie unter allen Zwängen zu leiden, durch die die arbeitende Klasse insgesamt unterdrückt wird. Darüber hinaus sind sie zusätzlich in allen gesellschaftlichen Bereichen stark benachteiligt.

Daran hat sich auch nach zehn Jahren sozialliberaler Koalition wenig geändert. Außer der Liberalisierung des § 218, dem neuen Eherecht und dem verbesserten Mutterschutzgesetz ist die Situation der Frau nicht grundlegend verbessert worden.

Die Benachteiligung fängt schon im Kindesalter an: die Jungen werden in der Regel auf ihre Rolle als Familienvater und Ernährer hin erzogen, die Mädchen auf ihre Rolle als Ehefrau und Mutter. Wenn sie Glück haben, wird ihnen noch eine Berufsausbildung zugestanden, aber oft



bekommen sie auch zu hören: "Das lohnt sich für ein Mädchen nicht, Du wirst ja doch mal heiraten und Kinder kriegen."

Die Berufsausbildung heißt für Jungen in der Regel meist technische, jedoch fast immer qualifizierte Ausbildungsberufe mit längerer Aus-

bildungszeit und höherer Ausbildungsvergütung. Den Mädchen stehen fast nur typische "Frauen"-Berufe zur Auswahl, wie Friseurin oder Verkäuferin. Diese haben aufgrund ihrer niedrigen Qualifikation nur eine kürzere Ausbildungszeit (höchstens 2 Jahre) und einen geringeren Ver-

dienst:

1976 verdiente nach tariflicher Vereinbarung ein KFZ-Mechaniker im Handwerk und im 1. Ausbildungsjahr 328,- DM, während eine Friseurin 175,- DM verdiente.

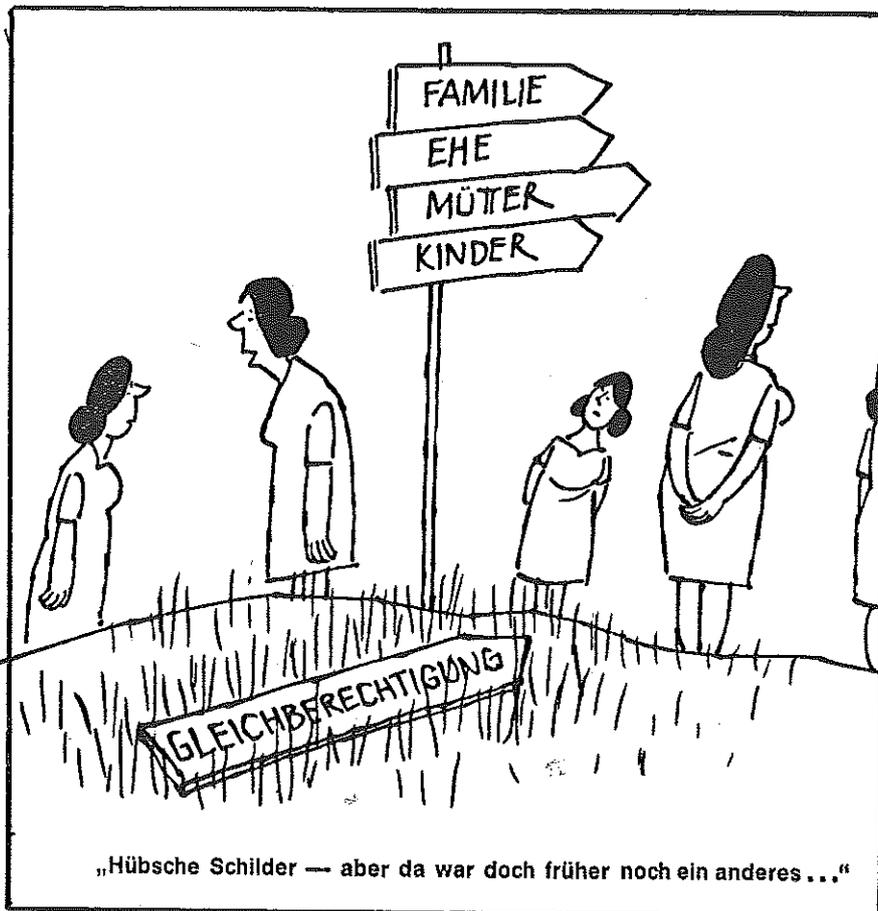
Selbst in typischen Frauenberufen erfahren Mädchen oft schon vor Beginn ihrer Ausbildung, daß sie im Grunde überflüssig sind: Ausbildung ja, aber Übernahme danach — unmöglich. Während der Lehrzeit werden sie als billige Arbeitskraft ausgebeutet: "Lehrjahre sind keine Herrenjahre". Danach werden sie rausgeschmissen und das Spiel beginnt mit der nächsten Generation von vorne. . .

Was machen aber die Frauen, die nun auf der Straße stehen? Natürlich entweder heiraten und aus dem gesellschaftlichen Leben ausscheiden — ohne eigene Sozial- und Rentenversicherung, in totaler Abhängigkeit vom Ehemann. Oder sie geht in die Fabrik als Hilfsarbeiterin — allerdings fast immer ohne den bei Männern in der gleichen Situation gezahlten Facharbeiterzuschlag.

Auch das rein zahlenmäßige Ausbildungsangebot sieht für Mädchen schlechter aus als für Jungen: 1973 gab es 312 Ausbildungsberufe für Jungen, für Mädchen dagegen nur 170. Gar keine Ausbildungsplätze gab es für Jungen in nur 5 Berufen, für Mädchen in 109!

Bisweilen werden Mädchen den Jungen und Frauen den Männern bevorzugt — als billige Arbeitskräfte!

Frauenarbeit findet geringere Anerkennung. Sie wird nicht richtig ernst genommen, also werden es ihre Belange am Arbeitsplatz erst recht nicht. Sie kann ja an den heimischen Herd zurückkehren, wo sie "hingehört". Aufgrund ihrer niedrigen Bezahlung kann sie nicht die Ernährerrolle in der Familie übernehmen — sie ist "bestenfalls" Zuverdienerin,



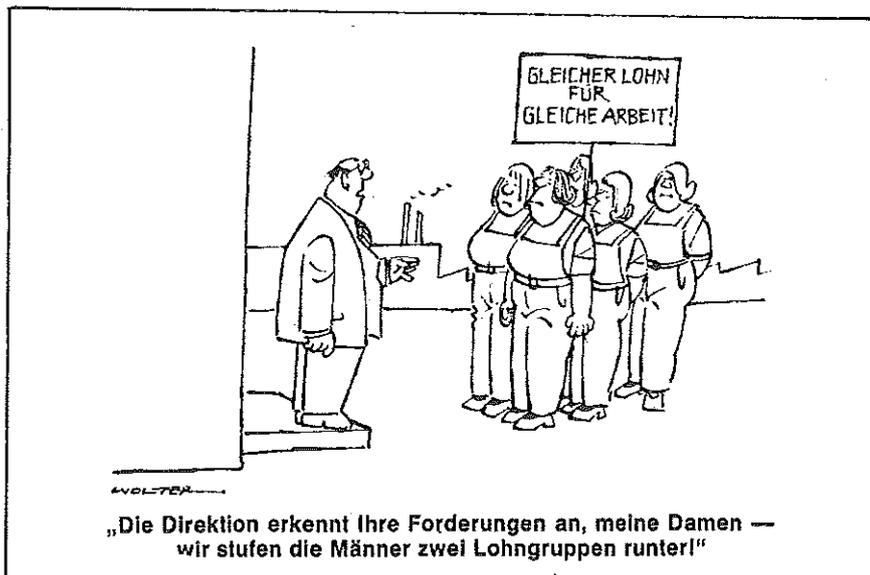
worauf man notfalls verzichten kann. Also schließt sich der Kreis: ihre Arbeit ist nicht so wichtig wie die des Mannes, sie braucht also nur geringer entlohnt werden — Unternehmerlogik!

Das Lohnverhältnis Männer/Frauen in Zahlen: 1977 betragen die durchschnittlichen Stundenlöhne der Industriearbeiterinnen 72,6% der Stundenlöhne der Industriearbeiter. 1970 waren es nur 61,2%. Obwohl sich dieses Verhältnis von 1970 bis 1977 prozentual verbesserte, sieht es in absoluten Zahlen eher umgekehrt aus: Im Juli 1978 verdienten

Industriearbeiterinnen im Schnitt 9,24 DM pro Stunde, ihre männlichen Kollegen 12,68 DM pro Stunde. Unterschied: 3,44 DM. 1970 betrug der Unterschied 2,- DM. Eine Folge der prozentualen Tarifierhöhungen! Diese Unterschiede sind nicht nur auf geringere Qualifikationen der weiblichen Arbeiter zurückzuführen, denn Facharbeiterinnen verdienen oft auch weniger als männliche Hilfsarbeiter.

Obwohl es seit 1955 in der BRD offiziell keine besonderen Frauenlohngruppen gibt, finden sie letzten Endes ihre Anwendung doch in den sogenannten Leichtlohngruppen. Diese regeln den Tariflohn für vorwiegend "leichte und leichtere" Arbeit. In diesen Leichtlohngruppen sind fast ausschließlich Frauen eingestuft. Von körperlich leichter Arbeit kann hier in den seltensten Fällen die Rede sein, denn die Regel sind Akkord- und Fließbandarbeiten, die (unter anderen) vorzeitig zu Verschleißerscheinungen führen.

Auch das Steuerrecht diskriminiert die Frauen. Durch die gemeinsame Besteuerung der Ehepaare und durch die Steuerprogression ist die Steuer für Ehepartner höher, die beide verdienen, als wenn nur der Mann berufstätig wäre. Ehepaare werden also für die Berufstätigkeit der Frau bestraft. Obwohl die Ehe-





Die Jubilarin

frau in der Regel weit weniger verdient als ihr Mann, ist es üblich, daß sie sich nach Steuerklasse V und ihr Mann sich nach Steuerklasse III besteuern läßt. Zugunsten des gemeinsamen Haushalts wird das ohnehin geringere Einkommen der Ehefrau durch eine besonders unangemessen hohe Steuer geschmälert — ihre Arbeit noch mehr entwertet.

Die Ungleichheit der Frau macht auch vor den Renten nicht halt. 1972 betrug die Frauenrenten im Schnitt in der Angestelltenversicherung 49% der durchschnittlichen Männerrenten, in der Arbeiterrentenversicherung waren es nur 37%.

Wir betrachten es als eine Bankrotterklärung der kapitalistischen Gesellschaft, daß für viele junge Paare die Geburt eines Kindes eine untragbare Last sein kann. Es ist ein Skandal, daß Millionen junger Leute wählen müssen: entweder eine Wohnung oder ein Baby — einfach deshalb, weil sie sich beides nicht leisten können! Solange diese Situation besteht, müssen wir für das Recht der Frau kämpfen, auf Wunsch abzutreiben.

Vor dem Faschismus gab es eine sehr starke Frauenbewegung in

Deutschland — die aus den Arbeiterparteien hervorging und somit die Befreiung der Frau als Bestandteil der Befreiung vom Kapitalismus an-

Deshalb fordern wir:

- * Gleiche Ausbildungs- und Berufschancen für Jungen und Mädchen!
- * Gleiches Recht auf eine freigeählte, qualifizierte Ausbildung für alle!
- * Einen garantierten Arbeits- (bzw. Ausbildungs-) platz oder den vollen Lohn für alle!
- * Abschaffung der Leichtlohngruppen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Einen Mindestlohn für beide Geschlechter von 1.500,- DM netto! Rentengleichheit bei Witwen und Witwern!
- * Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden wöchentlich, bei vollem Lohnausgleich, durch gleichmäßige Verteilung der Arbeit auf beide Geschlechter!
- * Genügend kostenlose staatliche Kindergärten samt dem erforderlichen qualifizierten Personal!
- * Billige kommunale Restaurants und Wäschereien von guter Qualität, um die Frau von Haushaltsroutine und -plackerei zu befreien!
- * Weg mit dem § 218! Kostenlose Familienplanung und Abtreibung auf Wunsch!
- * Wahlweise für Vater oder Mutter ein arbeitsfreies "Babyjahr" bei voller Lohnfortzahlung!
- * Abschaffung von Akkord- und Fließbandarbeit für beide Geschlechter!

* Ladenschlußgesetz
* Flexibilisierung der Arbeit!

sah. Der Faschismus schlug der Arbeiter- und der Frauenbewegung tiefe Wunden. Erst seit Ende der 60er Jahre begann sich eine neue Frauenbewegung zu bilden — allerdings keine proletarische. Die Forderungen der neuen Frauenbewegung sind eher pauschal männerfeindlich als politisch weitblickend und dementsprechend teilweise verworren.

Eine oftgehörte Forderung: Bezahlung von Hausfrauenarbeit. Eine weitere ruft nach einem Anti-Diskriminierungs-Gesetz". Zum ersten: Hausfrauenarbeit — das bedeutet anstrengende, eintönige Arbeit, Beschränkung auf die Familie, den heimischen Herd, Wegfall sozialer Kontakte außerhalb der Familie, eingengerter Gesichtskreis, keine Anteilnahme am gesellschaftlichen Leben. Und das soll als Beruf ausgewiesen werden? — Nein Danke! Das Gegenteil muß unser Ziel sein. Die Frau muß ihrer häuslichen Enge entrisen und am gesellschaftlichen Produktionsprozeß und damit am gesellschaftlichen Leben beteiligt werden!

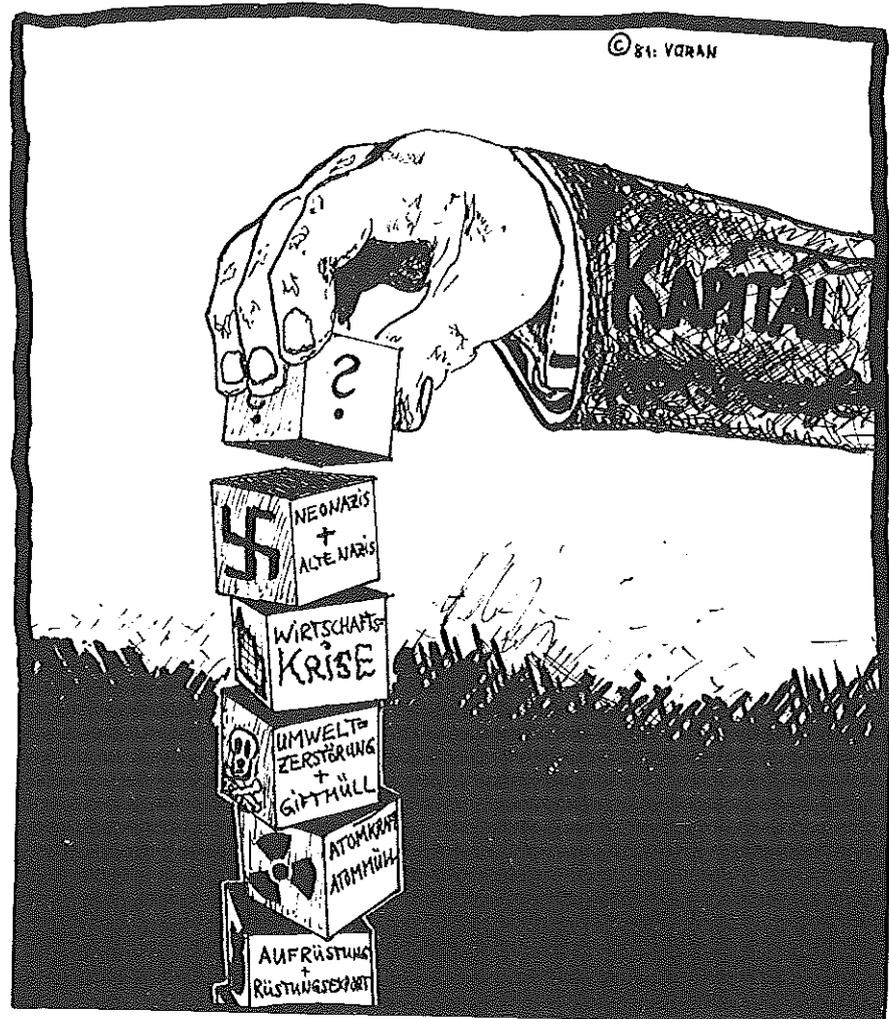
II. KAPITALISMUS – EINE SACKGASSE FÜR DIE ZUKUNFT DER JUGEND

Mit unserer Gesellschaft geht's nicht mehr bergauf. Vorbei sind die Tage, als wir uns um unsere Zukunft keine Sorgen zu machen brauchten. Verbreiten die Massenmedien nicht tagtäglich Schreckensmeldungen? Sie lassen nicht viel Gutes erwarten: Wirtschaftseinbrüche, steigende Arbeitslosigkeit, zunehmende Wohnungsnot, wachsende Armut, Klimaverschlechterung, Umweltverseuchung, Nahrungsmittelvergiftung, Mißernten, Hungersnöte, Landschaftszerstörung, Atomkatastrophen, Weltkriegsgefahren, Rohstoffverknappung, . . .

Weicher Kapitalist blickt heute noch optimistisch in die Zukunft? Welcher Politiker vermag uns noch echten "Mut zur Zukunft" zu vermitteln? Welche Partei kann uns einen Ausweg aus der Sackgasse aufzeigen?

Der Kapitalismus schlittert weltweit von einer Krise in die nächste. Und wer wird sie ausbaden? Wer muß die Folgen tragen? – Außer uns, der jungen Generation ist keiner da. Ständig wird uns schon heute eingehämmert: "Ihr müßt maßhalten! Eure Ansprüche sind zu hoch! Ihr müßt den Gürtel enger schnallen!"

Dazu sind wir nicht bereit – schon gar nicht, solange die herrschende Klasse an der Macht bleibt und weiterhin in Saus und Braus lebt. Schließlich war es deren hemmungsloses Profitsystem, was uns in unsere heutige Lage hineingezeitert hat! Wenn wir dieses Profitsystem abschaffen und durch eine demokratisch kontrollierte Planwirt-



schaft ersetzen, die Rücksicht auf die Natur nimmt und keinen hemmungslosen Raubbau betreibt, dann kann der Lebensstandard und die Lebens-Q u a l i t ä t aller arbeiten-

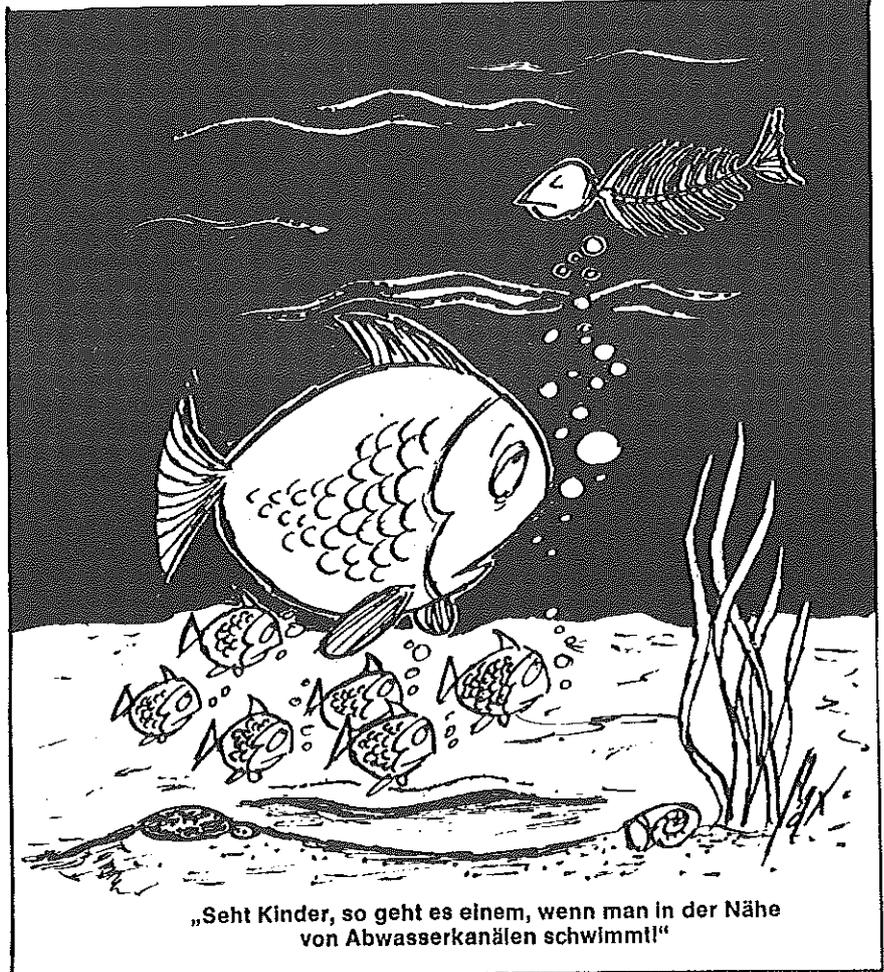
den Menschen mit Hilfe der modernen Technik sogar noch in bisher undenkbarer Höhen angehoben werden. Im Kapitalismus ist dies nicht möglich. Er steht am Abgrund.

1. Umweltvergiftung und -zerstörung

"Die Erde ist ein verwüsteter Planet. Die Hälfte der Wälder werden verschwunden sein. Wo es fruchtbare Äcker gab, werden Sanddünen sein. Fast zwei Millionen Pflanzen-, Vogel-, Insekten- und Tierarten werden aussterben." – "Saurer Regen . . . bedroht Seen, Böden und Ernten." – "Die besten Böden werden . . . zubetoniert. Um die Ernten auf den verbleibenden Feldern zu steigern, muß noch mehr Kunstdünger eingesetzt werden. Kunstdünger zersetzt auf dramatische Weise die Ozonschicht. Dadurch werden wiederum die Ernten zurückgehen und die Krebserkrankungen noch mehr steigen. Die große Hoffnung, Ernährung aus dem Meer, wird gerade zerstört durch Industrieabwässer, mit ausdrücklicher Billigung der Regierenden." – "Luft zum Atmen wird für die 6,35 Milliarden Köpfe umfassende Menschheit knapp werden. Das Trinkwasser geht aus, die Nahrung ist vergiftet."

Alles dies – und noch viel mehr – wird bis zum Jahre 2000 geschehen sein, in weniger als zwei Jahrzehnten! Keine "versponnenen Natur-Apostel" stellten diese Prognosen auf. Es sind die Ergebnisse einer amtlichen Studie der US-Regierung. 400 Wissenschaftler haben zwei Jahre lang daran gearbeitet. Obwohl Prognosen wie diese allen Politikern und Industriemanagern bekannt sind, wird so gut wie nichts geschehen. Zumindest dann nicht, wenn wir passiv abwarten, ob diese Herrschaften bald ein Einsehen haben!

Was tun? "Zurück zur Natur"? Die Industrie wieder abbauen, die Technik aufgeben, wie manche "Grünen" fordern? Dies ist keine Alternative. Oder sollen wir an die



„Seht Kinder, so geht es einem, wenn man in der Nähe von Abwasserkanälen schwimmt!“

Herrn der Großkonzerne appellieren, mit der Umweltverschmutzung doch bitte aufzuhören? Die werden mit den Schultern zucken und sagen: "Das ist uns zu teuer!" – In der Tat: für einen Fabrikanten ist es billiger, giftige Gase und Schadstoffe in die Atmosphäre zu blasen, als eine aufwendige Filteranlage in seine Schornsteine einbauen zu lassen.

Für ihn zählt nur der bare Profit, den er kurzfristig erwirtschaften kann – und wenn dabei langfristig die Lebensgrundlagen aller Menschen kaputt gehen!

Staatliche Gesetze zum Umweltschutz sind beinahe unwirksam. Erstens, weil sie oft viel zu locker sind. Zweitens weil nur selten kontrolliert wird, ob sie eingehalten werden. Und drittens, weil staatliche Kontrolleure sehr leicht reingelegt, bestochen oder unter Druck gesetzt werden können.

So ist es für die Chemiegroßkonzerne BASF und Bayer vollkommen legal, Unmengen von "Dünnsäure" in die Nordsee zu kippen. Dabei ist im Mündungsgebiet der Elbe bereits jeder zweite Fisch krank: Fische mit großen häßlichen Geschwüren oder mit Flossenfäule findet man ebenso vor wie Fische ohne Schuppen oder Fische ohne Augen.

Um Anwohnerbeschwerden oder polizeiliche Anzeigen zu vermeiden, lassen viele Unternehmer ihre dreckigen und giftigen Abgaswolken nicht mehr tagsüber, sondern nachts in die Atmosphäre ab. Am nächsten Morgen sieht alles wieder ganz harmlos aus. Sollten sich Proteste häufen, werden die Herren massiv:



„... Giftmüll, ich sagte Giftmüll!“

sie drohen damit, "den Laden dichtzumachen"; soundsoviele Arbeitsplätze seien in Gefahr. Parlamentarier lassen sich damit allemal einschüchtern. Und die Gewerkschaften? Haben sie dem etwas entgegensetzen? Meistens leider nicht!

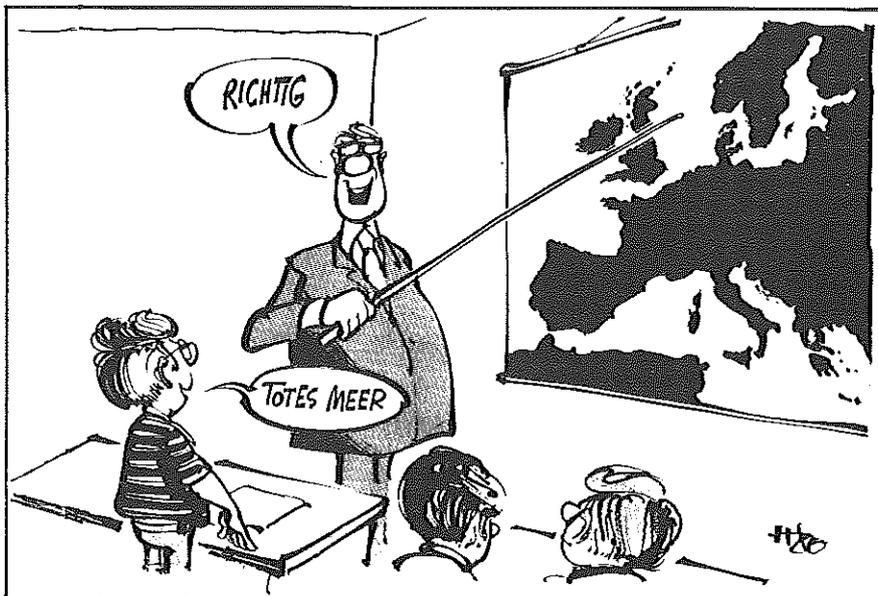
Mit all ihrer Macht wehren sich die Unternehmer dagegen, daß sich an dieser Situation etwas ändert. Zu diesem Zweck arbeiten tausende hauptamtlicher Lobbyisten in Bonner Büros. Sie nehmen Einfluß auf Abgeordnete. Bereits beim ersten Entwurf eines neuen Gesetzes sorgen sie für dessen Verwässerung. Zuletzt so geschehen bei der Verabschiedung des "Chemikaliengesetzes" im Juni 1980. Aus einem ursprünglich wenigstens mit Milchzähnen ausgestatteten Gesetzentwurf wurde eine zahnlose Reformleiche.

Viele Zusammenhänge zwischen Umweltbelastung und schädlichen Auswirkungen auf die Menschen sind noch gar nicht wissenschaftlich erforscht. Wer hätte bisher ein Interesse daran gehabt? Wie man eine Umweltbelastung vermeiden, oder wie man bereits entstandene Schäden wieder beheben kann, liegt in vielen Fällen noch im Dunkeln.

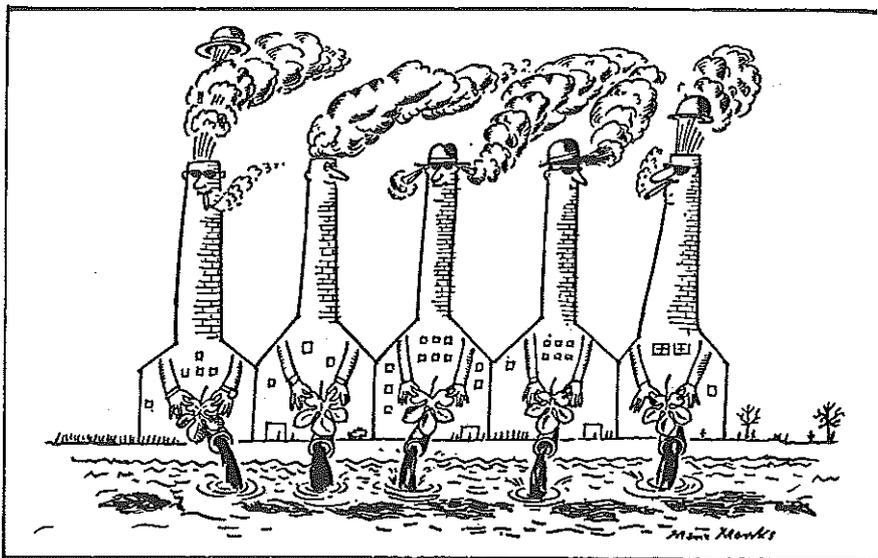
Die Menschheit muß dies unbedingt herausfinden. Den Kapitalisten sitzt allerdings ihr Profitheum näher als unser aller Umweltrock. Diese Tatsache kann notwendige Maßnahmen verhindern, um unseren Lebensraum vor weiterer Zerstörung zu schützen. Sie muß beseitigt werden!

Deshalb fordern wir:

- *Schluß mit dem "Nach-mir-die-Sintflut"-Denken im Umgang mit der Natur!
- *Für eine scharfe Umweltschutzgesetzgebung!
- *Enteignung aller Firmen und Großkonzerne, welche durch ihre Produktion die Umwelt verseuchen!



- *Einbau modernster Filter- und Entrostungsanlagen in alle Schornsteine und Abwasserkanäle!
- *Überwachung und Kontrolle des Umweltschutzes durch die DGB-Gewerkschaften unter Beteiligung der Umweltschutzorganisationen!
- *Intensive Erforschung und Anwendung umweltfreundlicher und für Arbeiter und Anwohner gesunder Produktionsverfahren in Industrie und Landwirtschaft innerhalb einer demokratischen Planwirtschaft!
- *Für ein massives staatliches Forschungsprogramm zur detaillierten Erkundung aller Umweltgefahren, ihrer Vermeidung und der Reparaturmöglichkeiten bereits entstandener Schäden!
- *Für eine volkswirtschaftliche Produktionsweise in Harmonie mit der Umwelt; für eine demokratische Planwirtschaft!

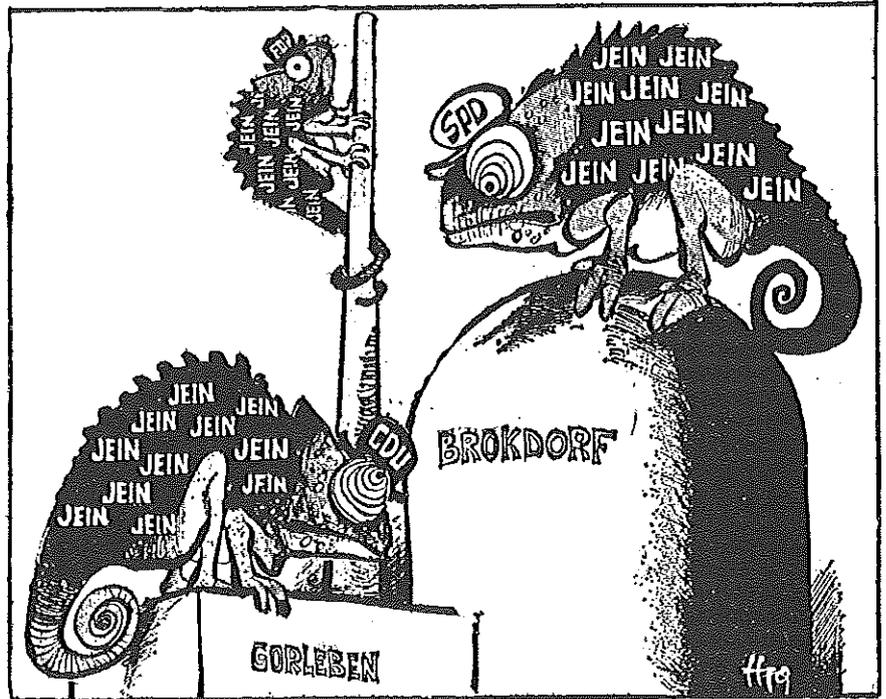


2. Atomkraft und Energiepolitik

"Ohne Atomkraft geh'n die Lichter aus!" — Mit dieser Angstparole wird von der Atomindustrie Propaganda gemacht: für den Ausbau der Kernenergie.

Doch Atomkraft ist gefährlich. Niemand kann garantieren, daß es nicht irgendwann zu einer Katastrophe kommt. Die Unfälle fahren der AKWs spielen die Atomgewinnler systematisch herunter. Geschehene Störfälle verschweigen sie der Öffentlichkeit. Beispielsweise haben sie für das Jahr 1976 nur 14 "sicherheitstechnisch relevante Vorkommnisse" (so heißen gefährliche Störfälle in Behördendeutsch) zugegeben. In Wirklichkeit waren es 10mal so viele: nämlich 139. Dies ist in einem Geheimpapier der AKW-Betreiber nachzulesen, das der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) veröffentlicht hat.

Angenommen, man könnte Unfallgefahren ausschließen. Selbst dann fallen im störungsfreien "Normalbetrieb" Unmengen hochgiftiger und radioaktiver Abfälle an. Wohin damit? "In Salzstöcken lagern", sagt die Atommafia. "Zu unsicher", haben kompetente Wissenschaftler nachgewiesen. Andere Alternativen? — "In's Meer damit!" Das geschieht zum Teil schon seit Jahrzehnten. Das aggressive Meerwasser zerfrißt jedoch selbst die besten Edelstahlfässer innerhalb von 20 Jahren. Die ersten der vor 20 Jahren in's Meer geschmissenen Fässer sind schon undicht . . . "Auf'n Mond schießen!" Auch dieser Vorschlag wurde ernsthaft gemacht. Aber wer



soil das bezahlen? Und wenn die Rakete abstürzt?!

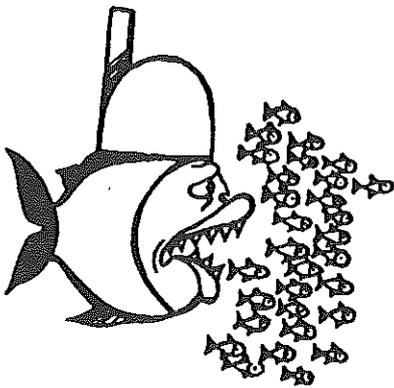
Nach spätestens 25 Jahren Betriebszeit sind die AKWs selbst zu radioaktivem Schrott geworden. Was dann? Niemand weiß eine sichere Antwort. An diesem Problem wird noch herumgewurstelt und -experimentiert. Beispiel: die strahlende Atomruine Norderaichbach (Bayern). Dieses AKW wurde 1979 nach nur 9 Tagen (!) Betriebsdauer unter Voll-Last endgültig stillgelegt. Grund: es funktionierte nicht wie geplant. Der Abriss ist in Vorbereitung. Die Technik hierzu muß sich allerdings erst noch jemand ausden-

ken. Ferngesteuerte Abrisgeräte und -roboter müssen entwickelt und erprobt werden. Wieviel das kostet? Das weiß keiner. Der Bau des Kraftwerks hat insgesamt 240 Millionen DM gekostet (wobei die Planung ursprünglich von nur 100 Millionen DM ausging). Die Abris- und Beseitigungskosten der Strahlenruine werden heute auf 130 Millionen DM geschätzt. Wie weit werden sie in Wirklichkeit anwachsen?

Selbst im Normalbetrieb geben Atomkraftwerke Radioaktivität an die Umwelt ab. Das ist sogar erlaubt (jaja, so sind die Gesetze!) — bis hin zu einer gewissen



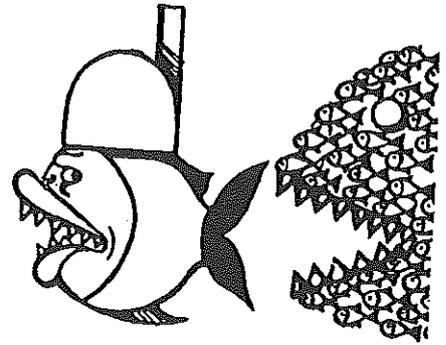
EINES TAGES, MEIN SOHN, WIRD DIES ALLES DIR GEHÖREN, UND DEINEN KINDERN, UND DEREN KINDERN...



Höchstgrenze. Und wer kontrolliert, ob die Strahlung dauernd unter der Höchstgrenze bleibt? Die AKW-Betreiber selbst! Können wir denen trauen?

Auch wenn wir mal glauben, daß die Strahlung unter der erlaubten

Höchstgrenze bleibt: jede (auch noch so kleine) Dosis von Radioaktivität ist schädlich! Das ist wissenschaftlich unbestritten. Krebs, Erb- und Stoffwechselerkrankungen sind die Folgen. Im Unterschied zur "natürlichen Umgebungsstrahlung" besteht künstliche Radioaktivität hauptsächlich aus radioaktiven Teilchen. Diese werden in lebende Zellen eingebaut. Im Laufe der Zeit sammeln sie sich auf diese Weise an. Das radioaktive Strontium-90 beispielsweise häuft sich in Knochen an. In manchen Organen können die Konzentrationswerte bestimmter radioaktiver Stoffe das Millionenfache der durchschnittlichen Umgebungskonzentration erreichen. — Unschädlich? Wer's glaubt, wird



selb. . .

Hinzu kommt die Wärmebelastung der Umwelt. In einem funktionierenden AKW wird nur ein Viertel der erzeugten Energie in Strom verwandelt. Drei Viertel werden als "Abwärme" nutzlos an

DAS MÄRCHEN VON DER „STROMLÜCKE“

Gehen ohne Atomkraft wirklich die Lichter aus? Könnten wir es wagen, die bestehenden AKWs abzuschalten? — Wir haben es nachgeprüft. Aus dem "Statistischen Jahresbericht der Elektrizitätswirtschaft für das Jahr 1979" (neuere Zahlen hat die Atom-Mafia leider noch nicht rausgerückt) geht hervor:

- im Jahresdurchschnitt waren '79 nur 48,3% der öffentlichen Kapazitäten zur Stromerzeugung ausgelastet. Bei einer Gesamtkapazität von 76.200 MegaWatt (MW) lagen im Jahresdurchschnitt 39.400 MW brach.
- zum Zeitpunkt des Spitzenverbrauchs 1979 (das war in jenem Jahr der 17. Januar um 9.00 Uhr) waren die Kapazitäten zu 65,9% ausgelastet. Mehr als ein Drittel der Kapazitäten (oder 26.000 MW) brauchten also selbst an dem Zeitpunkt nicht genutzt zu werden, wo Engpässe am ehesten drohen.

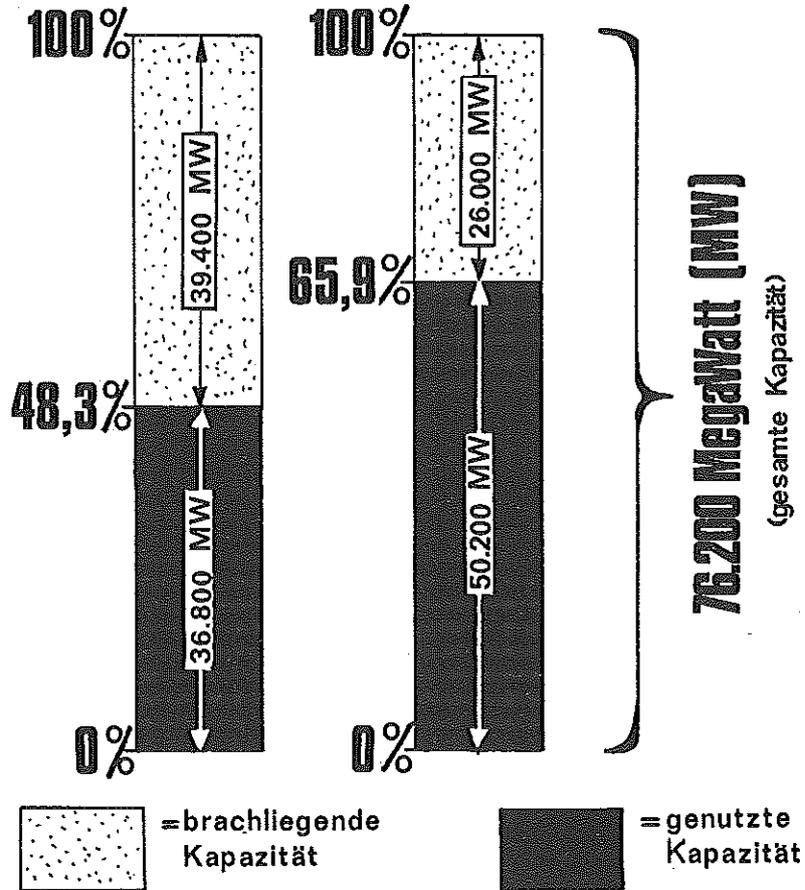
Atomkraft machte 1979 nur 12% (oder 9.150 MW) der Gesamtkapazität aus. Zudem waren die Kapazitäten der AKWs nur zu 47% ausgenutzt, d. h. sie lagen die Hälfte der Zeit ohnehin still — wegen Reparaturen und Störungen! Legte man sie ganz still, dann beständen immer noch Überkapazitäten von 30.250 MW (im Jahresdurchschnitt) bzw. 16.850 MW (zum Zeitpunkt der Spitzenlast).

Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVUs) geben zu, daß eine "Sicherheitsreserve" von 8% ausreicht, um eine sichere Versorgung zu gewährleisten. Gegenwärtig haben sie eine Sicherheitsreserve (inkl. Atomkraft) von mehr als 50%! Das reicht — bei stillgelegten AKWs! — aus, um 17 Jahre lang jährliche Verbrauchssteigerungen von 2% zu decken und hinterher immer noch die erforderliche 8%ige Sicherheitsreserve zu haben!

Kapazitäts-Auslastung der deutschen Elektrizitätswerke im Jahre 1979

im Durchschnitt des Jahres '79:

im Winter (Zeitpunkt des Spitzenverbrauchs) am 17. Januar um 9.00 Uhr:



Grafik: kupto/VORAN

(Nicht vergessen: die weltweiten kapitalistischen Krisen in den nächsten Jahrzehnten. Es ist mehr als zweifelhaft, ob in der kommen-

den Periode der Stromverbrauch mit 2% jährlich steigen wird.)

KERNENERGIE VERURSACHTE IHRE ENERGIEKRISE...



© St. VARAN

die Umwelt verschleudert. Diese Abwärme ist nicht nur nutzlos — sie ist auch **schädlich!** Sie heizt beispielsweise Flüsse auf. Erwärmung von Flußwasser führt gleichzeitig zu sinkendem Sauerstoffgehalt und zu erhöhtem Sauerstoffverbrauch der darin enthaltenen Lebewesen. Wenn das Leben im Fluß mal zu ersticken anfängt, setzt Fäulnis

ein: die verbraucht den noch vorhandenen Restsauerstoff. Der Fluß "kippt um" und wird zur stinkenden Kloake, die kein Trinkwasser mehr hergibt.

Atomkraft ist nicht unbegrenzt. Die weltweiten Uranvorkommen reichen nur wenige Jahrzehnte (weniger noch als die Kohlevorräte!). Sie ließen sich zwar durch die "Wieder-

aufarbeitung" der abgebrannten Brennstäbe etwas strecken. Jedoch gibt es bisher nur eine einzige nukleare Wiederaufbereitungsanlage in der ganzen Welt, die wenigstens hin und wieder funktionierte: in La Hague (Frankreich). Sie erreichte nie ihre vorgesehene Aufarbeitungskapazität. Serienweise war sie von Störfällen und Unglücken gebeutelt.

KAPAZITÄTSAUSBAU AUCH OHNE AKWs MÖGLICH

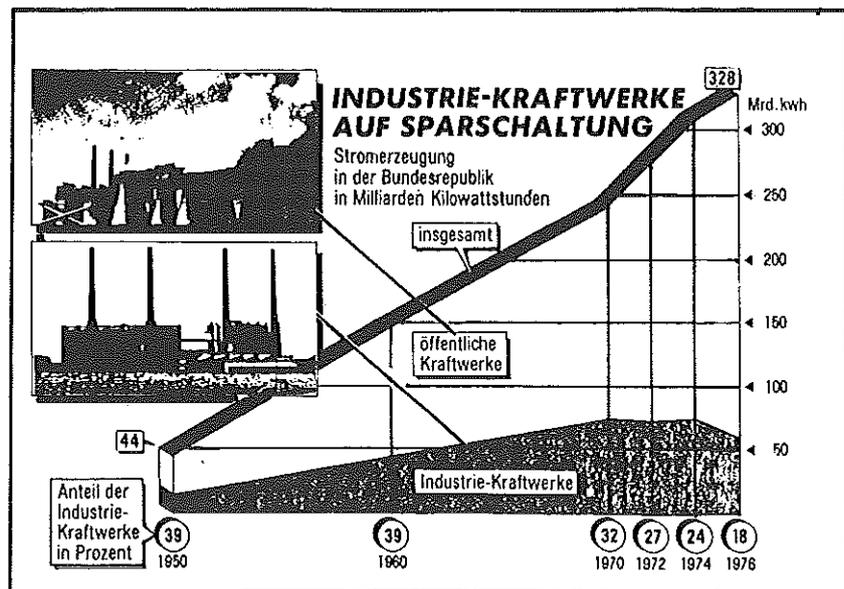
Der zusätzliche Ausbau der Kapazitäten zur Stromerzeugung ohne AKWs ist ohne weiteres drin:

1) Wenn die Hitze genutzt würde, die täglich aus 25.000 industriellen Dampfkesseln in die Luft verpulvert wird, könnte gewissermaßen "nebenbei" Strom erzeugt werden. Innerhalb von 10 Jahren ließen sich auf diese Weise mindestens 21.000 MW zusätzliche Kapazität mobilisieren. Das hat der Energiekonzern BP in einer vertraulichen Studie ausgerechnet. Ähnliches hat das Bundeskartellamt im Dezember 1977 amtlich festgestellt. (21.000 MW entsprechen der Kapazität von rund 20 funktionierenden — also 40 zu bauenden! — Groß-AKWs.)

2) Ungefähr 20 Baugenehmigungen für Kohlekraftwerke modernster Bauart (umweltausreichend!) sind zur Zeit erteilt. Gebaut werden sie trotzdem nicht. Die EVUs beharren lieber auf Atomkraftwerken. (Damit läßt sich anscheinend mehr verdienen!). Die Kapazität der genehmigten, aber nicht gebauten Kohlekraftwerke: 8.000 MW (vorsichtig geschätzt).

3) Ein riesiges Potential von alternativen Energiequellen ist noch ungenutzt: Sonne, Wind, Erdwärme, Meer usw. Alleine in der BRD (einem relativ sonnenarmen Land!) strahlt jährlich 80mal so viel Sonnenenergie ein wie der gesamte Energieverbrauch beträgt. Weltweit strahlt das 14.000fache des Weltbedarfs ein.

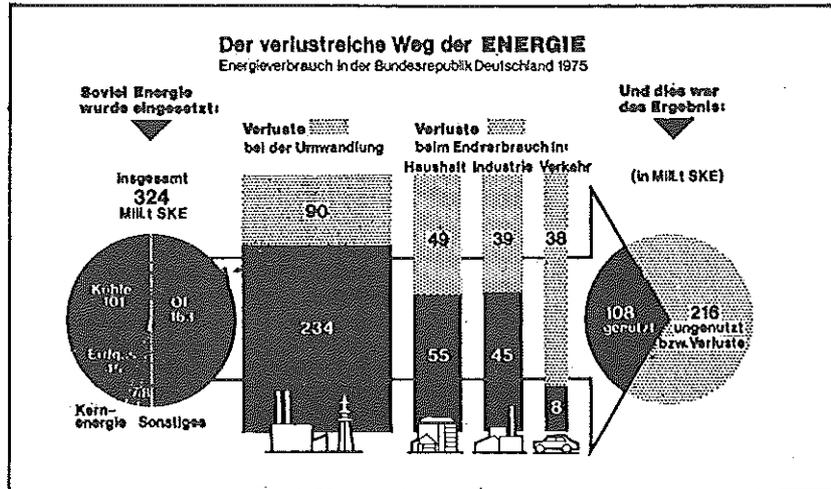
Nutzte man nur die ersten beiden der genannten Möglichkeiten zu zusätzlicher Stromerzeugung bei stillgelegten AKWs, dann stünden Kapazitäten (nämlich fast 100.000 MegaWatt) zu Verfügung, die ein 2%iges Wachstum für 30 Jahre zuließen. "Grenzen des Wachstums"? — Im Elektrizitätsbereich jedenfalls noch längst nicht in Sicht!



ENERGIESPAREN DURCH BESSERE NUTZUNG MÖGLICH

Auch ohne Atomkraft könnten die Stromerzeugungskapazitäten noch auf Jahrzehnte hinaus ausgebaut werden (siehe Kasten). Dabei ist längst erwiesen: der Verbrauch (und damit die Produktion) von Strom muß gar nicht wachsen. Durch bessere Nutzung läßt er sich sogar senken – ohne irgendeine Einbuße in unserem Lebensstandard! Nur ein paar Beispiele:

- Durch Wärmerückgewinnung aus dem Abwasser lassen sich 33% – 50% der zur Warmwasserbereitung benötigten Energie einsparen.
- Die Einführung des schwedischen Standards der Gebäudeisolierung in der BRD würde 75% der Raumheizenergie einsparen; gleichzeitig würden für die Dauer von 20 Jahren 240.000 Arbeitsplätze geschaffen.
- Bei industriellen elektrischen Antrieben gehen 50% – 70% der vom Motor abgegebenen Leistung wegen schlechter Konstruktion der Antriebsübertragung verloren; schaltet man nur die Hälfte dieser Verluste aus – was technisch leicht möglich ist – dann würden



jährlich 60 Millionen Megawatt-Stunden Strom gespart. Das entspricht der Jahresproduktion von 12 (!) Groß-AKW's mit je 1.300 MW Leistung.

- Elektrische Haushaltsgeräte könnten mit 66% weniger Strom auskommen (bei nur 10% – 15% Mehrkosten). Sie werden nur deshalb nicht eingeführt, weil der Elektro- und Atomfizz der Groß-

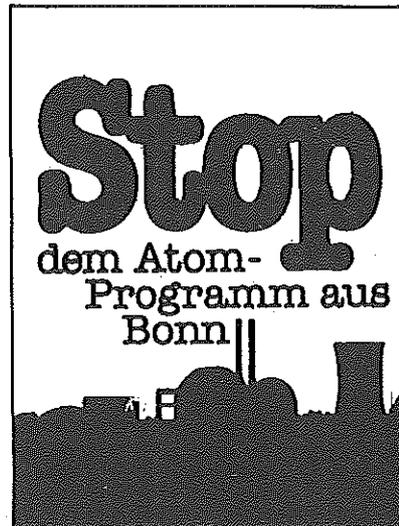
konzerne an einem hohen Stromverbrauch interessiert ist!

Das sind nur wenige Beispiele. Sie beweisen: die kapitalistische Marktwirtschaft versagt auch im Bereich der Energieversorgung. An Ihre Stelle muß eine volkswirtschaftliche Planung der Energieerzeugung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung treten!

Deshalb wurde sie Ende 1980 vorläufig stillgelegt.

Atomstrom ist teurer als anders erzeugter Strom. Auch wenn die Atomlobby das Gegenteil behauptet. Die rechnet nämlich nur einen Teil der Kosten und "vergißt" den Folgetribut für Abriß, Endlagerung, Bewachung und gesundheitliche Schäden. Und warum wohl hat Hamburg mit dem höchsten Atomstromanteil aller Bundesländer gleichzeitig die höchsten Strompreise in der BRD?!

Die EVUs bauen einerseits sinnlose Kapazitäten auf und wollen diese sogar mit aller Macht noch erweitern. Um diese (Über-)Kapazitäten auch an die Verbraucher loszuwerden, organisieren sie großangelegte Werbekampagnen: "Heizt mit Strom! Strom ist billiger (?) und sauberer!" Auf diese Weise wollen sie den Verbrauch künstlich steigern. Das hat mit der rationalen Befriedigung un-



serer Bedürfnisse nichts zu tun! Das dient lediglich dazu, größtmögliche Profite herauszuschlagen. Eine kleine, radikale Minderheit von Großunternehmen hat dabei den gesamten "Markt" in der Hand. Die nimmt keinerlei Rücksicht, wenn's um ihre Geschäfte geht: weder auf die Umwelt, noch auf die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung. Für ihr Profitstreben geht sie sogar über Leichen!

Es ist ein Märchen der AKW-Betreiber, daß die "friedliche" und die "militärische" Verwendung der Atomspaltung nichts miteinander zu tun hätten. Eine voll funktionierende "friedliche" Atomindustrie ist die

Voraussetzung für eine großangelegte Atombombenproduktion. Jede Wiederaufbereitungsanlage von der Art, wie sie jetzt der hessischen Bevölkerung ins Nest gelegt werden soll, stellt Plutonium in Massen her, den wichtigsten Atombombenrohstoff. Wer von uns weiß denn schon, welche militärischen Pläne die obersten Herren der Atomindustrie insgeheim verfolgen?

Die Widerstandsbewegung gegen AKW's hat bereits seit einigen Jahren erreicht, daß das Atomprogramm in seiner praktischen Durchführung fast zum Stillstand gebracht wurde. Klar, daß jetzt die Atombosse alle Register ziehen: Demonstrationsverbot gegen Atomgegner, brutale Polizeieinsätze gegen Atomgegner, Verhaftungen von Atomgegnern, Berufsverbote gegen Atomgegner, Prozesse gegen Atomgegner, Gefängnisstrafen für Atomgegner... Wo wird das alles enden?



Die Zickzacks der ganzen Energiepolitik der Nachkriegszeit zeigen, was dabei herauskommt, wenn man alles dem Markt und dem Profitinteresse einiger Großkonzerne überläßt.

In den 50er Jahren spielte die Kohle noch eine entscheidende Rolle (Heizung, Eisenbahn!), in den 60er Jahren wurde sie immer mehr zugunsten des Öls zurückgedrängt. Zechen wurden stillgelegt, fast jeder stellte auf Ölheizung um. Der Ölstrom, so wollten es uns die Ölkonzerne einreden, würde nie versiegen. Erst die "Ölkrise" 1973 mit der seither erfolgten Preisexplosion hat wieder zum Nachdenken gezwungen. Plötzlich wird wieder die heimische Kohle entdeckt. Und auf einmal fangen alle an, vom Energiesparen zu reden. Nicht nur diejenigen Kapitalisten, die von der Energiesparwelle profitieren. Hochglanz-Broschüren geben einem Tips und Ratschläge. Aber die Einsparmöglichkeiten für den Einzelnen sind begrenzt. Solange beispielsweise nicht konsequent Abwärme in Fernwärme umgewandelt, solange nicht die (schon entwickelten) verbrauchsarmen Benzinmotoren (5 Liter pro 100 km) serienmäßig produziert werden, solange werden diese Energiesparkampagnen nur zu einem führen: Der Normalbürger, der offensichtlich nicht genug Energie



sparen kann oder will, soll verantwortlich gemacht werden. Man will uns die Pistole auf die Brust setzen: Weil ihr nicht auf Energie und Lebensstandard verzichten wollt — deshalb brauchen wir die Kernenergie.

Energiesparen — recht und gut. Aber der entscheidende Anstoß kann nur von gesamtwirtschaftlichen Lösungen kommen. Es kann sich nicht jeder Arbeiter in Eigeninitiative einen teuren Sonnenkollektor aufs

Dach schrauben, und es kann sich auch nicht jeder im Wald Holz holen, sonst wäre es bei uns bald so kahl wie in Jugoslawien, Italien oder Spanien.

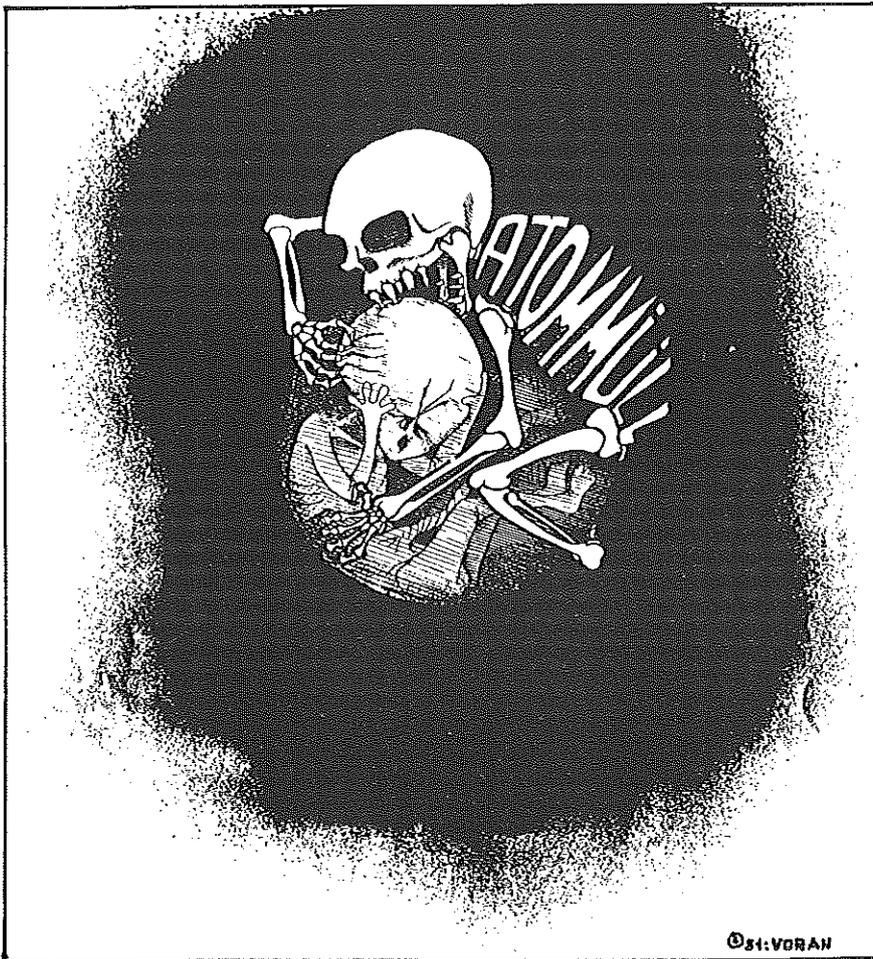
Wir brauchen eine gesamtgesellschaftlich geplante alternative Energieversorgung, um die vorhandene Gesamtenergie so sparsam und nützlich wie möglich einzusetzen.

Es gibt nur eine Kraft, welche das Atomprogramm endgültig stoppen kann: die organisierte Arbeiterbewegung. Sie ist (bei heute fast acht Millionen DGB-Gewerkschaftern) die potentiell stärkste Macht in der heutigen Gesellschaft.

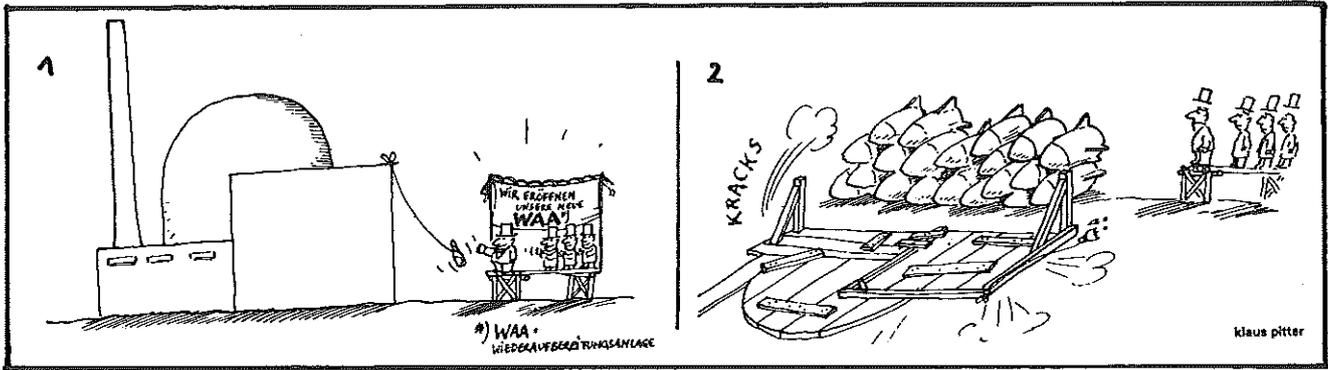
Gegen ihren Widerstand kann die Anti-AKW-Bewegung nichts durchsetzen. Nur mit ihrer Sympathie und ihrer Unterstützung werden sich die AKW's stilllegen lassen. Die Atomindustrie hat es bisher jedoch mit Erfolg verstanden, weite Teile der Arbeiterklasse, des DGB und der SPD hinter sich herzuführen. Ihre falsche Propagandaparole "Atomkraft schafft Arbeitsplätze" wirkt. Im DGB ist bisher eine breite Diskussion über die Atomfrage verhindert worden.

Die Anti-Atom-Bewegung muß sich unbedingt diesem Problem zuwenden. Die Lügen der Atomindustrie müssen entlarvt werden. Unsere Fakten, Zahlen und Argumente sprechen eine eindeutige Sprache. Wir müssen sie offensiv innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung, in SPD und DGB vortragen, um dadurch die Mehrheit der Arbeitnehmer für uns zu gewinnen.

Wir müssen klarmachen: Atomstrom ist zu teuer, zu unsicher, zu gefährlich und auch völlig überflüssig! Es ist genug Energie da — sie muß nur richtig und planvoll genutzt werden.

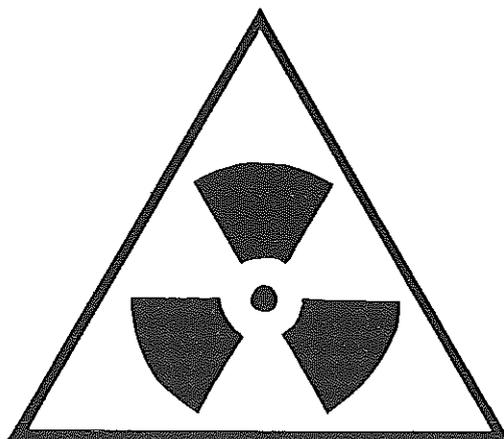


© St. VORAN



Deshalb fordern wir:

- *Für eine breite, freie und demokratische Diskussion über die Atomkraftnutzung in der Mitgliedschaft von SPD und DGB!
- *Keine Kriminalisierung von Atomkraftgegnern! Keine Polizeibehinderungen von Demonstrationen und Protestaktionen mehr!
- *Freilassung aller unschuldig inhaftierten Atomkraftgegner! Untersuchung aller Zwischenfälle auf Demonstrationen durch unabhängige Kommissionen, die aus Vertretern der Betroffenen und der Gewerkschaften zusammengesetzt sind!
- *Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!
- *Kein Export von Atomtechnologie ins Ausland!
- *Überführung aller am Energie- und Atomgeschäft beteiligten Firmen (Versicherungen, Banken, Atomindustrie, Elektrokonzerne, Ölkonzerne, Elektrizitätserzeugung) in 100%iges Gemeineigentum!
- *Keine Vertreter privater Konzerne mehr in den Aufsichts- und Kontrollräten öffentlicher Unternehmen!
- *Kontrolle und Verwaltung dieser in Gemeineigentum überführten Unternehmen durch die arbeitende Bevölkerung und die DGB-Gewerkschaften!
- *Keine Entlassungen in der Atomindustrie! 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für alle Beschäftigten!
- *Umrüstung der Atomindustrie auf alternative Produktion! Ausarbeitung eines Planes hierzu durch die DGB-Gewerkschaften und die Beschäftigten selbst!
- *Ausarbeitung eines volkswirtschaftlichen Planes zur rationellen Erzeugung von Strom und Energie!
- *Sofortige Anstrengungen, um die industrielle Abwärme zur Stromerzeugung zu nutzen!
- *Sofortige Erforschung und Entwicklung der alternativen Energiequellen (Sonne, Wind, Erdwärme, Meer usw.) unter Einsatz massiver staatlicher Finanzmittel!
- *Sofortige Maßnahmen, um die bessere und rationellere Nutzung von Energie und Elektrizität in die Tat umzusetzen!
- *Rechtzeitiger Bau der bereits genehmigten und umweltfreundlichen Steinkohlekraftwerke!
- *Für eine sozialistische Planwirtschaft auf dem Energiesektor – für die Anwendung modernster Erkenntnisse aus Technik, Wissenschaft und Ökologie bei der Energieerzeugung!
- *FÜR EINE SOZIALISTISCHE ENERGIEPOLITIK!



3. Aufrüstung und Kriegsgefahr

"Droht ein neuer Weltkrieg?" – Diese Frage stellen sich heute viele Jugendliche. Sie haben mehr Angst davor als die Jugend vor 20 Jahren. Dies ist das eindeutige Ergebnis von Meinungsumfragen.

Gründe dafür scheint es genug zu geben: zunehmende internationale Spannungen; ein säbelrasselnder US-Präsident Reagan; Spekulationen um einen militärischen Konflikt wegen "unserer" Ölquellen; eine NATO, die neuerdings die ganze Erde zu ihrem Operationsgebiet erklärt. . .

Heute macht sich kaum noch jemand Hoffnungen, mit "Entspannungspolitik" den "Weltfrieden" sichern zu können. Dabei hat es eigentlich einen Weltfrieden nie gegeben – an keinem einzigen Tag der "Nachkriegs"-Periode! In diesem Zeitraum wurden nämlich in der Dritten Welt mehr als 200 Kriege geführt.

Beutegierige Großmächte und Imperialisten griffen zu Völkermorden, Napalmbomben, künstlichen Hungersnöten und Überschwemmungen, um die Aufstände und Befreiungs-

kämpfe Jahrhundertlang unterdrückt gehaltener und ausgebeuteter Kolonialvölker zu ersticken (z.B. in Indochina und Angola).

"Kapitalismus bedeutet Krieg." Dieser Satz Lenins hat nichts von seinem Wahrheitsgehalt verloren! 79 verschiedene Länder waren Schauplätze dieser "kleinen" Kriege. Zum Vergleich: der I. Weltkrieg wurde in 14, der II. Weltkrieg in 40 Ländern ausgetragen. Mit weit über 25 Millionen Toten erreicht die Zahl der Opfer fast die des II. Weltkriegs. Diese Kriege stellten – jeder für sich genommen – oftmals dessen Materialschlachten in den Schatten.

Trotzdem nahm die Revolution der Kolonialländer ihren Lauf. In einer Reihe von bewaffneten Befreiungskriegen drängten sie den Imperialismus nach und nach zurück. Ein Volk nach dem anderen befreite sich von ausbeuterischen Würgegriffen und stürzte Kapitalismus und Großgrundbesitz. In den letzten Jahrzehnten erlitt der Imperialismus gegen seine früheren Kolonien eine militärische Niederlage nach der anderen.

Doch die Aufrüstung geht weiter. Unter der Peitsche Imperialistischer Habgier hat der menschliche Geist mit wissenschaftlichen Methoden ein Arsenal von Vernichtungswaffen erdacht, das den ganzen Erdball 200 mal hintereinander in einen Schrotthaufen verwandeln könnte. Und der Irrsinn nimmt vorläufig ungebremst seinen Lauf. . .

Weltweit werden so Unsummen für die Rüstung verschleudert: gegenwärtig sind es mehr als 1.000 Milliarden DM jährlich! Alleine in der BRD sind es Jahr für Jahr 70 Milliarden DM (oder 5% des Volkseinkommens) – mit steigender Tendenz. Mehr als eine halbe Million Wissenschaftler und Techniker (das ist mehr als die Hälfte des gesamten wissenschaftlichen und technischen Personals) arbeiten weltweit an der Entwicklung konventioneller, atomarer, biologischer, bakterieller und chemischer Waffensysteme. Könnten nicht bei vernünftigem Einsatz dieser Mittel weltweit alle Krankheiten, jede Not und die ganze Armut noch innerhalb dieses Jahrtausends ausgerottet werden?

ABRÜSTUNG DURCH "SALT" IN SICHT ?

Zwar handelten die Großmächte untereinander verschiedene "Verträge zur Begrenzung strategischer Waffen" ("SALT") aus. Diese Verträge sollten jedoch eher heißen: "Verträge über weitere Aufrüstung mit strategischen Waffen". In den SALT-Abkommen steht nämlich nicht drin: "Alle Vertragspartner rüsten ab und verschrotten die Hälfte ihrer Waffen." Sie legen lediglich eine Obergrenze für bestimmte

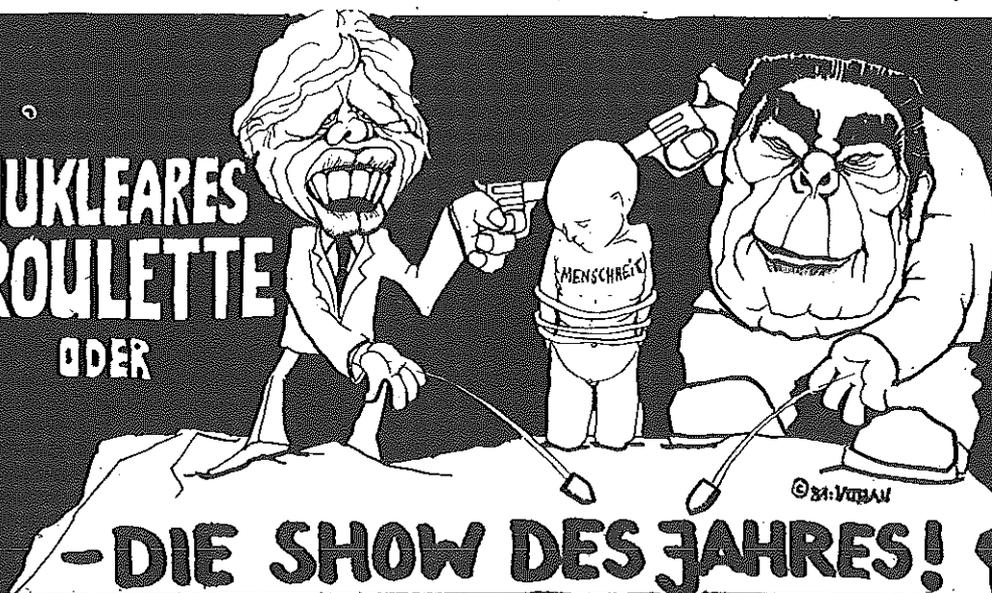
Waffensysteme fest: diese Obergrenze liegt meist weit über dem tatsächlichen Ist-Stand der Gegenwart.

Gerade auf dem Gebiet der modernsten Atomwaffen, bei Raketen mit atomaren Mehrfachsprengköpfen (MIRV) kann kräftig weitergerüstet werden: die UdSSR hat gegenwärtig 795 MIRV-Raketen, die USA haben 1046 – und erlaubt sind laut SALT-II-Vertrag für jede

Seite 1320!

Was wird geschehen, wenn die zahlenmäßigen Grenzen ausgeschöpft sind? Werden beide Seiten dann die Hände in den Schoß legen? Werden sie ihre Militärtechniker und Rüstungsarbeiter entlassen? Sicher nicht. Dann wird es um qualitative Verbesserungen der alten Waffensysteme und um die Entwicklung neuartiger Vernichtungstechniken gehen. . .

**NUKLEARES
ROULETTE
ODER**



RÜSTUNGSWETTLAUF — WARUM ?

Was sind eigentlich die Ursachen für den wahnwitzigen Rüstungswettlauf?

In Ost und West bestehen zwei fundamental unterschiedliche und gegensätzliche Gesellschaftssysteme. Auf der einen Seite der "real existierende Sozialismus": auf der Grundlage zentraler Planwirtschaften übt eine allmächtige und privilegierte Bürokratie ihre Diktatur aus. Auf der anderen Seite stehen die "westlichen Marktwirtschaften": kapitalistisch-imperialistische Staaten unter der Herrschaft von Finanzkapital und wenigen Großkonzernen auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln. Privateigentum der hauptsächlichlichen Produktionsmittel ist unvereinbar mit einer zentralen Planwirtschaft. Deswegen stehen sich die Systeme unversöhnlich gegenüber. Die Herrschenden der beiden Seiten — hier Kapitalisten, dort Bürokraten — betrachten sich gegenseitig mit äußerstem Mißtrauen.

Die Kapitalisten wissen zwar, daß die stalinistischen Diktatoren des Ostblocks nicht gerade eine magnetische Anziehungskraft auf die westlichen Arbeiter ausüben. Trotz-

dem geben sie sich beunruhigt über das angebliche "Moskauer Streben nach der Weltrevolution". Vor allem fürchten sie das große wirtschaftliche Potential, das (trotz Mißwirtschaft, Korruption und Fehlplanungen) in einer Planwirtschaft steckt.

Andererseits wissen die Ostblockbürokraten genau: nur allzugerne Würde der Imperialismus ihre Planwirtschaften vernichten, könnte es sich eine realistische Chance dafür ausrechnen. Sie erinnern sich; schon zweimal hat der Imperialismus die Sowjetunion angegriffen. 1920 drangen 21 verschiedene Armeen von allen Seiten in Rußland ein, um die noch junge Revolution zu vernichten. Und 1941 überfiel der Hitlerfaschismus das Land. Bei der ersten Intervention 1920 hatte noch keine privilegierte Bürokratie die staatliche Allmacht an sich gerissen. Die Sowjetunion war noch ein relativ gesunder Arbeiterstaat, aber geschwächt von Krieg und Revolution und ohne große militärische Macht. Damals wurden die Imperialistischen Truppen nicht zuletzt mit ideologischen und politischen Waffen zurückgeschlagen:

Die revolutionäre Regierung der

Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte richtete Aufrufe, Flugblätter und Propaganda an die ausländischen Soldaten und an die Arbeiterklasse in deren Heimatländern, mit der Aufforderung zur Desertion und Meuterei, zu Streiks und Demonstrationen gegen den Vormarsch auf Moskau. Das zeigte Wirkung. Es zwang die Imperialisten schließlich zum Abbruch ihrer Operation. . .

Heute herrscht in der UdSSR eine privilegierte Bürokratie. Diese kann natürlich nicht mehr auf Apelle an die Internationale Solidarität der Arbeiter vertrauen. Solche Apelle können aus ihrem Munde überhaupt keine Wirkung haben. Arbeiter in Ost und West haben nämlich einen gesunden Haß auf alle stalinistischen Diktatoren.

Zur Verteidigung ihres Systems gegen imperialistische Bedrohung verläßt sich die UdSSR-Bürokratie deshalb lieber auf militärische Mittel. Darum muß sie den gigantischen Rüstungswettlauf mitmachen. 14% des Volkseinkommens gehen dabei drauf und hemmen eine schnellere wirtschaftliche Entwicklung.

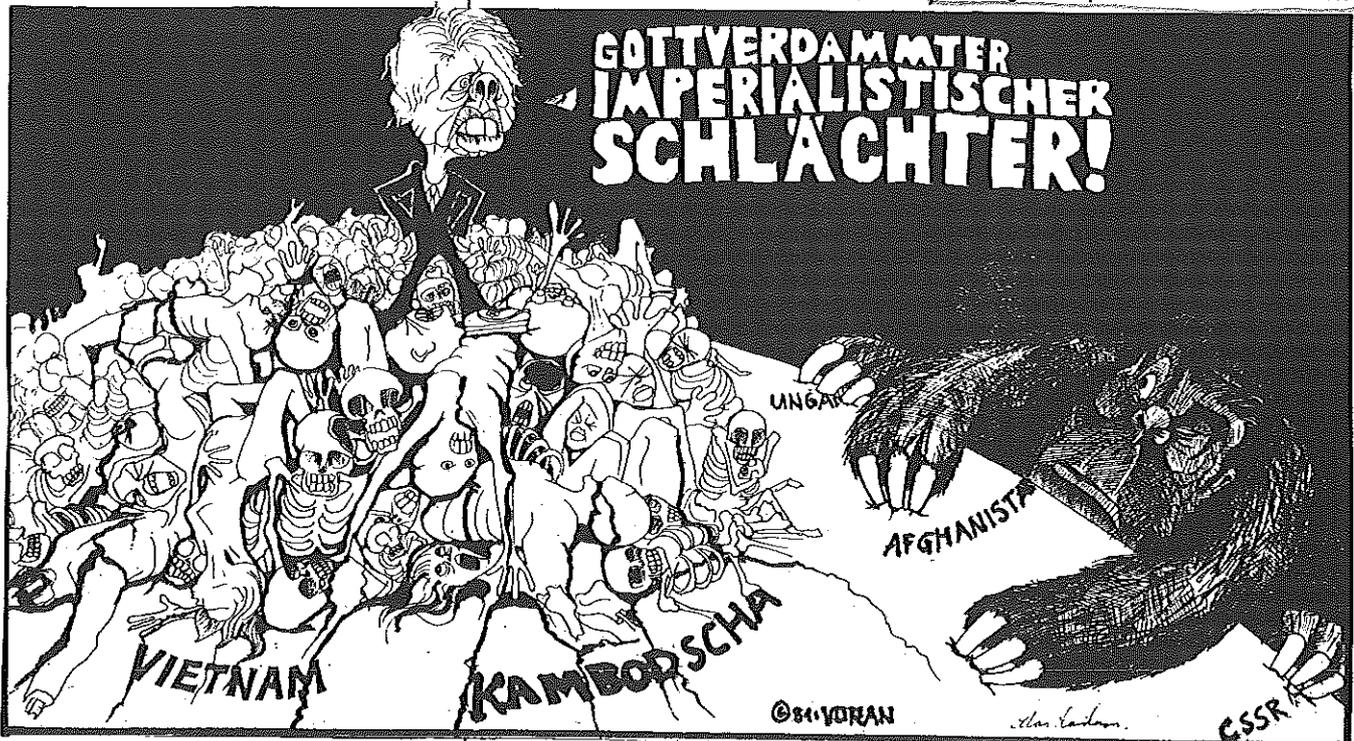
Nicht nur zur Unterdrückung der Kolonialvölker existieren die Armeen dieser Welt. In jedem Land dienen sie auch zur (notfalls) gewaltsamen Aufrechterhaltung der inneren Machtverhältnisse. Sie sind ein Machtinstrument der Herrschenden — im Osten wie im Westen — gegen die Arbeiterklasse. Auch die Bundeswehr hat eine innenpolitische Funktion: sollte eines Tages die Unzufriedenheit mit den sozialen Verhältnissen oder der Protest gegen

gesellschaftliche Mißstände so groß werden, daß sie nicht mehr mit den üblichen Methoden (Kompromisse, Scheinlösungen, leere Versprechungen, Betrug) beruhigt werden können, dann sollen sie gewaltsam von der Bundeswehr niedergeschlagen werden. Das sehen die Notstandsgesetze vor.

Wir alle müssen deshalb für eine sofortige Abrüstung kämpfen. Dabei dürfen wir uns nicht die Gegnerschaft der Arbeiter in der Rüstungs-

Industrie zuziehen. Wir müssen ihre Unterstützung gewinnen. Sie werden uns fragen: "Was wird aus meinem Arbeitsplatz?" Diese Frage ist berechtigt. Wir müssen sie beantworten können. Die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie müssen sich sicher sein, daß sie durch Abrüstung nicht brotlos werden. Für ihren Industriezweig muß die Perspektive einer alternativen Produktion nützlicher Güter angeboten werden.

Solange Kapitalismus im Westen



und bürokratische Herrschaft im Osten weiterbestehen, wird dies allerdings nie geschehen. Die Herrschenden auf beiden Seiten werden sich niemals durch Abrüstung selbst entwaffnen. Der Kampf für Frieden und Abrüstung muß deshalb mit dem Kampf für den Sturz des Kapitals im Westen und der Bürokraten im Osten verknüpft werden.

Selbstverständlich unterstützen wir jede Forderung und jeden Kampf für eine Teilabrüstung hier und heute. Doch das genügt uns nicht. Erst der weltweite Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft, die auf dem Gemeineigentum der Produktionsmittel und auf einer Planwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung beruht, wird dem wahnwitzigen Rüstungswettlauf endgültig ein Ende bereiten. Erst dann können wir die Waffenarsenale auf der ganzen Welt verschrotten.

Ein Weltkrieg auf dem heutigen Stand der atomaren, biologischen und chemischen Rüstung würde das Ende jeglicher Zivilisation bedeuten. Er wäre auch das Ende der Herrschenden selbst. Deshalb werden sie ihn nicht einfach über Nacht vom Zaun brechen — trotz aller Gegensätze zwischen Ost und West und innerhalb des imperialistischen Lagers selbst.

Wer einen Weltkrieg anzetteln wollte, müßte zuerst eine brutale Militärdiktatur errichten, um die Arbeiter und die gesamte Bevölkerung seines Landes vollständig zu unterdrücken, damit jeder Widerstand im Keim erstickt wird.

Aber anders als in den 30er Jahren ist die Arbeiterklasse in allen westlichen Ländern heute stärker und (meist) selbstbewußter denn je. In den bevorstehenden Klassenkämpfen der nächsten Jahre werden wir wiederholt die Gelegenheit erhalten, den Kapitalismus ein für alle Mal zu beseitigen.

Allerdings: solange der Kapitalismus überlebt, solange kann nie ein Krieg und letztlich die Gefahr sogar eines Weltkrieges beseitigt werden.

Deshalb fordern wir:

- *Frieden durch Sozialismus!
- *Sofortiger Stopp aller Rüstungsexporte!
- *Keine Weiterentwicklung bestehender Waffensysteme!
- *Radikale, einseitige und bedingungslose Abrüstung jetzt!
- *Abschaffung jeglicher Geheimdiplomatie! Veröffentlichung aller Geheimverträge!
- *Der Verteidigungsetat der BRD muß für die Finanzierung der Umstellung der Rüstungsindustrie auf die Herstellung alternativer und gesellschaftlich nützlicher Produkte eingesetzt werden!
- *Auflösung der Bundeswehr und Einsatz aller Soldaten bei produktiver Arbeit!
- *Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle arbeitsfähigen Menschen! 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust!
- *Verstaatlichung der Rüstungsindustrie unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- *Planvolle Umstellung der Rüstungsindustrie auf die Herstellung gesellschaftlich nützlicher Produkte!

RÜSTUNG: VERSCHWENDUNG VON ARBEITSKRAFT

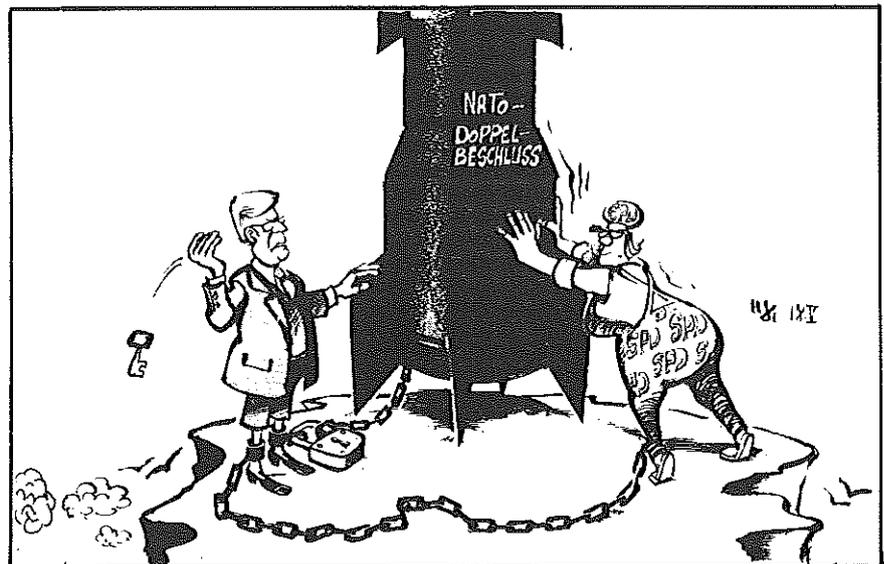
Die Produkte der Rüstungsindustrie tragen nichts — absolut nichts! — zum persönlichen Wohlstand jedes Einzelnen bei. Bomben kann niemand essen, Napalm niemand trinken, chemische Waffen düngen keine Felder, Panzer sind keine Vergnügungskutschen und Düsenjäger sind keine Massentransportmittel. Rüstungsproduktion ist Produktion für den Schrottplatz. Im günstigsten Falle lagern Rüstungsgüter auf Halde. Oder sie gehen in Feuer und Asche auf. Dabei vernichten sie anderes Leben und nützliche Güter. . .

Diejenigen, die ohne Rüstung scheinbar keinen "Lebensunterhalt" hätten — d.h. die Soldaten und die Beschäftigten der Rüstungsindustrie — produzieren ihren eigenen Lebensunterhalt nicht selbst. Ihre Wohnungen, Kleidung, Autos, Haushaltgeräte, Nahrungsmittel usw. werden durch die Arbeiter und Angestellten anderer Industriezweige hergestellt. Letzten Endes werden sie auf Kosten der gesamten übrigen Gesellschaft versorgt. (Dies ist natürlich nicht ihre eigene Schuld: sie sind durch das kapitalistische System ge-

zwungen, im entsprechenden Industriezweig zu arbeiten bzw. 15 Monate in der Bundeswehr zu "dienen".)

Genauso gut könnte man die Rüstungsproduktion schlagartig stoppen und die Bundeswehr auflösen. Die Versorgung der davon betroffenen 1,3 Millionen Beschäftigten und Soldaten samt ihrer Familien mit allen Gebrauchsgegenständen des täglichen Lebens wäre dadurch nicht gefährdet. Denn diese Produkte könnten weiterhin in gleichem Umfang wie bisher in den entsprechenden Industriezweigen hergestellt werden. . .

Rüstungsindustrie und Bundeswehr entziehen ca. 5% der arbeitsfähigen Bevölkerung einer wirklich produktiven Tätigkeit. Sie müssen von den übrigen 95% der Erwerbstätigen mitversorgt werden. Jahr für Jahr werden auf diese Weise 5% des geschaffenen Volkvermögens auf die Schutthalde geworfen. Welche riesigen Möglichkeiten zur Steigerung des Lebensstandards (oder zur Arbeitszeitverkürzung) bestünden, wenn diese 1,3 Millionen Menschen produktiv tätig sein könnten?



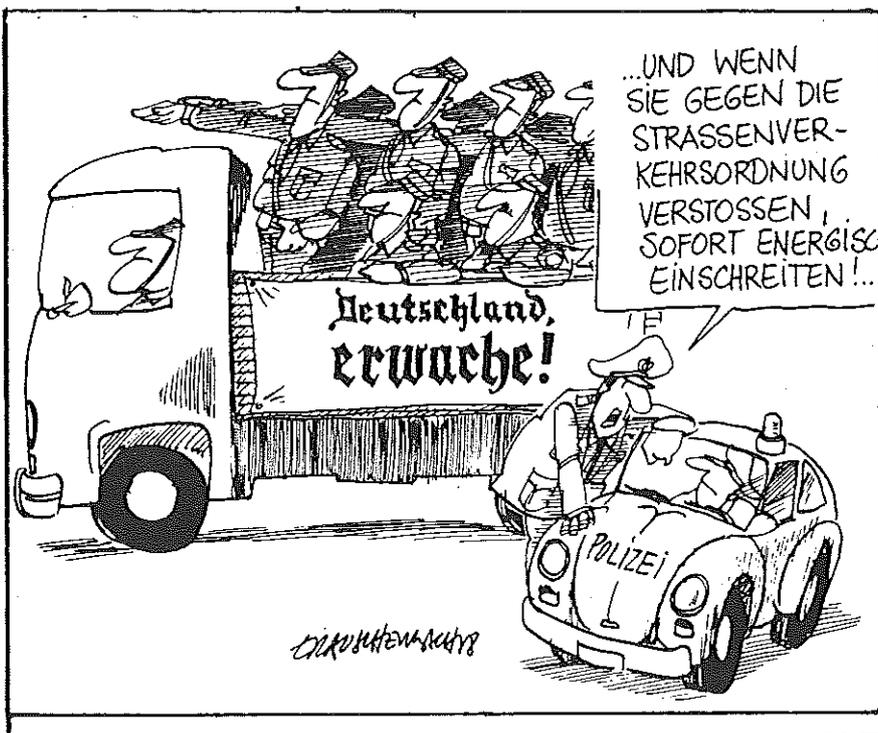
„Willst du den kippen? Überleg dir das gründlich“

4. Neofaschistische Gruppen

"Nazis – gibt's die noch?" – Die Antwort fällt nicht schwer: ja, leider, es gibt sie noch (und wieder). Zwar stellen sie keine Massenbewegung dar. Aber sie sind nach wie vor aktiv. In den letzten Jahren ist sogar ein Anstieg ihrer Aktivitäten zu beobachten.

Sie beschränken sich nicht nur auf regelmäßige Hakenkreuzschmierereien in jüdischen Friedhöfen, auf monatliche "Kameradschaftsabende alter Kämpfer", auf alljährliche "Traditionstreffen der SS-Division Totenkopf" oder auf "symbolische Judenverbrennungen" in Bundeswehrkasernen. Auf ihr Konto gehen ebenso bewaffnete Überfälle auf Waffendepots der NATO, Brandanschläge auf die Wohnungen bekannter Gewerkschafter, Attentate auf Jugendzentren, handfester Telefonterror samt Zusendung von Briefbomben an aktive Antifaschisten sowie mehr als tausend von ihnen inszenierte gewalttätige Ausschreitungen jährlich im ganzen Bundesgebiet. Eines ihrer jüngsten Verbrechen: der gräßliche Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest 1980.

Niemand darf diese Vorgänge verharmlosen. Manche Politiker tun dies. Ein Beispiel ist der ehemalige Innenminister von Niedersachsen, Groß (FDP), über den die Frankfurter Rundschau am 19.4.1978 schrieb: "Schuld an den verstärkten neonazistischen Aktivitäten gab Groß der 'weltweiten Publizität' von der die Rechtsextremisten zu weiteren Taten ermutigt würden, und vor allem dem Kommunismus, der die Bundesrepublik als 'Nazi-verseuchten"



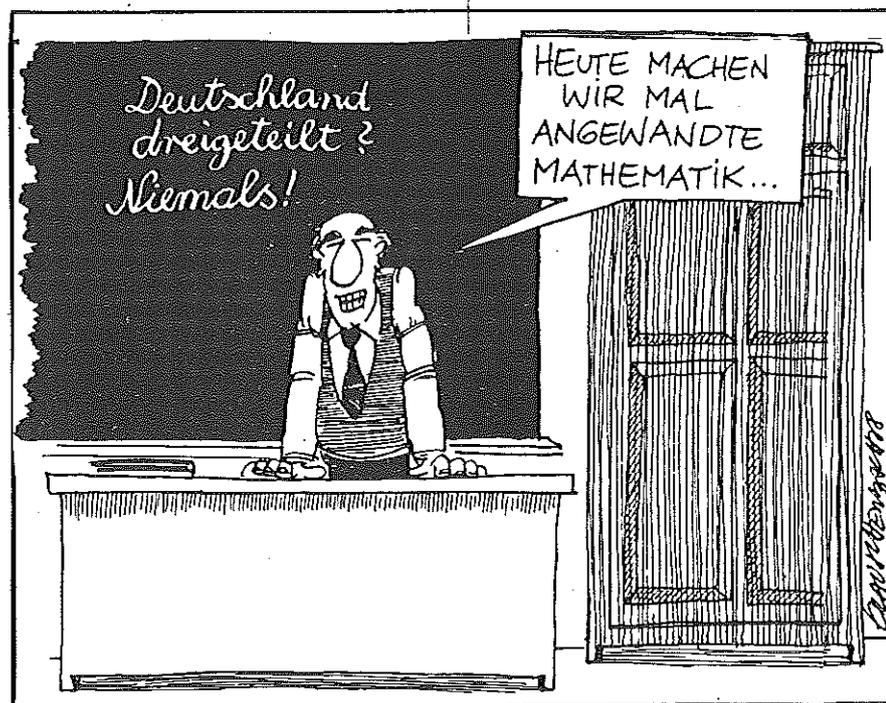
Staat zu diffamieren versuche. Solche Agitation finde zuviel Gehör. Die Rechtsextremisten sähen sich in ihrem antikommunistischen Sendungsbewußtsein bestätigt. Groß forderte die Presse auf, über den Rechtsextremismus zurückhaltend zu berichten."

Also – die verbrecherischen Schandtaten der neuen Nazis einfach verschweigen, dann werden sie schon von selbst verschwinden?!? Leider haben sich auch führende Sozialdemokraten in ähnlicher Weise geäußert.

Diesen Fehler – die Unterschätzung des Faschismus – haben die Führer der deutschen Arbeiterbewegung schon einmal begangen. In den 20er und Anfang der 30er Jahre versäumten sie es, die Massenorganisationen der Arbeiter (SPD, KPD und Gewerkschaften) zu einer Einheitsfront gegen die Hitler-Nazis zusammenzufassen. Der Sieg der Nazis 1933 – ohne daß auch nur eine Fensterscheibe zu Bruch ging! – war eine riesige Niederlage für die Arbeiterklasse. Erst heute, eine Generation später, hat sie sich davon wieder erholt.

Der Faschismus ist nicht einfach ein autoritäres Regime. Er bedeutet brutalste Unterdrückung jedes einzelnen, äußerste Ausbeutung der Arbeiterklasse durch gnadenlose Lohnsenkungen. Er bedeutet die totale Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen samt ihrer Aktivisten und Führer, um den Kapitalismus zu retten.

Die Nazis konnten Anfang der 30er Jahre in Deutschland nur deshalb eine Massenbewegung hinter sich sammeln, weil die Arbeiterparteien SPD und KPD wieder und wieder versäumten, einen sozialistischen Ausweg aus der Krise des Kapitalismus aufzuzeigen. Gegen den faschistischen Feind organisierten sie keine gemeinsamen Aktionen. Stattdessen lähmten sie sich gegenseitig durch einen sinnlosen "Bruderkrieg". Ursprünglich sympathisierte ein großer Teil der Mittelschichten mit der Arbeiterbewegung.



Durch den Bruderkrieg der Arbeiterpartei enttäuscht, wandte sich die Mehrheit wieder von ihnen ab und den Nazis zu.

Die Nazis wurden zwar insgeheim vom Großkapital finanziert und in den Sattel der Staatsmacht gehoben. Das hielt sie jedoch nicht davon ab, in ihrer öffentlichen Propaganda in Worten gegen den Kapitalismus zu wettern. Mit ihrer radikalen, zum Teil antikapitalistischen Demagogie gegen das "raffende Kapital" fanden sie offene Ohren bei Millionen von verarmten Bauern, bankrotten Kleinhändlern, ruinierten Geschäftsleuten, verzweifelten Kleinbürgern, frustrierten Jugendlichen und jahrelang arbeitslosen (und so ihrer Klasse entwurzelten) Proletariern.

Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise mit ihrem tiefen Massenelend und ohne Aussicht auf Besserung schuf die entscheidenden Bedingungen für den Erfolg der faschistischen Propaganda.

Auch heute brütet der Kapitalismus wieder ähnliche Bedingungen aus: steigende Arbeitslosigkeit, sinkender Lebensstandard, zunehmender Ruin der Mittelschichten, wach-

sende Wohnungsnot, schwindende Zukunftsaussichten für die Jugend.

Auch heute werden die Neofaschisten durch Spenden aus dem Lager des Kapitals am Leben gehalten. Sie bilden eine Reservetruppe der Herrschenden, die für zukünftigen Einsatz über Wasser gehalten wird. So wäre beispielsweise die NPD seit Jahren bankrott, würde ihr nicht immer wieder die Rückzahlung zu viel erhaltener staatlicher Wahlkampfkostenersatzung aus dem Jahr 1972 (!) in Millionenhöhe (!) gestundet: und zwar zinslos, vom Land Baden-Württemberg ebenso wie von der Bundestagsverwaltung! Und dies, obwohl es in der BRD Gesetze gibt, welche faschistische Organisationen "verbieten"! Das zeigt: auf papierne Gesetze dürfen wir uns nicht verlassen. Auf unser eigenes Handeln kommt es an. . .

Der Verfassungsschutz und die Staatsorgane "vernachlässigen" die alten und neuen Nazis bewußt. Ihre Spitzeltätigkeiten konzentrieren sie lieber gegen Linke und Gewerkschafter. Kein Wunder — viele ehemalige Naziaktivisten und -funktionäre sind nach 1945 wohlbehütet im Staatsdienst untergekommen!

Die Neofaschisten können in Zukunft erneut zu einer echten Gefahr für die Arbeiterbewegung werden — wenn diese nicht rechtzeitig und entschlossen Widerstand leistet.

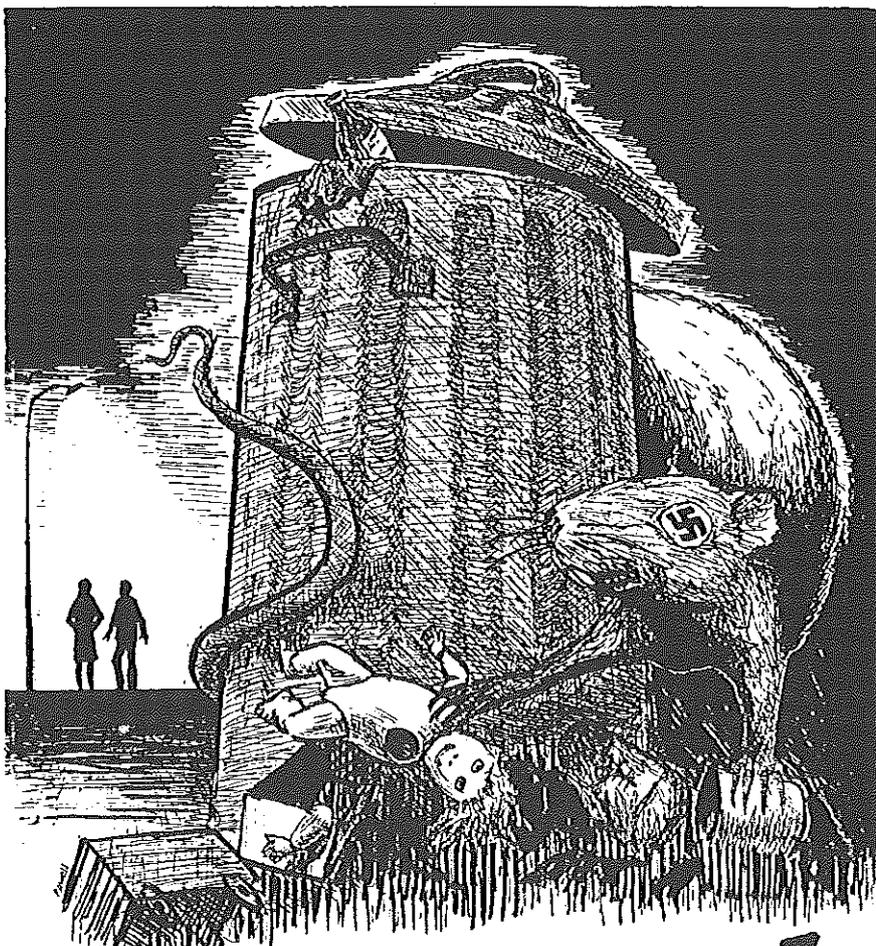
Wo sie ihr Unwesen in der Öffentlichkeit zu treiben versuchen, sind meist sehr schnell und spontan antifaschistische Demonstrationen organisiert. SPD und DGB sind bei der Mobilisierung meist sehr zurückhaltend und zeigen wenig Lust, sich aktiv und mit ihrer gesamten Autorität einzusetzen. Selten sind von ihren führenden Gremien mehr zu hören als halbherzige Stellungnahmen. Doch oft sind zehntausende Jugendliche und Gewerkschafter auf den Straßen, wenn es um antifaschistische Aktivitäten geht. Was wäre erst zu erreichen, wenn SPD und DGB ihre gesamte organisatorische und politische Macht in die Waagschale werfen würden?

Heute besteht zwar keine unmittelbare Gefahr einer erneuten faschistischen Massenbewegung. Eine neue Nazi-Diktatur lauert nicht um die nächste Ecke. Die Mittelschichten — in den 30er Jahren die Massenbasis der NSDAP — sind stark zusammengeschrumpft. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung sind Lohnabhängige.

Doch solange der Kapitalismus besteht, solange ist auch die Gefahr des Faschismus nicht endgültig gebannt. Alleine das Bestehen (wenn auch kleiner und noch einflußloser) bewaffneter rechtsextremer Kampfgruppen ist eine Bedrohung für alle aktiven Gewerkschafter und Linken. Ihre soziale Demagogie kann ihnen in naher Zukunft schon einen verstärkten Zulauf bringen, wenn die kapitalistische Krise zu neuem Massenelend führt und von den Arbeiterorganisationen keine Lösung angeboten wird.

Wir müssen damit rechnen, daß sich die Neonazis in Zukunft die ausländischen Arbeiter (statt der Juden) als Sündenböcke für die kapitalistische Krise aussuchen werden. Parolen wie "Ausländer 'raus!", die hier und da schon auftauchen, sind Warnung genug. Gegen die Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Kollegen aufzutreten, die nur im Sinne des Kapitals die gemeinsame Kampfkraft schwächen soll, das ist Aufgabe aller Gewerkschafter. Die Verteidigung der ausländischen Kollegen gegen rassistische Übergriffe von rechts wird Aufgabe der gesamten Arbeiterbewegung sein.

Noch sind die Faschisten in der BRD relativ klein und schwach. Noch können sie gestoppt werden. Ihre Aktionen sollten die gesamte Arbeiterbewegung wachrütteln. Hitler selbst gab 1933 seinen Gegnern



WACHSAM SEIN!

© W. V. G.

einen Rat, wie sie seinen Sieg hätten verhindern können:

"Nur eines hätte unsere Bewegung aufhalten können – wenn unsere Feinde Ihre Grundsätze verstanden hätten und vom ersten Tag an den Kern unserer Bewegung mit äußerster Brutalität zerschmettert hätten."

Deshalb fordern wir:

*Kein Vertrauen in Verfassungsschutz und Staatsorgane bei der Bekämpfung von Neonazis – alleiniges Vertrauen in die Kraft der Arbeiterbewegung!

*Gewerkschaftliche Massenaktionen gegen deutsche und ausländische Faschisten! Die Arbeiterbewegung muß den Vormarsch der braunen

Gefahr verhindern!

–Keine Faschisten und Neonazis in den Staatsdienst!

–Faschisten und Neonazis dürfen kein Recht auf öffentliche Veranstaltungen und Benutzung öffentlicher Gebäude haben!

–Verbot aller faschistischen Schriften und Publikationen!

–Verbot und Auflösung aller faschistischen Organisationen!

–Verurteilung aller Nazi- und Kriegsverbrecher! Keine Verjährung!

–Ausschluß rechtsextremer Aktivisten aus den Gewerkschaften!

*Eine breite von SPD und DGB organisierte Aufklärungskampagne gegen den Faschismus!

*Wenn nötig, müssen gewerkschaftliche Selbstschutzgruppen und Arbeiter-Ordnungsdienste aufgestellt

werden, um alle bedrohten Veranstaltungen, Demonstrationen, Personen und Gebäude vor faschistischen Übergriffen zu bewahren!

*Alle arbeitslosen Jugendlichen müssen in den DGB-Gewerkschaften organisiert werden!

*Abschaffung all jener gesellschaftlichen Übel, welche den Faschismus ausbrüten:

–einen garantierten Arbeitsplatz für jeden Schulabgänger! Arbeit für alle!

–eine 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust für alle Arbeitnehmer!

–einen Mindestlohn von 1.500,- DM netto für alle!

–ein massives Programm öffentlicher und nützlicher Arbeiten!

–ein umfassendes staatliches Wohnungsbauprogramm für eine Million Wohnungen jährlich!

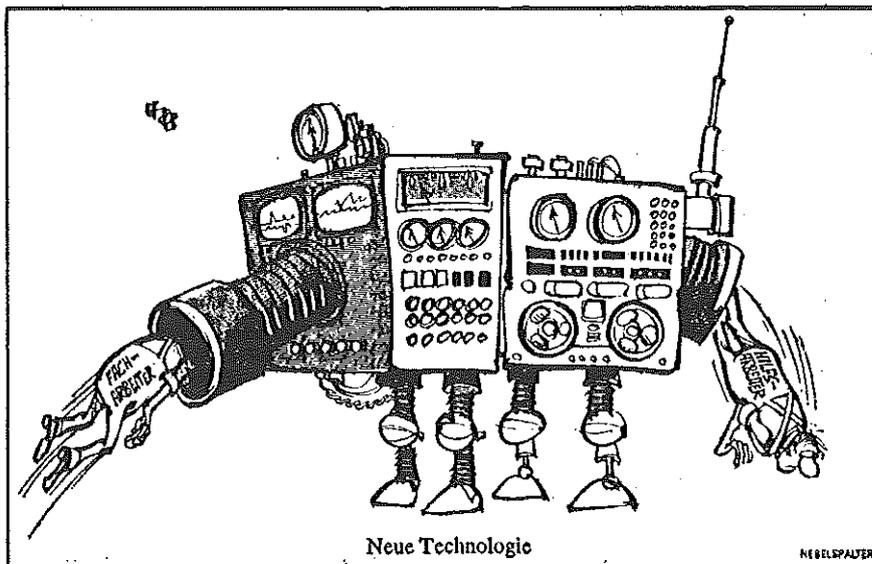
5. Neue Technik und Mikroprozessoren

"Bitte deutlich schreiben, dieses Formular wird durch einen Computer gelesen." – Wer ist diesem Satz bei der Erledigung von Behördenkram nicht schon oft genug begegnet? Computer und ihre zentralen Bausteine – die "Mikroprozessoren" – leiten gegenwärtig die dritte industrielle Revolution ein.

Die sprunghafte technologische Entwicklung im Bereich der Mikroelektronik wird einen tiefgreifenden Wandel in allen anderen Industriezweigen und in der gesamten Gesellschaft nach sich ziehen.

Was sind Mikroprozessoren? Sind sie wirklich die Wundergeräte, für die man sie ausgibt? Wir brauchen nur wenige Beispiele anzuschauen. Dann wird klar, welche Veränderungen bevorstehen.

In der Automobilindustrie wird es bald keine menschliche Fließbandarbeit mehr geben. Sie wird von Robotern übernommen. Computergesteuerte Roboter können bereits heute schweißen und lackieren, prüfen und schrauben. Sie arbeiten in Schmutz und Staub, Hitze und Kälte, Nässe und Trockenheit, in giftiger und zugiger Atmosphäre. In manchen Betrieben werden sie bereits in größerem Maße eingesetzt. Dort greifen sie Automobilteile vom



Hängetransportband und setzen sie auf Bearbeitungsmaschinen, auf fahrerlose automatische Montagewagen oder arbeiten selbst am Teil... Menschliche Arbeit kann sich dabei auf Aufsicht und Überwachung beschränken.

Rosige Aussichten? Fällt bald alle un-menschliche und gesundheitsschädliche Arbeit weg? Können wir mit Hilfe der Computer und Roboter die wöchentliche Arbeitszeit auf 35 oder 30 Stunden senken? Schön

wär's – aber die Kapitalisten rechnen anders!

Folgende Beispiele beweisen dies. Eine Schokoladenfabrik verpackte bisher mit 105 Beschäftigten und 15 Maschinen Schokoladenwaren. Heute sind nur noch 8 ArbeiterInnen vorhanden. Nach Einführung von Robotern brauchen sie das gesamte automatische Verpackungssystem für fast eine Million Artikel je Schicht nur noch zu überwachen. – Bei der Stuttgarter Zeitung wurden nach Einführung der elektronischen Satztechnik und Textverarbeitung von den 700 Kollegen der entsprechenden Abteilung mehr als 500 rausgeschmissen.

Nicht nur die Herstellung wird durch die Elektronik vereinfacht, sondern auch das Produkt selbst. Beispiel: die Uhr. Für die Herstellung



einer mechanischen Uhr waren früher ungefähr 1000 Arbeitsgänge notwendig. Bei der (sehr viel genaueren) Quarzuhr müssen nur noch 5 Teile montiert werden! Folge: in 5 Jahren, von 1970 bis 1975, verlor die badische Uhrenindustrie jeden zweiten Arbeitsplatz, 18.000 von 33.000.

Die neue Technik kennt keine Grenzen: sie kann Produktionsvorgänge ausführen und überwachen, Entscheidungen treffen, Informationen speichern, Löhne berechnen, Auskünfte erteilen, Konten führen, Reisen buchen, Maklerdienste vermitteln, Konstruktionszeichnungen anfertigen, den Überblick in einem Supermarktlager behalten und noch vieles mehr.

"In den nächsten 10 bis 15 Jahren wird die Mikroelektronik jeden zweiten Arbeitsplatz nachhaltig verändern", lautet eine Vorhersage des Bundesforschungsministeriums. In den meisten Fällen bedeutet dies: der Arbeitsplatz wird ersatzlos wegfallen. Alleine im Büro- und Verwaltungsbereich sind mehr als 5 Millionen (!) Arbeitsplätze "gefährdet".

Die Mikroprozessoren werden immer billiger und gleichzeitig leistungsfähiger. Kostete vor 15 Jahren eine Transistorfunktion noch 2 DM, so ist ihr Preis heute auf 0,2 Pfennige abgesackt! Ein VW-Käfer würde nach einem ähnlichen Preisverfall noch 5 DM kosten!

1963 konnten auf einem 30 Quadratmillimeter großen Siliziumplättchen 8 elektronische Schaltungen untergebracht werden. Heute sind es 150.000, 1985 werden es 1 Million und 1990 werden es 10 Millionen sein. Zugleich werden sie schneller zuverlässiger und energiesparender.

Unter kapitalistischen Bedingungen sind die Folgen eindeutig: Mikroprozessoren wirken als kolossale "Jobkiller". Die neue Technik wird eine riesenhafte Massenarbeitslosigkeit hervorrufen. Dies wäre sogar der Fall, wenn der Kapitalismus ansonsten keine Probleme hätte. Doch es kommt etwas anderes hinzu: weltweit ist er ohnehin am Ende einer stabilen Wachstumsperiode angelangt. Jetzt geht's wieder bergab. Unter diesen Umständen darf es niemanden wundern, wenn es in Einzelfällen zum erbitterten Widerstand der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften gegen eine breite Einführung der neuen Technik kommt, falls sie ihre Arbeitsplätze bedroht. Sie müssen ihre Arbeitsplätze verteidigen. Das unterstützen wir.

Die entscheidende Frage ist: in wessen Interesse wird die neue Technik eingesetzt? Nützt sie den Arbeitern oder nützt sie den Kapitalisten? Haben die Lohnabhängigen



nur Nachteile (Lohnverlust, Entqualifizierung ihrer Berufe, Arbeitsplatzverlust) zu erleiden, weil die Unternehmer die alleinige Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel (und damit über die Einführung neuer Produktionstechnologien) haben?

Wir wollen die enormen Möglichkeiten der neuen Technik optimal nutzen – jedoch zugunsten der Arbeiter und Angestellten! Drastische

Senkung der Arbeitszeit für alle, Wegfall von unmenschlichen und gesundheitsschädlichen Arbeiten, erhebliche Beschränkung der Schichtarbeit – das alles ist sehr realistisch. Es erfordert lediglich den planvollen und systematischen Einsatz von Robotern und Computern, bei Ablösung des privatkapitalistischen Profitsystems durch eine demokratische Planwirtschaft!

Deshalb fordern wir:

- *Die neue Technik zugunsten der arbeitenden Bevölkerung einsetzen, nicht für den Profit!
- *Keine Entlassungen durch die neue Technik, sondern Arbeitszeitsenkung ohne Lohnverlust für alle!
- *Allgemeine Einführung der 35-Stunden-Woche durch gleichmäßige Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Arbeitskräfte!
- *Für alle Arbeitnehmer, deren Arbeitsplatz wegen der neuen Technik wegfällt, einen garantierten neuen Arbeitsplatz ohne Abgruppierung in der Lohnstufe!
- *Wo nötig, muß eine qualifizierte Umschulung auf Unternehmerkosten angeboten werden!
- *Die Einführung neuer Technologien in der Produktion muß der Kontrolle von Belegschaft und Gewerkschaften unterstellt werden!
- *Verstaatlichung aller Betriebe, welche die neue Technik für Arbeitsplatzabbau benutzen!
- *Für einen systematischen und planvollen Einsatz von Computern und Robotern in einer demokratischen Planwirtschaft!
- *Einsatz der neuen Technik für die Ziele: Senkung der Arbeitszeit auf ein Minimum; drastische Einschränkung der Schichtarbeit; und Abschaffung aller gesundheitsschädlichen Arbeiten!

6. Wirtschaftskrisen des Systems

"Die nächste Krise kommt bestimmt!" – Das ist die einzige sichere Prognose, die man für die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft abgeben kann.

Seit seinem Bestehen hat der Kapitalismus weltweit mit schöner Regelmäßigkeit Krisen erzeugt: mal kleinere, mal größere, manchmal sogar katastrophale. Jede Krise trifft die Arbeitnehmer und die Jugend besonders hart. Arbeitsplätze gehen flöten. Die Löhne werden gesenkt. Die Zukunftsaussichten verdüstern sich.

In der BRD ist dies nicht anders. Seit 1950 besteht eine langfristige Tendenz: das Wachstum der Wirtschaft (des "Bruttosozialproduktes") geht zurück. Man kann den Durchschnittswert ausrechnen, den das jährliche reale Wachstum des Bruttosozialproduktes während der drei Nachkriegsjahrzehnte erreichte. Das gibt folgendes Ergebnis:

50er Jahre:	7,9 Prozent
60er Jahre:	5,0 Prozent
70er Jahre:	3,1 Prozent
1980:	1,8 Prozent
1981:	???????????

1981 werden es auf jeden Fall weniger als 1,8 % sein. Wahrscheinlich gibt es sogar ein Schrumpfen der Produktion. "Konjunkturinbruch" nennen das die Nachrichtensprecher.

Überhaupt wird in den ganzen 80er Jahren das Wirtschaftswachstum minimal sein. Das hat schlimme Folgen. Die Arbeitslosigkeit wird auf 2, 3, 4 und am Ende gar 5 Millionen Menschen steigen. (Offiziell wird die Regierung davon jeweils nur zwei Drittel eingestehen; den Rest werden die Arbeitsämter einfach als "stille Reserve" bezeichnen und



nicht mitzählen).

Die Unternehmer werden die Reallohne aller Arbeiter drastisch senken wollen. Der Staat wird zu wenig Steuereinnahmen haben. Deshalb wird die Regierung aus den Sozialleistungen nach und nach Kleinholz machen.

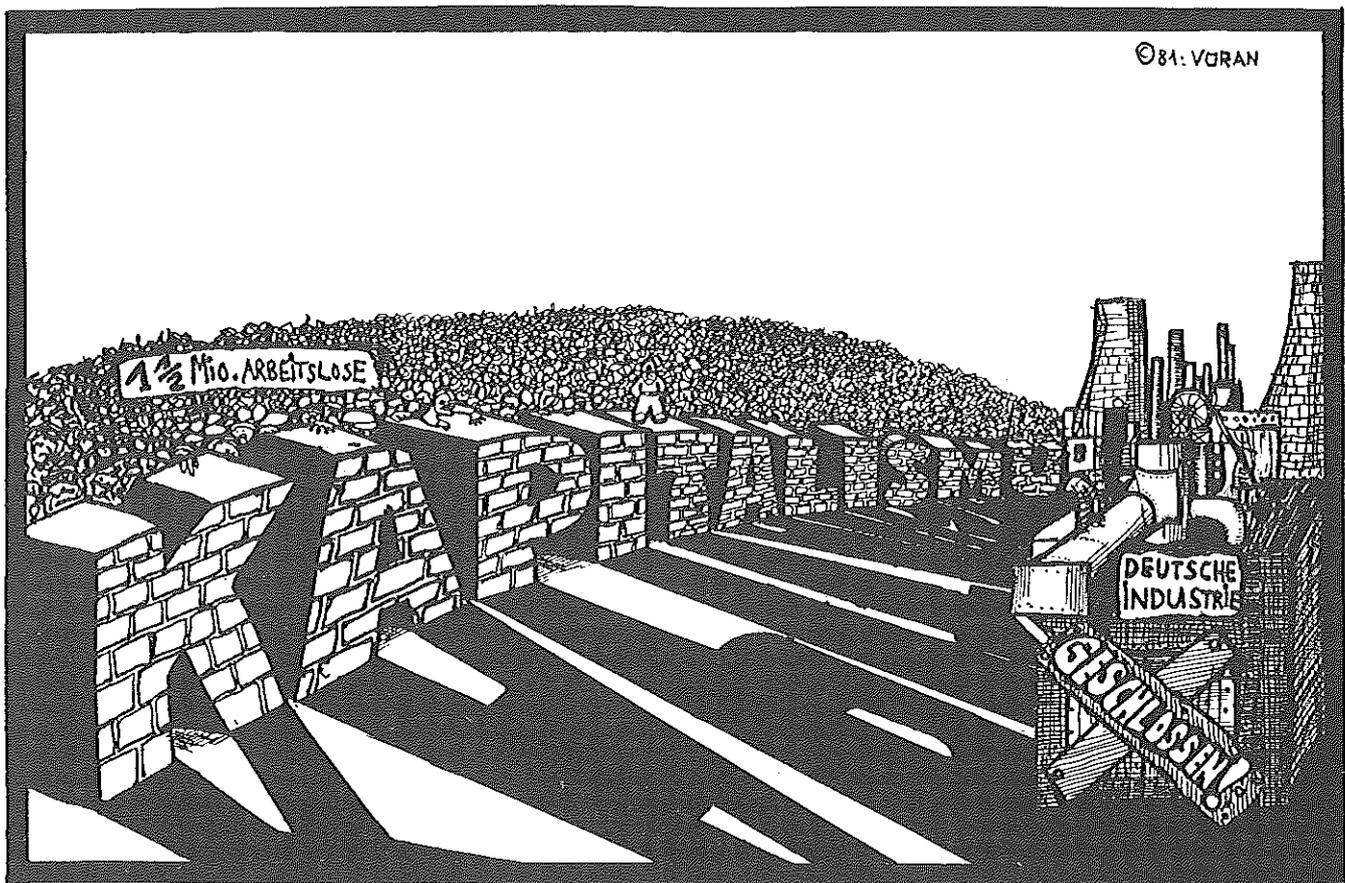
Gibt es keinen Ausweg? Offensichtlich nicht. Sonst wäre es gar nicht erst so weit gekommen. Wer einen Ausweg wüßte, könnte damit bestimmt eine Menge Geld verdienen. Viele kluge Professoren haben schon Vorschläge gemacht, wie der Kapitalismus Krisen vermeiden könnte. Dafür haben sie sogar Nobelpreise bekommen. Aber wenn man ihre Vorschläge ausprobiert hat, dann haben sie nie funktioniert. Heutzutage sind die kapitalistischen Wirtschaftswissenschaftler und Politiker ratloser denn je.

Bereits im Zeitraum 1950 – 1974 ist das Wachstum regelmäßig für eine kurze Zeit abgesackt. Diese "Krisen" hat aber kaum jemand beachtet. Wegen der allgemein hohen Wachstumsraten hatten diese "Krisenjahre" immer noch 3% – 4% Zuwachs zu verzeichnen. Schlimme Auswirkungen hatten diese Verlangsamungen auch nicht.

Heute ist dies anders. Jede kleinere Krise läßt das Sozialprodukt sofort schrumpfen. Folge: emporschießende Arbeitslosenzahlen mit allen üblen Auswirkungen.

Wie kommt es überhaupt zur "Krise"? Das liegt am kapitalistischen System selbst. Es beruht darauf, daß der Großteil der Fabriken, Maschinen usw. (die "Produktionsmittel") nur einigen wenigen Privateigentümern gehört. Diese produzieren Waren. Die Privateigentümer

III. DER SOZIALISTISCHE AUSWEG



Die kapitalistische Gesellschaft ist in eine Sackgasse geraten. Wo ist der Ausweg? Wie können die Probleme der Gegenwart und der nahen Zukunft gelöst werden? Die Antwort auf diese Fragen wird von vielen Jugendlichen gesucht.

Manche "steigen aus". Das ist ihre Antwort. Ein idyllisches Leben in der Landkommune, ernährt von selbstgezeugenen, giftfreien Früchten... Aber ist es nicht eine Illusion? Wer kann schon endgültig entfliehen? Wo

gibt es eine vom übrigen Weltgeschehen abgeschnittene Insel, ein Plätzchen, das unbeeinflusst bliebe von möglichen Umweltkatastrophen, Krisen oder Kriegen? Wenn es die "heile Welt" nirgendwo gibt, bleibt nur eins: die bestehende Welt verändern!

Wir wollen weltweit eine neue Gesellschaft aufbauen. Unser Ziel heißt Sozialismus.

Aber was für einen Sozialismus wollen wir? Es ist klar, daß in der

"sozialen Marktwirtschaft" keine "Elemente des Sozialismus" enthalten sind, wie rechte Sozialdemokraten behaupten. Genauso klar ist es, daß der DDR-"Sozialismus" für uns nicht erstrebenswert ist.

Wie also soll eine sozialistische Wirtschaftsordnung im Unterschied zum Kapitalismus aussehen? Wer soll die Kontrolle über die Betriebe ausüben? Wie steht's um die demokratischen Rechte im Sozialismus? Wie erreichen wir unser Ziel?

1. Für eine gesellschaftlich geplante Produktionsweise!

Seit Ende 1974 sind in der BRD Jahr für Jahr rund eine Million Arbeitslose registriert. Von den industriellen Produktionskapazitäten liegen dauernd ca. 20% brach. Welche Verschwendung! Die menschliche Arbeitskraft ist der einzige produktive Faktor in der Gesellschaft, die Quelle fast allen gesellschaftlichen Reichtums.

Diese Massenarbeitslosigkeit bedeutet einen enormen Produktionsausfall: jährlich 20 Milliarden DM an zusätzlichen finanziellen Belastungen für den Staat (Zahlung von Arbeitslosengeldern, Ausfall von Steuereinnahmen usw.)

Die Einbuße im Volkseinkommen seit 1974 aufgrund der Krise wird von bürgerlichen Experten auf mehr

als 500 Milliarden DM geschätzt. Eine fast unvorstellbare Summe! Alle die vor Jahren versprochenen Reformen hätten damit spielend finanziert werden können. Ebenso alle notwendigen Investitionen in der Industrie — und vieles mehr.

Solange der Kapitalismus besteht, wird der Widersinn nicht enden: hier stillstehende Produktionsanlagen

SOWJETISCHE PLANWIRTSCHAFT: TROTZ BÜROKRATISMUS ÜBERLEGEN

Wie überlegen eine Planwirtschaft dem Kapitalismus ist, beweist das Beispiel der Sowjetunion.

Wir alle wissen, daß in der UdSSR Industrie und Landwirtschaft von Korruption, Fehlplanungen, Bürokratismus, Schwarzmarkt, Funktionärsprivilegien und gigantischer Mißwirtschaft gebeutelt sind. Die folgenden Argumente und Fakten werden dadurch aber nicht entkräftet. Deshalb werden sie von den Verteidigern des Kapitalismus auch weitgehend verschwiegen.

In den Ländern wie der UdSSR ist das System der ruinösen Konkurrenz privater Kapitalbesitzer ein für alle mal abgeschafft. Die zentrale staatliche Planwirtschaft hat dem einstmalig rückständigsten Land Europas gewaltige Fortschritte ermöglicht. Zwischen 1917 und 1970 hat sich der Anteil der UdSSR an der Weltindustrieproduktion von 3% auf 20% gesteigert. Zwischen 1913 und 1963 wuchs die gesamte Industrieproduktion auf das 52fache an. In den (kapitalistischen) USA versechsfachte sich die Produktion im selben Zeitraum nur, während sie sich in Großbritannien gar nur verdoppelte!

Wie wir sehen, beziehen sich diese Angaben auf einen Zeitraum von 50 Jahren (1913 — 1963). In dieser Periode war Rußland von zwei Weltkriegen (Gesamtdauer 9 Jahre), einem Bürgerkrieg (Dauer 3 Jahre) und — infolge der Stalin'schen Zwangskollektivierung der Landwirtschaft — von einer riesigen Hungersnot (3 Jahre) schwerstens getroffen. Diesen Katastrophen fielen jeweils Millionen Menschen zum Opfer. Landwirtschaft und Industrie erlitten furchtbare Rückschläge. Der Zeitraum der wirtschaftlichen Ent-

wicklung Rußlands ist also eigentlich auf nur 35 Jahre innerhalb des angegebenen Halb-Jahrhunderts zu veranschlagen.

Innerhalb derselben 50 Jahre (1913 — 1963) waren die USA von ähnlichen Katastrophen verschont (abgesehen von den im Kapitalismus zwangsläufigen Krisen). An den beiden Weltkriegen konnten sie sich sogar auf Kosten anderer Länder erheblich bereichern. . .

Vor diesem Hintergrund ist das im Vergleich zu den USA erheblich schnellere Wachstum der UdSSR-Industrie sogar noch erstaunlicher. Der Grund für diese einzigartige Entwicklung ist allein in der zentralen Planung der Produktion zu finden.

Und dies alles trotz hemmender Bürokratie, Mißwirtschaft und Fehlplanungen! Was wäre an Produktivitätsfortschritten innerhalb einer Planwirtschaft dann erst möglich, wenn die herrschende Funktionärsclique endlich mal mittels einer politischen Revolution gestürzt wäre?! Wenn dadurch der ganze bürokratische Ballast weggeräumt und alle Hemmnisse für die weitere Entwicklung beseitigt wären?! Wenn die immer mehr im verrosteten Bürokratismus erstickende Wirtschaft endlich wieder den so notwendigen Sauerstoff der Demokratie und der Kritik atmen könnte?

Im Vergleich zu den USA ist die UdSSR wirtschaftlich zwar immer noch im Rückstand. Doch ein Großteil des Vorsprungs, den die USA noch 1913 hatten, ist bereits aufgeholt.

Zum gleichen Ergebnis (was die Überlegenheit einer geplanten Produktionsweise anstelle des krisenhaften Kapitalismus betrifft) kommt man, wenn zwei rückständige Länder, China und Indien,

miteinander verglichen werden. Beide waren noch 1949 auf dem gleichen elenden Niveau, China im Vergleich zu Indien sogar eher rückständig. 1949 fand in China eine Revolution statt. Eine zentrale Planwirtschaft trieb den Aufbau voran. (Eine wuchernde Bürokratie hemmte ihn andererseits — wie in der UdSSR!). Indien machte nach seiner Unabhängigkeit 1949 den kapitalistischen Entwicklungsweg durch. — Und wo steht China heute? Und wo Indien?? Wo gibt es mehr Hungersnöte, mehr Arbeitslosigkeit, eine höhere Analphabetenrate, verheerende Seuchen und Krankheiten, schärferes Elend der breiten Massen: in Indien oder in China??? — Jede(r) möge sich die Antwort selbst geben. . .

Die Planwirtschaft in kolonialen Agrarländern kann erst dann voll zur Geltung kommen, wenn eine gewisse Stufe der Technik und der Industrialisierung erreicht ist. Beide, Rußland und China waren zum Zeitpunkt ihrer Revolutionen noch unterentwickelte, nichtindustrialisierte Kolonien, Spielbälle der Großmächte und leichte Beute des internationalen Kapitals. Gegen alle imperialistischen Widerstände haben sie ihre Wirtschaften entwickelt.

Ein entwickeltes hochindustrialisiertes Land könnte die Vorzüge der Planwirtschaft sofort und ohne Einschränkungen zum Tragen bringen. Modernste Computertechnik und Informationsverarbeitung wären dabei ein enormes Hilfsmittel.

Eine demokratische Planwirtschaft ist der einzige Ausweg aus der kapitalistischen Murxwirtschaft, die uns in der Zukunft nur noch Krisen und Katastrophen bescheren wird.

und da arbeitslose Arbeitskräfte; hier Überproduktion, welche die Lager verstopft, und da Menschen, die kein Geld haben, die Güter zu kaufen. . .

In einer geplanten Wirtschaft wäre kein Grund für Arbeitslosigkeit oder mangelhaft ausgelastete Produktionskapazitäten. Die gesamte notwendige Arbeit kann auf alle Arbeitsfähigen aufgeteilt werden. Mit den jährlichen Produktivitätsfortschritten wird die wöchentliche Arbeitszeit gesenkt. In kurzer Zeit wird es möglich sein, eine 4-Tage-Woche bei 6-Stunden-Tag einzuführen.

Wir brauchen keine Rüstungsproduktion mehr. Wir werden keine 50 verschiedenen Waschmittelsorten (bzw. -verpackungen) haben.

An die Stelle hemmungslosen, kurzfristigen Raubbaus an Mensch, Natur und Umwelt durch das Profitsystem wird eine vorausschauende Politik treten. Die Bedürfnisse zukünftiger Generationen werden in Rechnung gestellt (z.B. durch rechtzeitige Entwicklung neuer Energiequellen)!

Und der technische Fortschritt? Der wird voll ausgeschöpft werden. Nie mehr dürfen Großkonzerne die breite Anwendung patentierter Erfindungen behindern. Nie mehr können Monopole bewirken, daß die unbegrenzt haltbare Glühbirne nicht produziert wird. Absichtliche Verschleißproduktion, im Kapitalismus gang und gäbe, wird ein für alle Mal ein Ende haben.

Solange es Privateigentum an Produktionsmitteln gibt, läßt sich die Produktion nicht planen. Deshalb muß die Großindustrie in Gemeineigentum überführt werden. Worauf es dabei ankommt, sind die größten



Monopole. Ungefähr 200 (bei einer Gesamtzahl von 100.000 Industrieunternehmen!) sind es, die mehr als 75% der gesamten Industrieproduktion kontrollieren. Eine ganz kleine

Minderheit ist es also, die die Macht in der Wirtschaft (und folglich auch im Staate) in Händen hält. Ihre Herrschaft läßt sich mit einem gesicherten Leben für uns nicht vereinbaren.

Deshalb fordern wir:

- *Eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung!
- *Die Überführung der 200 größten Industriekonzerne, der Banken und Versicherungen in Gemeineigentum!
- *Die Kontrolle und Verwaltung dieser Betriebe durch die arbeitende Bevölkerung und ihre Organisationen!
- *Die Ausarbeitung eines zentralen Produktionsplanes, der im Interesse der arbeitenden Bevölkerung steht!
- *Für eine demokratische Planwirtschaft!

2. Für demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung !

"Gebt uns die DVA — wir machen es besser!" — Das stand auf einem Transparent geschrieben, das Arbeiter der Deutschen Verlagsanstalt (DVA) in Stuttgart mit sich führten, als sie gegen die Schließung ihres Betriebes protestierten.

"Das ist doch unsere Bude. Die haben wir doch aufgebaut. Geschuftet haben wir wie die Maulesel. Und da lassen wir uns nicht einfach wegjagen. . ." — Das sind die Worte eines Erwitter Zementwerkers, dessen Betrieb im Frühjahr 1975 schließen wollte. Die Antwort der Belegschaft: Betriebsbesetzung!

Betriebsbesetzungen im In- und

Ausland haben in den letzten Jahren gezeigt: die Arbeiter brauchen die Unternehmer nicht. Sie können auch ohne Boss die Produktion aufrechterhalten — meist sogar effektiver!

Das beste Beispiel: die Besetzung der französischen Uhrenfabrik LIP. Die LIP-Belegschaft setzte jahrelang die Produktion von Uhren eigenständig fort, nachdem ihre Fabrik dichtmachen wollte. Sie mußte sich gegen alle nur denkbaren Widerstände durchsetzen: Boykott der (kapitalistischen) Lieferanten und Abnehmer; Verweigerung von Bankkrediten; und Verfolgung und massive Bedrohung durch die Polizei.

Der Kampf der LIP-Belegschaft setzte ungeahnte Talente, Initiativen, Phantasie und Fähigkeiten bei allen Beteiligten frei. Monatlang hielten sie sogar die Produktion und den Vertrieb ihrer Waren "im Untergrund" aufrecht, nachdem sie aus ihrer Fabrik polizeilich vertrieben worden waren.

Diese schöpferische Kraft der Arbeiter ist nicht auf Ausnahmen beschränkt. Sie ist ebenso im kapitalistischen Alltag vorhanden, wenn auch stark gehemmt. Sind es nicht die Arbeiter, die den Gang der Produktion aufrechterhalten? Sind nicht die Fachleute und Spezialisten, wel-

che technologische Neuerungen entwickeln, meistens Lohnabhängige? Ist es nicht zur Genüge bekannt, daß die meisten Betriebe ein sogenanntes "betriebliches Vorschlagswesen" unterhalten, um Ideen, Erfindungen, Neuerungen und Verbesserungsvorschläge der Arbeiter einzusammeln? Immerhin die Hälfte aller Verbesserungen im Produktionsablauf gehen auf die Initiative "gewöhnlicher" Arbeiter zurück.

Umfassende Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Betriebe, den Staat und die Gesellschaft würde das große Potential an kreativen und gestalterischen Fähigkeiten erst richtig entfesseln. Im heutigen Gesellschaftssystem werden sie nur zum geringen Teil genutzt, und verkrüppeln im Laufe eines harten und strapaziösen Arbeitslebens.

Demokratische Arbeiterkontrolle ist nicht ein Ziel, das wir erst im Sozialismus verwirklichen wollen. Diese Forderung ist auch schon innerhalb des kapitalistischen Betriebsablaufs aktuell. Es gibt genug Ansatzpunkte dafür: Einstellungen und Entlassungen, Arbeitsgeschwindigkeit und -belastung, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, die Kontrolle über den Produktionsablauf, die Produktionsmethode und die Produktionspalette (wie bei Lucas Aerospace, siehe Kasten). Oder die Frage des Geschäftsgeheimnisses und der verfälschten Bilanzen: welcher einzelne Arbeiter weiß schon, was in "seinem" Betrieb insgesamt vor sich geht? Welcher Betriebsrat kennt schon die geheimen Geschäftspraktiken seiner Chefs? Ständig verschleiern die Unternehmer böswillig die Gewinne (oder übertreiben die Herstellungskosten) zum Zwecke der Lohnkürzung. Ihre eigenen Einkünfte, ihr persönlicher Luxus, die Verwendung der von uns erarbeiteten Profite, langfristige Investitionsplanungen, die Einführung neuer Technologien — das alles interessiert uns! Darüber wollen wir endlich genau Bescheid wissen!

DAS BEISPIEL LUCAS AEROSPACE

Ein hervorragendes Beispiel für die Fülle von Talenten und Ideen, die in jeder Belegschaft stecken, lieferten die Arbeiter von LUCAS AEROSPACE (Großbritannien). Lucas Aerospace ist ein Konzern, der hauptsächlich für die Rüstungsindustrie produziert. Wegen Auftragsmangels geriet er Ende der 60er Jahre in die Krise. Arbeitsplätze waren bedroht.

Da ergriff der gewerkschaftliche Vertrauensleute-Körper die Initiative: er arbeitete unter Beteiligung aller Beschäftigten (Chefkonstrukteur ebenso wie Hilfsarbeiter) einen Plan für eine alternative Produktion aus. Mike Cooley, ihr Sprecher: "Es erschien uns absurd, daß wir all diese Geschicklichkeit, Kenntnisse und Möglichkeiten hatten, während die Gesellschaft dringende Produkte und Dienstleistungen brauchte, die wir herstellen können, und dennoch die Marktwirtschaft unfähig erschien, beides zusammenzubringen. . . Wir fragten unsere eigenen Gewerkschaftsmitglieder, was sie glaubten tun zu müssen. . . In kurzer Zeit hatten wir Ideen für 150 Produkte, die wir mit den vorhandenen Werkzeugmaschinen und Fertigkeiten bei Lucas Aerospace bauen konnten. . . Unsere Vorschläge trennten wir in sechs größere Produktionsbereiche, die jetzt in sechs Bänden zusammengefaßt sind, jeder mit ungefähr 200 Seiten. Sie enthalten spezifische Details, wirtschaftliche Berechnungen und sogar Ent-

wurfszeichnungen. . ."

Unter den gesellschaftlich nützlichen Produktionsvorschlägen befinden sich medizinische Geräte, verbesserte und billigere künstliche Nieren, neuartige Energiespeicher, Wärmepumpen mit einem hohen Wirkungsgrad, ein Universal-Antriebsaggregat für verschiedene Fahrzeugtypen mit um 50% verringertem Treibstoffverbrauch und erheblich geringerer Lärmentwicklung, ferngesteuerte Roboter und Tiefseeforschungsgeräte. Einige Prototypen sind bereits in der Erprobung.

Gewerkschaftliche Vertrauenskörper bei Chrysler, Vickers, Rolls-Royce und anderswo diskutieren jetzt Pläne ähnlicher Art. Das Beispiel von Lucas Aerospace ist ein Ansporn für viele Arbeiter.

Wer die Pläne der Lucas-Arbeiter mit ihren bis ins einzelne gehenden Berechnungen und Zeichnungen genau studiert, wer die Geschichte ihrer Entstehung kennt, wer weiß, daß die meisten Ideen von einfachen Arbeitern unter Beratung einiger Ingenieure entwickelt wurden — der kommt um die Schlußfolgerung nicht umhin: Demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Industrie wird funktionieren und die Produktion um ein Vielfaches effektiver, nützlicher, billiger, menschen- und gesundheitsfreundlicher machen!

Zwar sind über die bisherigen Mitbestimmungsmodelle in einer Reihe von Großbetrieben Belegschaftsvertreter an der Geschäftsleitung beteiligt. Doch diese Art von Mitbestimmung hat nicht viel mit demokratischer Arbeiterkontrolle zu tun. Sie hat eine Reihe schwerwiegender Nachteile (siehe Kasten).

Nichtsdestoweniger ist die Mitbestimmung den Unternehmen ein Dorn im Auge. Dies zeigte die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das 1976er Modell. Sobald sie eine Chance sehen, werden sie ver-

suchen, die Mitbestimmung wieder über Bord zu werfen.

Das letzte warnende Beispiel: der Versuch des Mannesmann-Konzerns, bei sich die Montan-Mitbestimmung über einen Geschäftsstrick abzuschaffen. Wenn es bei der bisherigen halbherzigen Gesetzesregelung der SPD/FDP-Koalition bleibt, dann wird die Montan-Mitbestimmung bei Mannesmann in spätestens sechs Jahren auslaufen. . . Denn gerade dieses Modell kann von den Gewerkschaften genutzt werden, um Plänen des Managements einen

DIE PRAXIS DER MITBESTIMMUNG

Die Praxis der Mitbestimmung bis heute hat gezeigt:

-Die Information der Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten gegenüber den Betriebsräten und Vertrauensleuten ist aufgrund der Geheimhaltungspflicht mangelhaft.

-Die Arbeitnehmervertreter können durch hohe Aufsichtsratsbezüge eingelullt werden. Die Vergütungen liegen zwischen 1.000 und 100.000 DM für zwei bis vier Sitzungen pro Jahr. Ein Teil der Gelder soll zwar an die DGB-"Stiftung Mitbestimmung" abgeführt werden; dies geschieht aber kei-

neswegs in vollem Umfang.

-Durch die abgehobene Tätigkeit der Aufsichtsratsvertreter, die von der Belegschaft nicht kontrolliert werden kann (Aufsichtsräte sind an Weisungen der Arbeiter nicht gebunden!) sowie den hohen Vergütungen kommt es zur Verinselbündigung der Funktionäre.

-Mitbestimmung führt zur Entpolitisierung der Arbeiterklasse. Die Arbeiter vertrauen weniger auf ihre eigene Kraft, als auf das Verhandlungsgeschick ihrer Repräsentanten. So überstand das Kapital die Krise im Bergbau und der

Stahl- und Eisenindustrie mit dem Zechensterben 1968/69 ohne harte Arbeitskämpfe: Konfliktlösungsstrategie Marke Mitbestimmung.

-Mitbestimmung hat die Krise an Rhein, Ruhr und Saar, die sich in diesen Regionen bedrohlich auswächst, nicht verhindern, dafür aber die Wut der Arbeiter (vorläufig) kanalisieren können.

-Mitbestimmung hat die Konzentration von wirtschaftlicher Macht in immer weniger Händen nicht verhindern können.

Strich durch die Rechnung zu machen: durch totale Opposition könnte zwar nichts endgültig erteilt werden, aber über zeitliche Verzögerungen beispielsweise bessere Sozialpläne durchgesetzt werden. Und das wäre immerhin etwas!

Natürlich reicht dies keinesfalls aus. Außerdem nutzen die Gewerkschaftsführer ihre Positionen in den Aufsichtsräten in den seltensten Fällen aus. Im Gegenteil: die meisten Beschlüsse werden einstimmig gefaßt.

Aber ebenso wie schon 1924, könnten die Unternehmer irgendwann in den 80er Jahren sagen: "Weg damit! Wir brauchen keine Mitbestimmung mehr!" Eine solche Situation könnte eintreten, wenn die Arbeiterklasse sich radikalisiert und von ihren Aussichtsratsvertretern "Endlich Taten statt Worte!" fordert. Deshalb verteidigen Sozialisten die Mitbestimmung gegen Angriffe seitens des Kapitals. Gleichzeitig decken sie die Mängel dieser "Mitbestimmung" auf und treten für ein grundsätzlich anderes Ziel ein: für eine sozialistische Gesellschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!

Sozialisten müssen immer wieder auf die äußerst enge Beschränktheit der "Errungenschaft Mitbestimmung" hinweisen. Für uns ist dies kein Endziel. Wir kämpfen für eine grundlegende Alternative: nicht Gleichberechtigung mit dem Kapital, sondern Selbstbestimmung für die Arbeiterklasse!

Deshalb fordern wir:

- *Verteidigt die Mitbestimmung — erkämpft die Sozialisierung unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- *Weg mit dem arbeiterfeindlichen Geschäftsgeheimnis! Schluß mit der "Schweigepflicht" für Betriebsräte! Für das Recht auf jederzeitigen Einblick in alle Geschäftsbücher durch Vertreter der Belegschaft!
- *Wenn ein Unternehmer uns vorjammert, er stehe kurz vor dem Bankrott, dann soll er uns dies beweisen: er soll die Geschäftsbücher offenlegen! Wir wollen wissen, wo die Profite der Vergangenheit gelandet sind!
- *Weg mit der "Friedenspflicht", die nur den Unternehmern nützt! Für jederzeitiges Streikrecht! Die Betriebsräte müssen das Recht haben, Kampfmaßnahmen gegen jeden Geschäftsvorgang auszurufen, der nicht im Interesse der Belegschaft ist!
- *Volle Arbeiterkontrolle über die Produktion! Wir wollen darüber bestimmen, was und wie mit unserer Arbeitskraft hergestellt wird!
- *Die Entscheidung über Einstellungen und Entlassungen muß in den Händen der Betriebsräte und der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper liegen!
- *Umfassende Kontrolle und Verwaltung der Betriebe durch die arbeitende Bevölkerung innerhalb einer sozialistischen Planwirtschaft!
- *Die Komitees zur Leitung der verstaatlichten Betriebe und Industriezweige könnten wie folgt zusammengesetzt sein:
 - Ein Drittel Delegierte der jeweiligen Belegschaft, um deren Interessen zur Geltung zu bringen!
 - Ein Drittel Delegierte des DGB, um die Interessen der gesamten Arbeiterklasse zu berücksichtigen!
 - Ein Drittel Vertreter des Staates, wegen der Koordinierung mit dem zentralen Plan und um die Interessen einer breiteren Öffentlichkeit (Verbraucher usw.) auszudrücken!
- *Entsendung der Vertreter in diese Komitees auf der Grundlage demokratischer Wahlen (einschließlich des Rechts auf jederzeitige Abwahl)!
- *Kein Funktionär darf mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen!

3. Für eine sozialistische Demokratie in Ost und West!

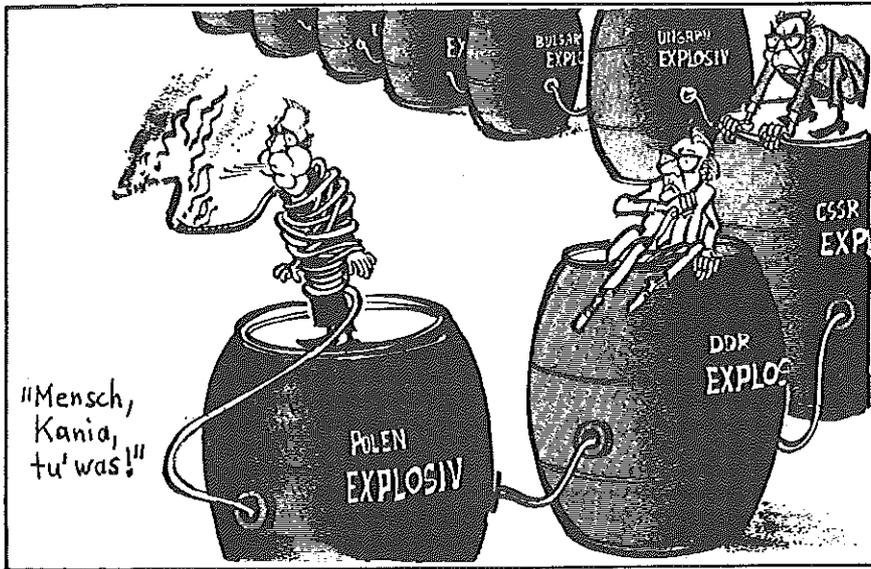
"Wenn Ihr dasselbe wollt, was es im Osten gibt, dann könnt ihr auf mich nicht zählen!" Diese Einstellung vieler Kollegen ist sehr gut verständlich. Wer dieses sagt, hat die völlige Unterdrückung der Arbeiterklasse in den Ostblockstaaten vor Augen. Dort werden Oppositionelle als "Psychiatrische Fälle" in Irrenhäuser oder in Zwangsarbeitslager gesperrt. In den Betrieben herrschen Arbeitsbedingungen, die nicht besser sind als im Westen. Schlangen vor Lebensmittelgeschäften sind nicht selten. Andererseits lebt die Elite dieser Staaten — die Spitzenfunktionäre der Partei, des Staates und der Gewerkschaften — in Saus und Braus, verfügt über enorme Privilegien, wie luxuriöse Ferienvillen, Dienstwagen mit Chauffeur, eigene, nur für ihren Ein-

kauf bestimmte Läden, Privatärzte usw. Eine klassenlose Gesellschaft ist bei weitem nicht gegeben. Auf dem Gebiet der Wirtschaft herrschen Schwarzmarkt, bürokratische Fehlplanungen, monströse Mißwirtschaft und Korruption vor.

Dieser Kritik schließen wir uns voll und ganz an. Trotz aller Errungenschaften, die durch die östlichen Planwirtschaften in der Vergangenheit ermöglicht wurden (siehe Seite 42), sind die Wachstumsraten in allen osteuropäischen Staaten Ländern seit Jahren am Schrumpfen. Schuld daran ist die wuchernde Bürokratie, das Krebsgeschwür am Körper der Planwirtschaft. In Polen hat dies sogar zu einer echten Wirtschaftskrise geführt. Eine Planwirtschaft ohne Demokratie ist wie ein Körper ohne Sauerstoff: zum Ster-

ben verurteilt. Ohne eine Atmosphäre der freien Kritik, der unbehinderten Entfaltung der (Eigen-) Initiative und konstruktiver Verbesserungsvorschläge von unten kann sie nicht gedulden.

Schon mehrfach haben die osteuropäischen Arbeiter den Versuch unternommen, das bürokratische Joch von ihrem Rücken zu schütteln: In der DDR 1953, in Ungarn 1956, in der CSSR 1968, in Polen 1970, 1976 und 1980. Fast jedesmal hat es die herrschende Elite geschafft, den Übergang zu einer sozialistischen Demokratie gewaltsam zu blockieren und ihre eigene Macht mit Panzereinsätzen abzusichern. Was wichtig dabei ist: niemals wollten dabei die Arbeiter zurück zum Kapitalismus. Immer strebten sie eine Demokratisierung des



Systems an. Der jüngste polnische Kampf ist noch nicht entschieden. Innerhalb weniger Wochen hat sich die polnische Arbeiterklasse eine freie und unabhängige Gewerkschaft ("Solidarität") geschaffen. Eine Streikwelle gegen bevorstehende Preiserhöhungen erfaßte im vorigen Sommer fast alle Großbetriebe. Sie führte vorübergehend sogar zur Schaffung eines überregionalen Streikkomitees von nationaler Bedeutung. Dieses Streikkomitee hatte fast den Charakter eines obersten Arbeiterrates, eines Sowjets.

Auf diese Weise hat sich die polnische Arbeiterschaft zum ersten Mal seit langem wieder eine unabhängige Klassenorganisation geschaffen. Die polnische Bürokratie war sogar gezwungen, dieses Zugeständnis in Vertragsform zu garantieren. Aus Angst vor noch größeren Explosionen — auch im übrigen Osteuropa — schrecken die Diktatoren, die sich zu Unrecht "Kommunisten" oder "Sozialisten"

nennen (lassen), bisher noch vor ihrem letzten Mittel gegen die polnischen Arbeiter zurück: dem Einsatz von Panzern. Hemmungen hätten sie nicht. Ihre einzige Befürchtung: dies könnte eine politische Revolution vollends beschleunigen und so zu ihrem endgültigen Sturz führen.

Solange die Bürokratie jedoch nicht voll und ganz entmachtet ist, solange besteht auch die Gefahr einer Konterrevolution. Lediglich der Mangel an einer konsequenten Arbeiterführung erlaubt es der Bürokratie, sich weiter an der Macht zu halten. Sie nutzt zunächst den ihr verbliebenen Spielraum voll aus. Einerseits macht sie weitgehende (vertragliche) Zugeständnisse und bekennt sich (in Worten) zu tiefen gesellschaftlichen Erneuerungen. Andererseits nimmt sie — wo immer ihre Stärke es erlaubt — Zugeständnisse zurück, löst Versprechen nicht ein und startet immer wieder Attacken gegen einzelne Aktivisten

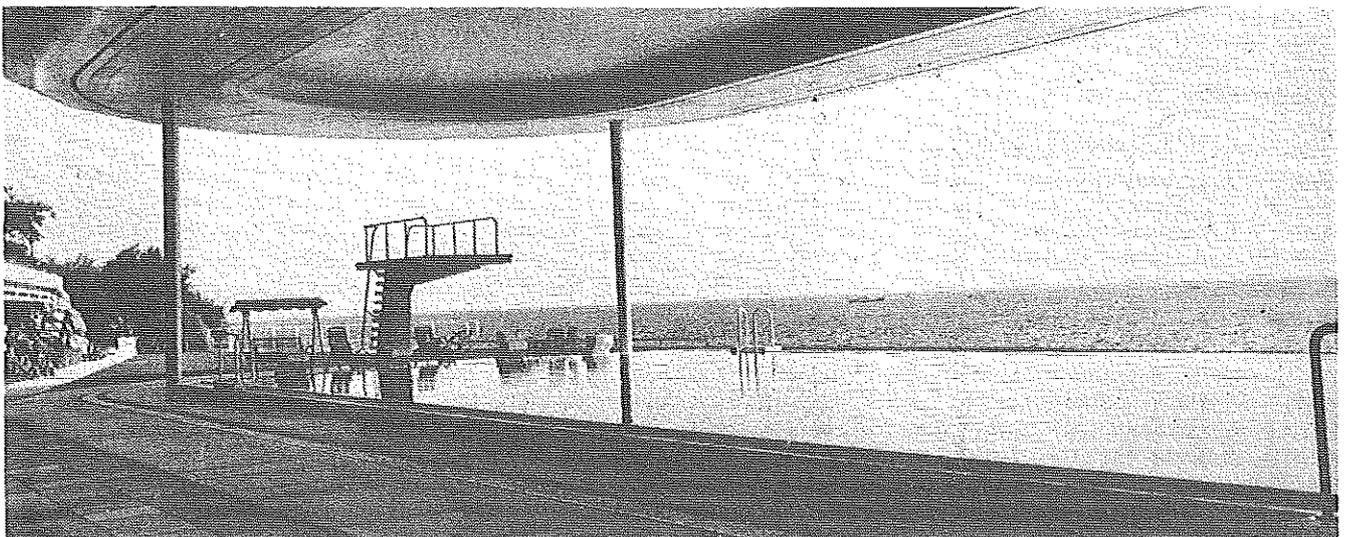
oder Bevölkerungsgruppen.

In dieser Situation ist die Führung der Solidarität weit davon entfernt, den Erfordernissen für eine erfolgreiche politische Revolution gerecht zu werden.

Als mutige Kämpfer der letzten Jahre wurden Walesa und andere führende Arbeiter zu Kristallisationspunkten der Bewegung. Ohne eine ausgearbeitete Perspektive zu haben, ohne zu wissen, wo es letztlich langgehen soll, muß sie die spontan aufkommenden Forderungen der Massen gegenüber der Bürokratie durchsetzen. Ihr eigener Erfolg überraschte sie selbst. Nun scheinen sie immer mehr "Angst vor der eigenen Courage" zu bekommen. Da sie nicht die Fähigkeit besitzen, die Erfahrungen der polnischen Arbeiter und ihre enorme Kampfbereitschaft zu verbinden mit einem konsequenten Programm zum endgültigen Sturz der Bürokratie, macht ihre Perspektivlosigkeit sie anfällig für den Druck seitens der Bürokratie, des konservativen katholischen Klerus und der akademischen Intellektuellen.

Die Führer der Solidarität lassen sich von der Bürokratie hohe Gehälter, neue Wohnungen und allerlei sonstige Privilegien zuschustern; fällen immer mehr Entscheidungen über die Köpfe der Basis hinweg, hören eher auf den Rat der Akademiker und der Kirchenfürsten als auf den Rat der Arbeiter und bestärken bestehende Vorurteile (Religion, Nationalismus), anstatt sie zu bekämpfen.

Auf diese Weise wird die Führung der Solidarität von Woche zu Woche konservativer. Inzwischen hat sie sich sogar bereit gefunden, Preiserhöhungen zuzustimmen und gegenüber ihrer Basis zu vertreten. (Immerhin waren es die Preiserhö-



Schwimmbad der Breschnew-Datscha in Oreanda

hungen, welche im Sommer 1980 die Bewegung der polnischen Arbeiter überhaupt auslösten).

Hätten sich Walesa und seine Berater in den vergangenen Monaten nicht bemüht, mit ihrer (noch vorhandenen) gesamten Autorität die instinktive spontane Bewegung der polnischen Arbeiter zu bremsen, zu hemmen, zurückzuhalten und zu "mäßigen", wo es nur ging — die polnische Bürokratie wäre längst gestürzt! Die Arbeiter wären nicht auf halbem Weg stehengeblieben.

Diese Entwicklung ihrer Führung wird auch immer mehr Arbeitern bewußt. Sie üben daran scharfe Kritik. Die ersten Konflikte innerhalb der Solidarität tauchen auf. Eine Polarisierung entwickelt sich. . .

Das gegenwärtige labile Gleichgewicht zwischen Arbeitern und Bürokratie in Polen kann nicht ewig halten. Sollte sich innerhalb der Solidarität der "radikale" Flügel nicht durchsetzen (und ein umfassendes Programm einer politischen Revolution entwickeln), dann wird die Bürokratie letztlich die Oberhand behalten: entweder auf kaltem Weg, oder (wenn die Arbeiter demoralisiert und vom langen Kämpfen erschöpft sind) mit brutaler Militärgewalt wird sie sich wieder fest in den Sattel schwingen und alle heutigen Erregenschaften zunichte machen.

In Polen wie in allen anderen osteuropäischen Ländern sind Kapitalismus und Großgrundbesitz beseitigt. Dringend nötig ist dort allerdings eine politische Revolution zum Sturz der herrschenden Bürokratie. Ohne Demokratie kein Sozialismus, und ohne Sozialismus keine echte Demokratie. Eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft im Westen muß von vornherein sicherstellen,

daß jederzeit umfassende Kritikfreiheit und eine volle Arbeiterdemokratie garantiert sind. Sonst wird eine staatliche Planwirtschaft zwangsläufig ebenfalls zu Fehlplanungen und volkswirtschaftlichen Verschwendungen und letztlich zur Herausbildung einer neuen diktatorischen Elite führen. Und das ist nicht, was wir wollen!

Deshalb fordern wir:

- * Freie, demokratische und unabhängige Gewerkschaften in Ost und West!
- * Für eine politische Revolution zum Sturz der Bürokratie in den stalinistischen Ostblockstaaten!
- * Für eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft in den kapitalistischen Ländern des Westens!
- * Für sozialistische Demokratien in Ost und West auf der Grundlage einer zentralen Planwirtschaft!
- * Alle Funktionen und Posten in Staat, Gewerkschaften und Betrieben müssen durch demokratische Wahlen besetzt werden!
- * Jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre!
- * Keine materiellen Privilegien für Funktionäre! Kein Funktionär darf mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen!
- * Niemand darf einen Posten auf Lebenszeit erwerben! Einführung eines rotierenden Systems: alle Verwaltungsarbeit muß allmählich von allen durchgeführt werden!
- * Kein Ein-Parteien-System, sondern volle demokratische Freiheiten für alle Personen und Parteien (außer solchen, die den Sozialismus mit Waffengewalt stürzen wollen)!

4. Für klassenkämpferische und demokratische Gewerkschaften!

Die Unternehmer und Kapitaleigner haben in den letzten Jahren eine Einheitsfront gebildet. Sie wollen jeden weiteren sozialen Fortschritt für die Lohnabhängigen und für die Jugend verhindern.

Dagegen hilft nur eins: ein einheitliches und kämpferisches Aktionsprogramm aller Gewerkschaften, welches die 8 Millionen DGB-Mitglieder zur Verteidigung ihrer Interessen mobilisieren kann. Sozialpartnerschaftsgerede hilft uns nicht weiter.

- Die Kernforderungen eines solchen Programms müßten enthalten:
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für alle Arbeitnehmer
 - Einen garantierten Arbeitsplatz oder vollen Lohn für alle
 - Eine garantierte Lehrstelle für jeden Jugendlichen
 - Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Arbeitsfähigen bei Verkürzung der Arbeitszeit
 - Ein massives staatliches Programm

zur Durchführung aller notwendigen öffentlichen Arbeiten. Wir brauchen dringend noch viele Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und Wohnungen

- Auslastung aller brachliegenden Produktionskapazitäten durch Beschäftigung der Arbeitslosen auf der Grundlage eines volkswirtschaftlichen Produktionsplanes, um all die lebensnotwendigen Güter zu produzieren, die uns fehlen

Doch ein neues Programm alleine reicht nicht aus. Sonst besteht es lediglich aus Papier. Um es auch durchzusetzen, ist eine Gewerkschaftsführung erforderlich, die mit ganzer Kraft dafür eintritt.

Viele Arbeiter haben das Gefühl, daß es damit nicht zum Besten bestellt ist. Sie fragen sich: Sitzen unsere Spitzenfunktionäre nicht in zu vielen bequemen Aufsichtsratssesseln? Haben sie sich nicht schon längst mit der kapitalistischen Marktwirtschaft arrangiert? Haben sie nicht den Kontakt mit der Basis

verloren? Kennen sie überhaupt noch unsere Arbeitsbedingungen aus eigener Erfahrung? Wissen sie, wie unsere Alltagsnöte und -probleme aussehen?

Wenn am Ende einer Tarifrunde die Kollegen sich wieder mal das Ergebnis betrachten, so kommt mancher nicht um die Feststellung herum, daß die eigene Führung wieder allzusehr vor dem Kapital nachgegeben hat. Zu Recht weisen sie darauf hin, daß diejenigen von uns, die mit den Arbeitgebern die Lohnprozente aushandeln, aus eigener Erfahrung gar nicht mehr wissen, wieviel für den Lebensstandard einer normalen Arbeiterfamilie auf dem Spiel steht.

Wenn sich gar einmal ein normales einfaches Gewerkschaftsmitglied nach dem Einkommen seiner Spitzenfunktionäre erkundigt, wird es meistens nur eine ausweichende Antwort bekommen. Häufig hören wir das Argument: "Wir müssen unseren Spitzenkräften ein angemessenes

senes Einkommen sichern, damit sie nicht in die freie Wirtschaft abwandern (!). Und schließlich leisten die ja auch schwierigere Arbeit und mehr Überstunden als Du."

Laut "Wirtschaftswoche" (Nr. 21/1978) verdient der IG-Metall-Vorsitzende Loderer 104.000,- DM jährlich, DGB-Vorsitzender Vetter 99.450,- DM. Hinzu kommen jeweils noch satte Aufsichtsratsentlohnungen und Spesen. Wir fragen: ist das noch angemessen? Ist das noch zu rechtfertigen?

Natürlich sollten wirklich notwendige Überstunden und Spesen bezahlt werden (jedoch unter demokratischer Kontrolle durch die Mitgliedsbasis). Doch manche Überstunde würde wegfallen, wenn die Multifunktioniäre einige ihrer Funktionen, Parlamentssitze und Aufsichtsratsmandate abtreten würden. Die wirklichen Einkommen (samt aller Nebenverdienste) unserer gewerkschaftlichen Führer müssen endlich offengelegt werden.

Wenn alle Funktionäre nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn zu ihrer Verfügung hätten, dann wäre die verschwundene Basisnähe fast schon automatisch wiederhergestellt.

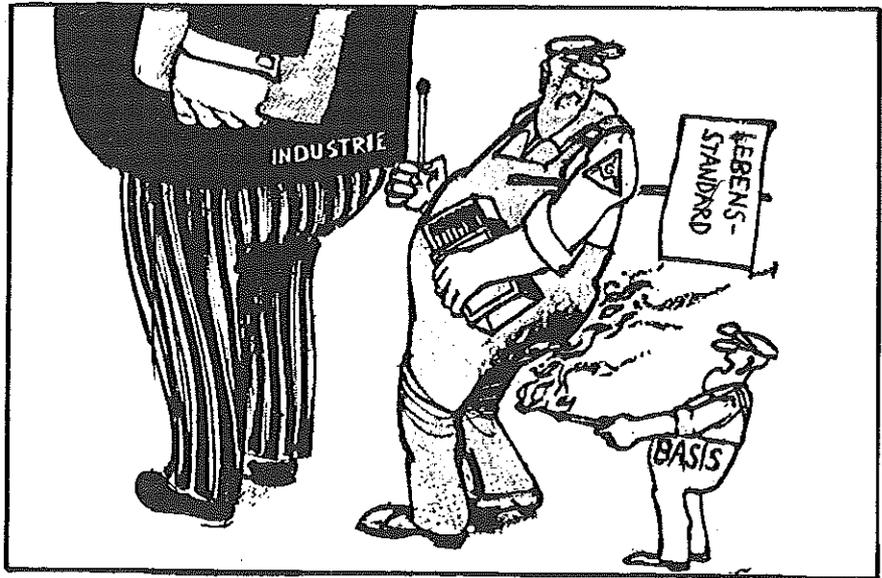
In den letzten Jahren ist innerhalb verschiedener Einzelgewerkschaften eine ganze Reihe weiterer Kritikpunkte laut geworden. Vor allem der Stahlarbeiterstreik von 1978/79 hat gezeigt, daß ein stärkeres Mitspracherecht der Basis unbedingt erforderlich ist. Hier nur einige Beispiele für Verbesserungsvorschläge, wie sie von den Vertrauenskörpern gefordert werden:

-Bisher werden die hauptamtlichen IGM-Bezirksleiter nicht von der Basis demokratisch gewählt, sondern vom Hauptvorstand eingesetzt.

Sie sind deshalb nicht von der Basis, sondern vom Hauptvorstand und seinen Weisungen abhängig. Im Stahlstreik erntete z.B. der Essener Bezirksleiter, Kurt Herb, viel Kritik von der Basis, weil er ihre Erwartungen nicht erfüllte.

-Die Zusammensetzung der großen Tariff Kommission ist nicht unbedingt repräsentativ.

Beispielsweise hatte ein kämpferischer Großbetrieb mit fast 10.000 Beschäftigten nur 2 Vertreter in der 118köpfigen Tariff Kommission, während andererseits ein Betrieb mit einer nur 800köpfigen Belegschaft 3 Tariff Kommissionsmitglieder stellte. Die Großbetriebe mit insgesamt 120.000 Beschäftigten (von damals rund 200.000 in der ganzen Branche) hatten zusammen nur 17 Ver-



treter in der Tariff Kommission. Mit 30 Sitzen verfügen hauptamtliche Funktionäre über fast doppelt so viele Stimmen.

-Die Tariff Kommission tagte stets "geheim". Forderungen aus verschiedenen Großbetrieben, daß Delegationen von der Basis an den Sitzungen teilnehmen und zuhören dürfen, stießen auf die Ablehnung des Hauptvorstandes.

"Wir bezahlen die Leute, wir wählen sie in ihre Funktionen (wenigstens zum Teil) — aber zuhören, was die dann bereden, angeblich als unsere Vertreter und in unserem Auftrag — das dürfen wir nicht. Dann herrscht plötzlich Geheimdiplomatie... ", sagte uns ein Kollege von Mannesmann Duisburg nach dem Streik.

-Nach den Abstimmungen in der Tariff Kommission war in den Betrieben meistens nicht ersichtlich, wie sich die eigenen Vertreter verhalten hatten.

Deshalb wurde die Forderung nach Einführung einer Protokollpflicht, nach einem an das Basisvotum gebundenen Mandat und nach namentlicher Abstimmung aller Tariff Kommissionsmitglieder laut.

"Wir müssen kontrollieren können, was da vor sich geht, sonst erzählen die uns einen vom Pferd... Da gibt's glatt einige, die behaupten hinterher in ihren Betrieben, sie hätten in der Tariff Kommission bis zum Geht-nicht-mehr opponiert (gegen einen unzureichenden Tariffabschluß, d.Red.), aber die anderen hätten leider die Mehrheit gehabt. Wißt ihr was? In Wirklichkeit haben sie ihre Schnauze nicht einen Millimeter aufgekriegt... " Das sind harte Worte, vielleicht in der Hitze des Augenblicks formuliert. Aber wer will bestreiten, daß damit ein Schwachpunkt innergewerkschaftlicher Demokratie angesprochen ist?

-Forderungen, wie sie vom Gewerkschaftstag (dem höchsten Gremium aller Gewerkschaften) verabschiedet werden, müssen eindeutig formuliert und für den Vorstand verbindlich festgelegt sein.

1978 trat die Einheitsgewerkschaft IG Metall mit uneinheitlichen Forderungen an: Im Stahlbereich wurde die 35-Stunden-Woche gefordert (Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit), im übrigen Metallbereich jedoch eine Urlaubsverlängerung (also Verkürzung der jährlichen Arbeitszeit). Im Verlauf des Kampfes wich die IGM-Führung Schritt für Schritt zurück und ging von dem ursprünglichen Ziel ab: aus einer Forderung "für alle" wurde ein Ergebnis für "Nachtschichtler und Ältere"; aus dem "Einstieg in die 35-Stunden-Woche" wurde die Festschreibung der 40-Stunden-Woche bis 1984 (bei einigen Verbesserungen in der Urlaubsfrage); aus einer "für alle Industriezweige" angestrebten Forderung wurde eine "stahltypische Lösung"...

-Die gewerkschaftliche Kampfkraft wurde nicht voll ausgeschöpft.

Der Stahlstreik wurde ausgerechnet in dem Moment abgeblasen, in dem er voll zu greifen begann. Die Taktik des begrenzten Schwerpunktsstreiks hatte einige schwerwiegende Nachteile. Der streikende Teil der Mitgliedschaft verausgabte sich, erbrachte viele persönliche Opfer und ermüdete letztlich. Die nicht streikenden Kollegen brannten förmlich darauf, in den Kampf zu treten. Sie forderten eine Ausweitung bis hin zum Vollstreik. Da sie bis zuletzt nicht streiken durften, entging ihnen die ganze Erfahrung, Politisierung und Herausbildung eines größeren Klassenbewußtseins, die während dieses Kampfes (wie in jedem Kampf) gesammelt wurden.

-Während der Tarifrunde hat der IGM-Hauptvorstand die alleinige Entscheidungsgewalt.

Er legt fest, ob und wann eine Urabstimmung durchgeführt wird; er kann selbst gegen den Willen großer Mehrheiten (bis 75%) ein unzureichendes Ergebnis annehmen.

-Um für die unvermeidlich bevorstehenden Klassenkämpfe gewappnet zu sein, ist es unbedingt erforderlich, daß alle DGB-Gewerkschaften voll und ganz demokratisiert werden.

In der Vergangenheit wurden innergewerkschaftliche Kritiker oft mundtot gemacht. Anhänger und Mitglieder linker Gruppen wurden als "Gewerkschaftsfeinde" ausgeschlossen.

Aktiven Gewerkschaftsjugendgruppen wird oft das Leben schwer gemacht. 1979 wurde vom DGB-Vorstand eine von der DGB-Jugend erarbeitete Broschüre zum Antikriegstag zensiert und verboten. Der DGB-Bundesjugendsekretär Heinz Hawreluk wurde deswegen seines Amtes enthoben und strafversetzt. Dies geschah gegen den Protest des Betriebsrates der Beschäftigten bei der DGB-Vorstandsverwaltung und gegen den Einspruch vieler Basismitglieder und -gliederungen (u.a. der DGB-Landesbezirksjugendausschüsse Niedersachsen und Rheinland-Pfalz).

Wegen einer Karikatur (!) wurde die gesamte Redaktion des beliebten DGB-Jugendmagazins "ran" aufge-

löst und entlassen — ohne Rücksicht auf die einhellige Protestwelle aus den Reihen der DGB-Jugend gegen diese Willkürmaßnahme. . .

Deshalb fordern wir:

- *Eine stärkere Beteiligung aller Mitglieder an den Diskussions- und Entscheidungsprozessen in den Gewerkschaften! Für die Einführung regelmäßiger monatlicher Mitgliederversammlungen in allen DGB-Gewerkschaften!
- *Eine umfassende innergewerkschaftliche Diskussion über alle wichtigen gewerkschaftlichen und politischen Fragen, bei der alle Mitglieder beteiligt werden müssen!
- *Junge Gewerkschaftsmitglieder unter 30 Jahren müssen in allen gewerkschaftlichen Gremien in einem Umfang vertreten sein, wie es ihrem Anteil an der Gesamtmitgliedschaft entspricht!
- *Für die Umwandlung aller Funktionen (z.B. hauptamtliche IGM-Bezirksleiter) in Wahlfunktionen! Wählbarkeit (samt jederzeitiger Abwählbarkeit) aller Funktionäre durch die entsprechenden Basisgremien!
- *Die Bezahlung hauptamtlicher Funktionäre darf einen durchschnittlichen tariflichen Facharbeiterlohn der entsprechenden Branche nicht übersteigen! Gehaltssteigerungen für Funktionäre nur im gleichen Umfang, wie sie in den jeweiligen Tarifrunden erkämpft werden! 100%ige Abführung aller Nebenverdienste (aus Aufsichtsratsanteilen, Parlamentsdiäten usw.) an die Gewerkschaftskassen!
- *Schluß mit der Ämterhäufung! Keine allmächtigen Multifunktionäre mehr! Für durchsichtige Strukturen und freien Informationsfluß in allen DGB-Gewerkschaften!
- *Für eine repräsentative Zusammensetzung der Tariffkommission durch Basismitglieder! Beschlüsse der Basis müssen für alle höheren Gremien bindend sein! Gebundenes Mandat, Protokollpflicht und namentliche Abstimmung bei Entscheidungen der Tariffkommissionen und Vorstände. Ihre Sitzungen müssen öffentlich für alle Mitglieder sein! Keine Geheimdiplomatie mehr!
- *Von keiner Forderung darf abgerückt werden, bevor nicht die volle gewerkschaftliche Kampfkraft eingesetzt wurde! Entscheidung über alle Kampfmaßnahmen durch eine Urabstimmung, bei der alleine eine Mehrheit über 50% entscheidend ist!
- *Für das Recht auf freie innergewerkschaftliche Kritik! Keine Disziplinierungsmaßnahmen mehr gegen kritische Kollegen! Schluß mit Ausschlussverfahren gegen Kritiker! Wiederaufnahme aller ausgeschlossenen Mitglieder in die Gewerkschaften! Für demokratische Einheitsgewerkschaften!
- *Für die Beendigung der "Sozialpartnerschaft" (die von der Unternehmenseite in der Praxis längst aufgegeben wurde) auch von DGB-Seite her! Beendigung aller "Konzertierten Aktionen"! Für einen klassenkämpferischen und demokratischen DGB!

Eine umfassende Demokratisierung aller DGB-Gewerkschaften ist dringend notwendig.

5. Für eine SPD – Alleinregierung mit einem sozialistischen Programm !

Seit 1966 ist die SPD an der Bundesregierung beteiligt: Zuerst in einer großen Koalition mit der CDU/CSU, ab 1969 in mehreren Koalitionen mit der FDP.

Beide Parteien, FDP wie CDU/CSU, sind eindeutig Parteien des Großkapitals. Ein Bündnis mit ihnen wird natürlich niemals zum Sozialismus führen. Es zeigt sich sogar: ein Bündnis mit der FDP führte in den letzten Jahren nicht einmal mehr zu den geringsten Verbesserungen innerhalb des kapitalistischen Systems selbst.

Für die breite Masse der Arbeiterschaft und der Jugend sind Lebensstandard und -qualität in den letzten Jahren eindeutig gesunken. Die Befürchtung, daß eine CDU-Regierung zu noch schlimmerem geführt hätte,

ist für uns auch kein Trost. Denn wenn die SPD-Spitze ihre gegenwärtige Politik fortsetzt, dann wird die nächste Wahl ohnehin verloren gehen. Die CDU/CSU wird dann die neue Regierung stellen.

Seit Beginn der sozialliberalen Koalition spielt die FDP eine eindeutige Bremsenrolle. Unter ihrem Druck hat sich die SPD-Spitze unter anderem die Steuerreform, das Mitbestimmungsgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz total verwässern lassen. Die Berufsbildungsabgabe der Unternehmer wurde jahrelang nicht kassiert und neulich endgültig abgeschrieben. Die Änderung des Bodenrechts zur Verhinderung der Bodenspekulationsgewinne ist gar nicht erst in Angriff genommen worden.

Gab es zu Beginn der soziallibe-

ralen Koalition wenigstens noch einige kleinere Reformchen (z.B. zugunsten des Mieterschutzes), so droht bereits jetzt wieder ein Abbau all dieser Errungenschaften (z.B. beim Mieterschutz). Der FDP-Graf (!), Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff, ist uns sattem bekannt für seine arbeiterfeindlichen Äußerungen: Er wirft uns vor, im Vergleich zu unseren japanischen Kollegen zu faul und zu anspruchsvoll zu sein. Vor jeder Tarifrunde predigt er Lohnverzicht (während er selber natürlich weiterhin sein dickes Ministergehalt und verschiedene Beraterhonorare einstreicht)!

Bei der letzten Bundestagswahl im Oktober 1980 wäre eine absolute SPD-Mehrheit möglich gewesen. Voraussetzung allerdings: ein offener, kämpferischer Wahlkampf auf

der Grundlage eines positiven Programms sozialer Reformen. Die bisherige Rolle der FDP hätte dabei jedem Arbeitnehmer und jedem Jugendlichen unmißverständlich klar gemacht werden müssen.

Doch offensichtlich hatte unsere Parteiführung ein wenig Angst vor der eigenen Courage. Wider Erwarten war ein halbes Jahr zuvor bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen die FDP aus dem Parlament geflogen. . . "Mit tiefem Bedauern" mußte der SPD-Ministerpräsident Rau eine Alleinregierung auf der Grundlage einer absoluten Mehrheit bilden.

Der folgende Bundestagswahlkampf der SPD schonte die "Liberalen" bewußt. Der Wahlkampf war lasch, ein Ziel und eine Perspektive wurden den SPD-Sympathisanten nicht geboten. Stattdessen wurde gepredigt: "Ihr dürft keine hohen Erwartungen mehr stellen!"

So konnte die großbürgerliche Frankfurter Allgemeine Zeitung am 7.10.80 über das magere Ergebnis kommentieren:

"Im Sommer deuteten viele Anzeichen darauf hin, daß die SPD ein erstklassiges Wahlergebnis erzielen würde. Dann geschah das Mirakel: In einem weithin argumentlosen. . . Wahlkampf gelang es Schmidt, seine eigene Partei — die lieber mit Argumenten für sich wirbt — weithin zu demotivieren. Zwei Wochen vor der Wahl — die Demoskopen staunten nicht wenig — wollten trotz der Strauß-Vorbehalte mehr Unionsanhänger zur Wahl gehen als SPD-Anhänger. Auch sonst zeigten sich die SPD-Anhänger lustlos und vom Wahlkampf angewidert. Die schwankenden Unionsanhänger aber gingen zur Wahl und — wählten dann mit ihrer Zweitstimme weithin den kleinen bürgerlichen Bruder. . ."

Bei der gegenwärtigen Regierungspolitik geben die FDP-Vertreter im Kabinett weithin den Ton an. Sie werden jeden auch noch so kleinen sozialdemokratischen Reformansatz abwürgen, wenn er den Unternehmern zu weit geht oder zu teuer kommt. Die von ihnen diktierte Rotstiftspolitik kann nur zu einem führen: zu einer sicheren Niederlage für die SPD bei der nächsten Wahl. (Die FDP kann immer eine Koalition mit der CDU/CSU bilden).

Deshalb bleibt unser Ziel: Eine SPD-Aleinregierung auf der Grundlage einer absoluten SPD-Mehrheit! Dieses Ziel ist nicht utopisch. Wenn unter den Arbeitern und Jugendlichen offensiv für dieses Ziel geworben wird, wenn ihnen ein politisches Programm umfassender Sozialreformen (in ihrem Interesse und gegen das Großkapital!) angeboten

wird — dann können sie auch mobilisiert und begeistert werden. Das hat die Bundestagswahl 1972 bewiesen.

Bevor die SPD je eine absolute Mehrheit erreicht, müssen wir allerdings auch die "Innere FDP" innerhalb der Partei überwinden. Eine SPD-Aleinregierung nützt nichts, wenn sie nicht mit einem entsprechenden Programm ausgestattet ist.

Bis Anfang der 70er Jahre war es möglich, ein Programm sozialer Reformen anzubieten (und sogar teilweise durchzuführen), ohne die Schranken des kapitalistischen Systems zu verlassen. Die damals noch vorhandene (aber sich bereits dem Ende zuneigende) kapitalistische Blütezeit schaffte die Voraussetzungen dafür.

Heute ist dies nicht mehr möglich. Auf dem Boden kapitalistischer Krisen bleibt jeder soziale Fortschritt ein Traum. Alle Reformen innerhalb des Systems, die zu grundlegenden Verbesserungen zugunsten der Arbeiterklasse führen sollen, werden zwangsläufig scheitern.

Unter den heutigen Krisenbedingungen sind soziale Reformen nur zu verwirklichen, wenn gleichzeitig ein grundlegender und endgültiger Bruch mit dem kapitalistischen System vollzogen wird. Das heißt: Entmachtung und Enteignung des Großkapitals; Sozialisierung und Überführung der 200 größten Monopole, der Schlüsselindustrien, der Banken und Versicherungen in Gemeineigentum; eine planmäßige und gesamtgesellschaftliche Regulierung der Produktion mit den Zielen: keine Fabrik ungenutzt, keine Maschine still-

stehen und kein Rohmaterial auf Halde liegen lassen; jeden Arbeitslosen und Kurzarbeiter produktiv zu beschäftigen; auf diese Weise den allgemeinen Lebensstandard zu heben, noch bestehendes Elend auszurotten und die wöchentliche Arbeitszeit samt der daraus folgenden körperlichen Belastungen und Gesundheitsschäden für alle zu senken.

Wenn eine sozialistische Regierung ihr Programm im Parlament mit Mehrheit verabschiedet hat, dann kann es jedoch nur durchgeführt werden, wenn sie gleichzeitig die organisierte Arbeiterbewegung zu ihrer Unterstützung mobilisiert. Denn die herrschende Klasse wird mit allen Mitteln gegen ihre Entmachtung und ihre Enteignung vorgehen. Sie wird ihren Staatsapparat — Bürokratie, Justiz, Armee und Polizei — einsetzen, um den Übergang zum Sozialismus zu verhindern, selbst wenn die Mehrheit diesen will. Nur wenn die Arbeiterbewegung dann entschlossen handelt und die Armee der Herrschenden dadurch unbrauchbar macht, daß sie deren Basis auf ihre Seite gewinnt, kann eine blutige Niederlage wie z.B. in Chile vermieden werden.

Ohne eine grundlegende Neubestimmung der Sozialdemokratie auf ihren alten Ziele ist ihr die nächste Wahlniederlage sicher. Eine dann an die Macht kommende CSU/CDU-Regierung wird keine Hemmungen kennen und versuchen, alle bisherigen Errungenschaften der Arbeiterbewegung wieder zunichte zu machen.

Deshalb fordern wir:

- *Schluß mit der Politik des Großkapitals! Nein zum Abbau von Sozialreformen! Keine Rotstifts- und Kürzungspolitik mehr auf dem Rücken der Lohnabhängigen und der Jugend!
- *Zurück zum SPD-Programm der großen Sozialreformen! Wenn das nicht mehr mit der Existenz des kapitalistischen Systems zu vereinbaren ist, dann muß es eben überwunden werden!
- *Wenn die FDP nicht mitziehen will, wenn sie das ursprünglich gemeinsam geschaffene Reformprogramm nicht mehr mittragen will: Aufkündigung der sozialliberalen Koalition und Ausschreibung von Neuwahlen!
- *Der nächste Wahlkampf muß von der SPD-Spitze offensiv geführt werden: gegen das Großkapital und seine Parteien, auf der Grundlage eines konsequenten Reformprogramms zugunsten der Arbeiter, Angestellten, kleinen Beamten und Jugendlichen!
- *Für die Annahme eines umfassenden sozialistischen Programms durch den SPD-Parteitag!
- *Für eine SPD-Aleinregierung auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

6. Unser Verhältnis zur Arbeiterbewegung und unsere Perspektiven

Dieses Programm ist natürlich noch nicht das Programm der gesamten Arbeiterbewegung. Gegenwärtig unterstützen es nur wenige aktiv. Wir wissen: wir sind eine Minderheit. Aber wir sind überzeugt: in Zukunft kann dies das Programm der Mehrheit werden. Weil sich das kapitalistische Weltsystem in den nächsten Jahren in immer tiefere Krisen verstricken wird, werden alle Arbeiter, Angestellten und vor allem die jugendliche Generation gezwungen sein, über einen Ausweg nachzudenken. Sie werden für unsere Ideen ansprechbar sein.

Selbstverständlich wird dies nicht bei allen gleichzeitig und gleich schnell geschehen. Unter einem Teil der Jugend gärt es bereits jetzt. Die Pressekommentatoren machen sich über die "Unruhe unter der Jugend" Sorgen. Sie reden von einer neuen "Jugendbewegung" und von "wachsender Staatsverdrossenheit". Bei vielen Jugendlichen hat sich eine Riesenwut angestaut. Sie wollen handeln, sie wollen kämpfen, wollen etwas verändern. Den bisherigen Parteien trauen sie nicht mehr. Auch die SPD ist für sie nur ein Teil des herrschenden Systems; über die Politik Ihrer Führung können sie nur Empörung empfinden. Deshalb wenden sie sich von ihr ab.

Dies ist falsch. Ihre Ungeduld lenkt sie in sektiererische Bahnen: sie starten verzweifelte und blinde Gewaltaktionen, oder machen sich in einem K-Grüppchen kaputt. . . Weil sie nicht auf die Mehrheit warten wollen, reiben sie sich als Minderheit auf. Was nötig ist, sind Geduld und Beharrlichkeit, um die breite Masse der Arbeiter und Angestellten von unseren Zielen zu überzeugen. SPD und DGB sind die traditionellen Massenorganisationen der deutschen Arbeiterklasse. Deshalb ist unser Platz in diesen Organisationen.

Wir sind jedoch nicht die Laufbur-schen von Funktionären — weder in Wahlkämpfen noch sonst. Wir haben eigene Vorstellungen und Ideen. Dafür setzen wir uns ein. Mit Kritik an halbherzigen Entschlüssen und faulen Kompromissen halten wir nicht hinterm Berg.

Wir sind in Gewerkschaften, SPD und Jusos organisiert, um unsere Interessen durchzusetzen. Das ist nicht leicht. Unsere Forderungen stoßen innerhalb dieser Organisationen noch oft auf Widerstände. Trotzdem bleibt kein anderer Weg!

Eine sozialistische Gesellschaft kann nur erreicht werden, wenn die Mehrheit der Arbeiterklasse wie der Bevölkerung aktiv dafür kämpft. Sektiererische Minderheiten, die sich in Form von "irrevolutionären"

Kleinparteien anmaßen, die Arbeiterklasse zu vertreten, werden keine Chance haben. Andererseits ist die sozialistische Umwälzung keine rein spontane Angelegenheit. Sie wird nie gelingen, wenn nicht aus der Arbeiterbewegung heraus eine Führung hervorgeht, die die einzelnen Kämpfe zusammenfaßt, verallgemeinert und koordiniert.

In den kommenden Jahren werden weltweit die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Krisen zunehmen. Der Nachkriegsaufschwung ist vorbei. Deshalb wird es in allen Ländern der Erde wieder zu sozialen Spannungen, verschärften Gegensätzen, gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und verstärkten Klassenkämpfen kommen. In diesem Prozeß werden die Arbeiter zuerst auf ihre traditionellen Organisationen zurückgreifen bei der Suche nach einer politischen Antwort. In diesem Zusammenhang werden diese Organisationen die gesellschaftliche Entwicklung widerspiegeln. Sie werden polarisiert. Frische Impulse, neue Ideen und jugendliche Mitglieder werden sie von unten her wieder beleben. Viele tausend junge Arbeiter, Lehrlinge und Schüler, die sich vielleicht zum ersten Mal in ihrem Leben politischen Aktivitäten zuwenden, werden wieder und wieder versuchen, diese Organisationen in ihrem Sinne zu verändern.

Deshalb müssen alle Sozialisten schon heute in SPD und DGB eine klare Alternative zur gegenwärtigen Politik der Führung anbieten. Unser Ziel muß es sein, die Partei- und Gewerkschaftsbasis für ein umfassendes sozialistisches Programm zu gewinnen.

Dabei fällt den Jungsozialisten in der SPD eine Schlüsselrolle zu. Allerdings herrscht innerhalb der Jusos in den meisten Arbeitsgemeinschaften heute noch weitgehend ein Klima vor, das normalen Jugendlichen und Arbeitern die Mitarbeit nicht gerade leicht macht: die Theoriediskussionen (die natürlich wichtig sind) sind äußerst abstrakt und nur schwer ver-

ständig, der Diskussionsstil ist meist sehr abgehoben, viele Fremdworte und akademische Verhaltensweisen machen die Jusos auf Bundesebene zu einem vorwiegend studentischen Verband, praktische Aktionen finden kaum statt. . .

In der Zukunft dürfen Arbeiterjugendliche nicht mehr Verhältnisse bei den Jusos vorfinden, die sie von einer Mitarbeit abschrecken. Eine grundlegende Umorientierung der Jusos ist erforderlich. Es muß eine Atmosphäre geschaffen werden, die zeigt, daß die Probleme der Arbeiterjugend bei den Jusos an erster Stelle stehen. Junge Arbeiter müssen sich bei den Jusos wohlfühlen können.

Umorientierung der Jusos auf die Arbeiterjugend muß heißen, daß die Fragen des Alltagslebens (Arbeitswelt, Arbeitslosigkeit, berufliche Bildung, Wehr- und Zivildienst, Wohnungspolitik usw.) in den Mittelpunkt der Juso-Arbeit rücken. Möglichst viele junge Arbeiter müssen aus eigener Erfahrung selbst zu Wort kommen. Ihre und unsere gemeinsamen Erfahrungen müssen zu einem Übergangsprogramm mit konkreten Forderungen verarbeitet werden. Dieses Programm muß ansetzen bei den Alltagsproblemen und einen Ausweg aus der kapitalistischen Misere zeigen. Seine Schlußfolgerung muß lauten: das Profitinteresse des Kapitals steht unserem Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben in allen Bereichen im Weg!

Nur wenn wir es gemeinsam mit allen kritischen Jugendlichen und allen aktiven Jungsozialisten schaffen, diese Vorstellungen zum Tragen zu bringen, haben wir die Möglichkeit, die SPD zu verändern. Die Jusos müssen sich offensiv nach außen wenden, um ihre aktive Basis zu verbreitern und eine stabile Verankerung innerhalb der Arbeiterjugend und in den Betrieben zu erringen. Und alle mit diesen Ideen übereinstimmenden Jugendlichen sollten den Jusos beitreten und gemeinsam mit uns dafür kämpfen.

Deshalb rufen wir alle Jugendlichen auf:

- *Werdet Mitglied in der SPD! Arbeitet aktiv bei den Jungsozialisten mit! Organisiert Euch in den DGB-Gewerkschaften!
- *Wenn Euch an der SPD, am DGB oder an den Jusos etwas nicht paßt: resigniert nicht, sondern setzt Euch zusammen mit uns für Veränderungen ein!
- *Kämpft gemeinsam mit uns für die Durchsetzung eines sozialistischen Programms in SPD und DGB!
- *Für einen klassenkämpferischen und demokratischen DGB!
- *Für eine SPD-Alleinregierung mit einem sozialistischen Programm!

Liebe Leser !

Ihr habt jetzt unsere Forderungen und Ziele kennengelernt.
Vielleicht habt Ihr noch Kritik, Anregungen und Verbesserungsvorschläge ?
Dann laßt uns dies wissen.
Vielleicht möchtet Ihr mit anderen Genossen, Kollegen und Freunden darüber diskutieren ?
Dann fordert noch weitere Exemplare an.
Vielleicht möchtet Ihr direkt mit einem Redaktionsmitglied von VORAN über unser Programm reden ?
Dann nehmt mit uns Kontakt auf und fordert einen Referenten von VORAN an, der Rede und Antwort stehen kann.
Unser Programm ist nicht nur zum Lesen da.
Laßt uns gemeinsam unsere Forderungen durchsetzen !

REDAKTION V O R A N, Reinwardtstr. 2, 5630 Remscheid 11, Tel. 0 21 91/ 5 49 32

Mehr von VORAN. Mehr über VORAN

- o VORAN-Sonderausgabe "Kernenergie"0,40 DM
 - o Broschüre(Artikelsammlung) über die Jusos.....1,50 DM
 - o Gewerkschaftsbroschüre "Frischer Wind...".....1,50 DM
 - o Artikelsammlung Stahlstreik 1978/79.....1,00 DM
 - o "Bürokratische Herrschaft oder Arbeiterdemokratie",
Broschüre über die Sowjetunion.....1,00 DM
 - o Europa-Poster, zweifarbig, "Vorán zu den Vereinigten
Sozialistischen Staaten von Europa", Solidaritätspreis.....5,00 DM
- GESAMTSUMME..... DM

Bitte die Gesamtsumme plus 10% für Verpackung und Porto überweisen an:

VORAN zur sozialistischen Demokratie, Postscheckamt Essen, 2500 59-430
Oder in Briefmarken einsenden.

Diesen Bestellschein ausschneiden und einsenden an:

Redaktion VORAN, Reinwardtstr. 2, 5630 Remscheid 11

Name:

Anschrift:

ABONNIERT VORAN!

Ich möchte VORAN abonnieren und habe DM 9,60 (für 6 Ausgaben) auf das Postscheckkonto VORAN zur sozialistischen Demokratie, PschA Essen, Konto Nr. 2500 59 - 430 überwiesen. Lieferung erfolgt nach Zahlungseingang.

Name:

Adresse: